

Anträge

**zum Bezirksparteitag
am 19. / 20. Mai 2017
in Oberursel**

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Die Anträge der Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften
wurden durch e-mail übermittelt und unverändert übernommen

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Mai 2017

1
2
3
4 **Antragsgruppe A**
5 **Organisation – Parteien - Verbände**
6

7
8
9 **A 1**

10
11 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

12
13 **Zusätzliche Bezirksumlage und Strukturhilfe Ost**
14

15
16 Wiederholung der Anträge vom Mai 2006 und Mai 2011

17
18 Die dafür relevanten Partei-Gremien auf Bezirks- und Bundesebene werden aufge-
19 fordert dafür zu sorgen, dass

- 20
21 1. die von den Mitgliedsbeiträgen zusätzlich einbehaltene Bezirksumlage (die
22 ursprünglich befristet war) und
23
24 2. die Strukturhilfe Ost

25
26 abgeschafft werden

27
28 Begründung:

29
30 Die finanzielle Ausstattung der Ortsvereine für eine effektive politische Öffentlichkeits-
31 arbeit sehen wir als nicht mehr ausreichend an. Durch diese zusätzlichen Umlagen
32 werden die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen weiter geschmälert. So stehen dem
33 Ortsverein nur noch rund 17,6 % der gezahlten Beiträge zur Verfügung. Kommunalen
34 Wahlkampf und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich fast ausschließlich nur noch aus
35 privaten Spenden finanzieren. Selbst der Wahlkampf zur Bundestagswahl wird letzt-
36 endlich in den Kommunen vor Ort geführt und ist mitentscheidend für das Ergebnis.
37 Wenn wir als Ortsverein unsere Arbeit verbessern wollen, indem wir zum Beispiel über
38 Print-Medien versuchen wollen mehr Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, dann ist die
39 nicht ausreichend gewährleistete Finanzierbarkeit solcher Vorhaben ein echtes Hinder-
40 nis.

41 Wir hoffen, dass dieser Antrag ein erneutes Nachdenken über die finanzielle Lage der
42 Ortsvereine und den unteren Parteistrukturen zur Folge haben wird.
43

44
45 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Ablehnung**
46

47
48 Annahme:

49 Annahme in geänderter Fassung:

50 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1
2 **A 2**

3
4 **(ASF Hessen-Süd)**

5
6 **Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher**

7
8
9 In den Antragsbüchern für die Parteitage auf allen Ebenen der Partei werden in Zukunft
10 sowohl Tenor als auch Begründung der Anträge abgedruckt, um den Antragsstelle-
11 rinnen und Antragstellern die Möglichkeit zu geben, ihre Anträge zu begründen ohne
12 die Begründung in den Tenor schreiben zu müssen. Ziel ist es, die Forderung der
13 AntragstellerInnen eindeutig erkennbar zu machen.
14

15
16 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

17 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt: Der Parteivorstand und der Landes-**
18 **vorstand werden aufgefordert, zukünftig sowohl Tenor als auch Begründung der**
19 **Anträge abzudrucken, um den Antragstellerinnen und Antragstellern die Mög-**
20 **lichkeit zu geben, ihre Anträge zu begründen ohne die Begründung in den Tenor**
21 **schreiben zu müssen. Ziel ist es, die Forderungen der AntragstellerInnen**
22 **eindeutig erkennbar zu machen.**
23

24
25 Annahme:

erledigt durch:

26 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

27 Überweisung an:

Nichtbefassung:
28
29
30

31 **A 3**

32
33 **(60plus Hessen-Süd)**

34
35 **Forderungen zum Bundestagswahlprogramm 2017 der SPD**

36
37
38 Die Ergebnisse der jüngeren zurückliegenden Wahlen für die SPD geben Anlass, die
39 Schwerpunkte unserer Arbeit zu überdenken und zum Kern unserer Politik, d.h. zur
40 Herstellung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit als Basis individueller Freiheiten und
41 demokratischer Teilhabe und einer friedenssichernden Außenpolitik zurückzukehren.
42

43 Begründung:

44
45 Es ist mittlerweile weithin akzeptiert, dass das schlechte Abschneiden der SPD und
46 das Anwachsen des Rechtspopulismus in Deutschland, entsprechend aber auch in
47 vielen anderen europäischen Staaten, mit den unsozialen Folgen, Verunsicherungen
48 und Ängsten einer brutalen Globalisierung, der Privatisierung und Ökonomisierung
49 wichtiger Lebensbereiche, der größtenteils unbewältigten Finanzkrise, ungesteuerten
50 Migrationsströmen, den heterogen Lebensverhältnissen in der EU und einer wachsen-
51 den gesellschaftlichen Spaltung in Arme und Reiche zu tun hat.
52

53 Mit dem Vorschlag eines Integrationsplanes nach innen und außen hatte der Partei-
54 vorstand im Januar 2016 eine – allerdings sehr spät kommende – Initiative ausge-
55 arbeitet. Der Plan enthielt Vorschläge zur Integration von ZuwanderInnen. Der Aspekt

1 der Integration nach innen blieb darin ausbaufähig. Die Herstellung sozialer Gerechtig-
2 keit für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Republik bleibt für uns im Zentrum unserer
3 Politik.

4 5 Wohnen

6
7 Ziele müssen eine ausreichende Wohnraumversorgung zu bezahlbaren Preisen – auch
8 in Ballungsgebieten – sein. Das ab 1989 dem Markt überlassene Grundrecht auf ver-
9 nünftiges Wohnen ist wieder stärker in sozialstaatliche Verantwortung zu nehmen. Ins-
10 besondere ist durch mehr staatliche Investitionen und eine Förderung genossenschaft-
11 licher Initiativen das bezahlbare Wohnraumangebot auszuweiten.

12 13 Gesundheit

14
15 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens ist zu stoppen. Für uns darf Gesundheit
16 kein Geschäftsfeld gewinnorientierter Konzerne sein. Die Macht der Kassenärztlichen
17 Vereinigungen darf nicht durch die Macht weniger Gesundheitskonzerne ergänzt oder
18 abgelöst werden, die versuchen, von der Geburt über die Krankheitsverläufe im Leben
19 bis hin zur Bahre alle Aspekte unter Kosten- und Gewinn Gesichtspunkten zu organi-
20 sieren. Die paritätische Finanzierung ist wiederherzustellen, versicherungsfremde Leis-
21 tungen sind aus dem Steuertopf zu bezahlen und die Selbstverwaltung zu stärken.

22 23 Arbeiten

24
25 Der Mindestlohn ist zu erhöhen, Initiativen zur Zurückdrängung prekärer Zeit-, Leih-
26 und Selbständigenarbeit sind unverzüglich zu verwirklichen. Gute und sozial ver-
27 sicherte Arbeit muss auch angesichts neuer Rationalisierungswellen (Digitalisierung
28 4.0) in den Prioritäten ganz oben stehen. Eine gute Lohnentwicklung im Inland muss
29 verhindern, dass in Relation zu unseren volkswirtschaftlichen Nachbarn Dumping-
30 effekte und Konkurrenzen befeuert werden. Für höhere Löhne besteht auch Raum:
31 Immerhin sind seit 1991 die realen Löhne um ca. 11 Prozent gestiegen, die Unter-
32 nehmens- und Vermögenseinkommen dagegen um ca. 30 Prozent.

33 34 Altersvorsorge

35
36 Der Reichtum dieser Volkswirtschaft erlaubt eine auskömmliche Rentenhöhe (mittler-
37 weile liegt der Anteil der Renten am BIP 2014 bei 9,1 Prozent, 2003 waren es 10,5
38 Prozent – von wegen, die Rente wird immer teurer!). Die gesetzliche Rente ist zu
39 stärken, Absenkungen des Leistungsniveaus und Kürzungsfaktoren sind rückgängig zu
40 machen, Flexibilisierungen beim Renteneintritt ohne Kürzungen zu ermöglichen.
41 Riester ist sozialverträglich zurückzubauen. Der Ausbau von Betriebsrenten ist illusor-
42 isch. Einerseits wird der Kapitalmarkt auf Jahre hinaus keine hinreichenden Ver-
43 zinsungen liefern andererseits sind die Gewerkschaften gerade in den Bereichen, die
44 entsprechende Leistungsregelungen besonders bräuchten, zu schwach. Auch die
45 steuerliche Erleichterung von Rückstellungen, wie derzeit geplant, wird keine lang-
46 fristige Perspektive bieten. Nach einem aktuellen Stress-Szenario fehlen den Kassen
47 der deutschen betrieblichen Altersvorsorge bereits jetzt 33 Mrd. Euro! Angesichts
48 neuer Rationalisierungswellen (Digitalisierung 4.0) muss an der Finanzierungs-
49 sicherung der gesetzlichen Rente gearbeitet werden. Die Grundsicherungsleistungen
50 sind zu erhöhen.

51 52 Europa

53
54 Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Unterstützung für das Projekt
55 Europa und spürbaren Vorteilen im Alltagsleben. Europa muss deshalb sozialer und

1 demokratischer werden. Die Austeritätspolitik gegenüber dem südlichen Europa hat die
2 sozialen Probleme erheblich verschärft. Eine wirtschaftliche Belebung ist ausgeblieben.
3 Hier ist ein Kurswechsel fällig.

4 5 Finanzierung

6
7 Die mittleren Einkommen in der Bundesrepublik sind durch eine Abgabenquote von ca
8 50 Prozent besonders belastet. (Die Abgabenquote am BIP liegt dagegen nur bei 36,7
9 Prozent). Hier ist eine Entlastung fällig. Die Steuervorschläge der SPD dazu liegen seit
10 langem auf dem Tisch. Auch eine energische Bekämpfung in der Steuerverschiebung
11 und – hinterziehung, die nach Schätzungen den Staat jährlich 50 Mrd. Euro kosten,
12 würde neben entsprechenden Einnahmen auch das Gerechtigkeitsempfinden stärken.
13

14 15 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

16 **Streichung des Wortes „Begründung“**

17 **Überweisung als Material an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ergänzung**
18 **des Leittrahs des Parteivorstandes zum Bundestagswahlprogramm**

19
20
21 Annahme:

erledigt durch:

22 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

23 Überweisung an:

Nichtbefassung:

24

25

26

Antragsgruppe B

Wirtschaft - Finanzen

B 1

(Unterbezirk Frankfurt)

Starker Staat, gerechte Steuern, Investitionen in die Zukunft

Reform der Lohn- und Einkommensteuer: Absenkung der Steuersätze im unteren Einkommensbereich bei gleichzeitiger Erhöhung im oberen Bereich. Eine Erhöhung des Grundfreibetrags und die Glättung des Knicks bei der Steuerkurve. Durch einen 49-prozentigen Spitzensteuersatz können Senkungen im unteren Bereich gegenfinanziert werden. Zwischen dem Spitzensteuersatz und der sogenannten Reichensteuer gibt es derzeit keine Progression. Dies gilt es abzuändern damit der höchste Tarif in der Einkommenssteuer der Spitzensteuersatz ist.

Gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen: Kapitalgewinne dürfen gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden. Daher muss die Abgeltungssteuer abgeschafft werden. So sollen Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wieder der progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wobei der Freibetrag auf 2000 Euro erhöht werden sollte.

Ehegattensplitting: Das Ehegattensplitting soll unter Beachtung des Bestandsschutzes für bereits geschlossene Ehen abgeschafft. Die so freiwerdenden Mittel sollen direkt in Leistungen für Kinder und den Ausbau öffentlicher Infrastruktur für Pflege sowie frühkindliche Bildung und Betreuung fließen.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Es ist an der Zeit die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Dabei sind die aktuellen Werte von Grund und Immobilien zu berücksichtigen. Dank der hohen Konzentration von Privatvermögen führt auch die Besteuerung einer sehr kleinen Gruppe von Vermögenden zu hohen Einnahmen. Alternativ könnten auch durch eine moderate Kombination von höheren Spitzensteuersätzen, höherer Besteuerung der Kapitaleinkünfte sowie den Abbau von Steuerbegünstigungen für Gewinn- und Vermietungseinkünfte durchaus Mehreinnahmen in Größenordnungen von zehn Milliarden Euro pro Jahr erzielt werden, ohne wirtschaftliche Schäden anzurichten. Dabei lassen sich Elemente der Vermögenssteuer in die Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung integrieren, um diese gleichmäßiger und effektiver zu machen.

Reform der Unternehmensbesteuerung: Unternehmen, die in Deutschland Geld verdienen, müssen wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen beteiligt werden. Die Unternehmenssteuersätze müssen angehoben und die Bemessungsgrundlage verbreitet werden. Darüber hinaus sollte die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden. Die Gemeindefinanzierungssteuer würde dann auch Teile der Wertschöpfung erfassen, die in der Kommune erarbeitet wurden und als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten Kapitalgebern zufließen.

1
2 Steuerhinterziehung von Unternehmen verhindern: Es müssen entschlossene Maß-
3 nahmen gegen Steuerbetrug umgesetzt werden. Hierzu zählt, dass sämtliche Ver-
4 mögenswerte, die aus einer Straftat erlangt wurden, und alle rechtswidrigen Gewinne
5 konsequenter als bislang abgeschöpft werden. Zudem müssen harte Sanktionen
6 gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch
7 Banken verhängt werden. Eine Registrierkassenpflicht mit eingebautem Fiskalspeicher
8 muss eingeführt werden. In Österreich ist der Fiskalspeicher seit dem 01.01.2016
9 Pflicht. Das dahinterstehende System namens Insika ist einzuführen.

10
11 Konzernen Steuerflucht erschweren: Es braucht eine weitgehende Harmonisierung der
12 Steuerpolitik in Europa. Es müssen Mindestsätze für die Besteuerung von Unterneh-
13 men und vermögenden Bürgern festgelegt werden, damit zumindest die Euro-Staaten
14 nicht länger versuchen, sich über Lockangebote für Konzerne gegenseitig um
15 Milliardenereinnahmen zu prellen. Betroffen wären insbesondere die Körperschaft-, die
16 Kapitalertrag- und die Erbschaftsteuer.

17
18 Finanztransaktionsteuer: Die Finanztransaktionssteuer sollte auf alle Käufe und Ver-
19 käufe von Wertpapieren und Währungen aller Art erhoben werden, insbesondere auch
20 auf alle spekulativen Finanzprodukte wie Derivate.

21
22 Mehr Steuergerechtigkeit: Das Personal des Zolls, der Steuerbehörden, vor allem der
23 Betriebsprüfer muss künftig erhöht werden, verbunden mit regelmäßigen Betriebs-
24 prüfungen.

25
26 Länderfinanzausgleich: Der auslaufende Solidarpakt II sollte durch einen Solidarpakt III
27 ersetzt werden, der nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarfen struktur-
28 schwache Regionen in Ost- und Westdeutschland fördert. Für gleiche Startbedin-
29 gungen sollen die Altschulden in einem Fonds zusammengefasst werden, der zu
30 Bundeskonditionen verwaltet wird.

31
32 Finanzmarktregulierung: Die Eigenkapitalvorschriften für große Finanzinstitute müssen
33 weiter verschärft werden. Darüber hinaus wollen wir mit einem „Finanz-TÜV“ den
34 Nutzen neuer Finanzprodukte prüfen und über deren Zulassung entscheiden. Eine
35 striktere Regulierung funktioniert aber nur, wenn es keine regulierungsfreien Zonen
36 mehr gibt. Schattenbanken – Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Zweckgesellschaften
37 und Geldmarktfonds – können aber heute noch bankähnliche Geschäfte ohne strikte
38 Eigenkapitalvorschriften, Aufsicht und Kontrolle durchführen. Sogenannte Credit
39 Default Swaps sind zu verbieten, weil die Finanzmärkte mit dieser Absicherung auf die
40 Verschuldung der Eurostaaten wetten. Um dies zu ändern, müssen die Regulierer
41 grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Wir fordern, dass alle Finanzmarktakteure
42 den gleichen Regeln hinsichtlich Transparenz, Risikomanagement, Liquidität und
43 Eigenkapital unterworfen werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften sollen schlicht
44 verboten werden. Steuer- und Regulierungssoasen müssen ausgetrocknet werden.
45 Selbstständig ablaufender Hochfrequenzhandel soll verboten werden.

46
47 Junge Familien steuerlich unterstützen: Abschaffung von Progressionsvorbehalt bei
48 Mutterschaftsgeld, Elterngeld sowie dem Familiengeld.

49
50 Begründung:

51
52 Unser Wohlstand ist in Gefahr. Unternehmen und Staat investieren zu wenig. Die
53 Investitionsquote – Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt - liegt bei niedrigen
54 17 Prozent. Vor über zwanzig Jahren wurde noch fast jeder vierte Euro investiert.
55 Besonders dramatisch schrumpfen die öffentlichen Investitionen. Die staatlichen Netto-

1 investitionen – Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen – sind seit 2003 im roten
2 Bereich. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Die Investitionsschwäche bedroht das
3 langfristige Wachstum. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu
4 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen
5 Krankenhäusern ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen. Unter dem Strich summieren
6 sich die notwendigen Zukunftsinvestitionen auf einen jährlichen mittleren zweistelligen
7 Milliardenbetrag.

8 Ursächlich für den öffentlichen Investitionsstau sind die Steuersenkungen der ver-
9 gangenen Jahre. Sie haben bei Bund, Ländern und Kommunen Steuerminder-
10 einnahmen von jährlich 45 Mrd. Euro verursacht. Zudem ging die Sparpolitik im
11 Rahmen der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“ zu Lasten der Investitionen.
12 Öffentliche Ausgaben wurden gekürzt, viele öffentliche Dienstleistungen sind dem
13 Rotstift zum Opfer gefallen oder wurden privatisiert, Gebühren wurden angehoben und
14 Nutzerentgelte eingeführt. Viele öffentliche Dienstleistungen wurden dadurch für
15 Geringverdiener unerschwinglich. Deutschland hat vom Investitions- zum Sparmodus
16 umgeschaltet. Der Schuldenbremse folgte eine faktische Investitionsbremse.

17 Das muss sich ändern. Deshalb muss Deutschland wieder in seine Zukunft investieren.
18 Die Investitionen von heute sind Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen. Die
19 Finanzierung muss gerecht und in einem Niedrigzinsumfeld auch günstig erfolgen. So
20 kann den künftigen Generationen eine moderne und intakte Wirtschaft, Infrastruktur
21 sowie Gesellschaft hinterlassen werden, welche die öffentlichen Haushalte langfristig
22 nicht stark belastet.

23 Mehrheiten für eine gerechtere Steuerpolitik mit Mehreinnahmen sind möglich. Ent-
24 gegen der besonders in den 2000er Jahren öffentlich weit verbreiteten Behauptung gibt
25 es in der Mehrheit der sozialen Milieus keine Haltung grundsätzlicher Steuerverwei-
26 gerung. Vielmehr hängen die Zustimmung oder Ablehnung zu Steuererhöhungen
27 neben der sozialen Lage vor allem von gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen
28 der Milieus, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und den damit verbundenen All-
29 tagserfahrungen sowie den politischen Diskursen über diese Entwicklung ab. Die
30 Politik der Entstaatlichung hatte öffentliche Güter privatisiert oder eingespart und da-
31 durch die Legitimation der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen geschwächt. Der
32 politische Diskurs der Eigenverantwortung und die Alltagserfahrung des Abbaus sozi-
33 aler Leistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge bestärkte auch in den solidarischen
34 Milieus die Zweifel an dem Sinn von Steuernehreinnahmen. In den solidarischen
35 gesellschaftspolitischen Lagern aber auch darüber hinaus sank die Loyalität gegenüber
36 dem Wohlfahrtsstaat. Auch vor diesem Hintergrund sollte die SPD die Bedarfe im
37 öffentlichen Sektor und dessen Finanzierung in den Mittelpunkt der politischen Argu-
38 mentation rücken. Sie sollte Forderung nach Steuererhöhungen für Vermögende und
39 BezieherInnen hoher Einkommen mit der Ausweitung sozialer Rechte mit dem lang-
40 fristigen Ziel eines Pfadwechsels zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat ver-
41 binden. Dagegen können abstrakte oder technokratische Debatten um Steuererhö-
42 hungen Abwehrreaktionen hervorrufen und die notwendigen gesellschaftspolitischen
43 Bündnisse, z.B. auch mit einem Teil des gemäßigt-konservativen Lagers, blockieren.

44 Öffentliche Investitionen müssen vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden. Um die
45 Lasten gerecht zu verteilen, sollten die bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Ver-
46 mögen, Einkommen und Erbschaften wieder rückgängig gemacht werden. Mit den
47 erzielten Mehreinnahmen können öffentliche Investitionen finanziert werden. Zusätzlich
48 sollten öffentliche Investitionen angesichts eines einmaligen Niedrigzinsumfeldes
49 kreditfinanziert werden. Dafür müssen die vorhandenen Verschuldungsspielräume
50 genutzt werden.

51 Gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen

52 2009 wurde die Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge eingeführt. Dadurch wurde
53 ein Systemwechsel eingeleitet. Wurden bisher alle Einkunftsarten mit dem gleichen
54 Steuersatz besteuert, gilt für Erwerbs- und Kapitaleinkommen nun ein gesonderter
55

1 Steuersatz. Sie werden nicht mit dem persönlichen Tarif des Steuerpflichtigen ver-
2 steuert, sondern unabhängig davon mit dem Satz von 25%. Die Abgeltungssteuer ist
3 eine große Steuerersparnis für Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen. Und
4 sie hat nicht zu einer „Repatriierung“ von im Ausland angelegtem Kapital geführt.
5 Kapitalgewinne dürfen gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden.
6 Wir wollen daher die Abgeltungssteuer abschaffen. So sollen Zinsen, Dividenden,
7 Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungs-
8 gewinne aus Wertpapieren wieder der progressiven Einkommensteuer unterworfen
9 werden, wobei der Freibetrag auf 2000 Euro erhöht werden sollte.

10 11 Ehegattensplitting

12 Das Ehegattensplitting ist mit über 20 Milliarden Euro die teuerste familienpolitische
13 Leistung in Deutschland. Gleichzeitig ist Sie ineffizient, ungerecht und passt nicht
14 mehr zu den familienpolitischen Zielen. Es behindert die gleichberechtigte Teilhabe
15 von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie die gleichmäßigere Verteilung von
16 Familienarbeit. Wir wollen, dass jede und jeder Beschäftigte im Prinzip einzeln be-
17 steuert wird. Damit einhergehend sind weitere Veränderungen zur Familienförderung
18 nötig: Die Kinderbetreuung sollte weiter ausgebaut werden. Durch die Streichung des
19 Ehegattensplittings eingesparte Gelder würden einen wichtigen Beitrag zur Finanzie-
20 rung leisten. So wird es Eltern erleichtert, berufstätig zu sein. Ferner sollte die über-
21 mäßige Steuerbelastung geringer Einkommen durch die Steuerklasse V abschafft
22 werden. Doch auch dann wird es für viele nicht berufstätige Partner schwer sein, un-
23 mittelbar einen Job zu finden. Deshalb müssen die Unterhaltspflichten des ver-
24 dienenden Ehepartners steuerlich berücksichtigt werden.

25 26 Wiedereinführung der Vermögenssteuer:

27 Deutschland ist eine Steueroase für Vermögende. Vermögen werden hierzulande nur
28 halb so hoch besteuert wie im Rest der Industriestaaten. Die Vermögensteuer wurde
29 in Deutschland bis 1997 erhoben. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hatte
30 nicht die Vermögensteuer selbst, sondern lediglich die Art ihrer Erhebung für
31 rechtswidrig erklärt. Es ist an der Zeit die Vermögensteuer wieder einzuführen. Dabei
32 sind die aktuellen Werte von Grund und Immobilien zu berücksichtigen. Dank der
33 hohen Konzentration von Privatvermögen führt auch die Besteuerung einer sehr
34 kleinen Gruppe von Vermögenden zu hohen Einnahmen.

35 Alternativ könnten auch durch eine moderate Kombination von höheren Spitzen-
36 steuersätzen, höherer Besteuerung der Kapitaleinkünfte sowie den Abbau von Steuer-
37 begünstigungen für Gewinn- und Vermietungseinkünfte durchaus Mehreinnahmen in
38 Größenordnungen von zehn Milliarden Euro pro Jahr erzielt werden, ohne wirtschaft-
39 liche Schäden anzurichten. Dabei lassen sich Elemente der Vermögenssteuer in die
40 Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung integrieren, um diese gleich-
41 mäßiger und effektiver zu machen.

42 43 Reform der Unternehmensbesteuerung

44 Unternehmen, die in Deutschland Geld verdienen, müssen wieder stärker an der
45 Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen beteiligt werden. Die
46 Steuereinnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen tragen gerade einmal ein
47 Fünftel zum Gesamtsteueraufkommen bei. Um das zu ändern, fordern wir, dass die
48 Unternehmenssteuersätze angehoben und die Bemessungsgrundlage verbreitet wird.
49 Wichtig ist zudem der Steuerhinterziehung wirksam zu begegnen. Darüber hinaus
50 sollte die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer ausgebaut werden. Die
51 Gemeindefortschrittssteuer würde dann auch Teile der Wertschöpfung erfassen, die in
52 der Kommune erarbeitet wurden und als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten
53 Kapitalgebern zufließen.

Steuerhinterziehung von Unternehmen verhindern

Steuerhinterziehung durch Unternehmen kostet den Staat jährlich geschätzte 10 Mrd. Euro. Wir wollen deshalb entschlossen Maßnahmen gegen Steuerbetrug umsetzen. Hierzu zählt, dass wir sämtliche Vermögenswerte, die aus einer Straftat erlangt sind, und alle rechtswidrigen Gewinne konsequenter als bislang abschöpfen. Zudem wollen wir harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken verhängen. Wir brauchen eine konsequente Politik und harte Maßnahmen, damit sich Steuerbetrug nicht mehr lohnt.

Derzeit wird noch immer ein großer Teil des Handels mit Bargeschäften abgewickelt. Ob im Restaurant, beim Autohändler oder im Einkaufsladen, überall ist Bargeld das dominierende Zahlungsmittel. Was für den Verbraucher freundlich ist, da es Anonymität gewährleistet, schafft jedoch mannigfaltige Betrugsmöglichkeiten für die Händler, da Bargeldgeschäfte schwer nachzuweisen sind. Derzeit entstehen durch die Manipulation von Kassendaten allein in Deutschland Steuerschäden in Höhe von zweistelligen Milliardenbeträgen. Nach Schätzungen des Bundesrechnungshofs geht es hierbei um mindestens 10 Milliarden Euro pro Jahr - bei 56 Milliarden Euro Einnahmen durch die Gewerbesteuer in 2015. Abhilfe würde hierbei eine Registrierkassenpflicht mit eingebautem Fiskalspeicher schaffen. In Österreich ist der Fiskalspeicher seit dem 01.01.2016 Pflicht. Das dahinterstehende System namens Insika ist übrigens eine deutsche Entwicklung und vom Wirtschaftsministerium gefördert worden – laut Schäuble aber unmöglich einzuführen.

Konzernen Steuerflucht erschweren

Nominal höhere Steuersätze schaden Unternehmen welche Ihre Steuern ehrlich und vollumfänglich entrichten. Vor allem Konzerne haben vielfältige Möglichkeiten Ihre Steuerzahlungen zu vermeiden. Die EU-Staaten verlieren dreistellige Milliardenbeträge wegen Steuerflucht. Nicht erst der Fall Apple in Irland zeigt- Es braucht eine weitgehende Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa. Es müssen Mindestsätze für die Besteuerung von Unternehmen und vermögenden Bürgern festgelegt werden und dass zumindest die Euro-Staaten nicht länger versuchen, sich über Lockangebote für Konzerne gegenseitig um Milliardeneinnahmen zu prellen. Betroffen wären insbesondere die Körperschaft-, die Kapitalertrag- und die Erbschaftsteuer. Es muss endlich Schluss damit sein, dass wir den kleinen und mittleren Unternehmen die Steuern erhöhen, während die ganz großen sich davor drücken können. Der Kampf gegen die Steuerflucht ist ein mühsames Geschäft. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Steuerwettbewerb und fordern auch keine Einheitsätze in Europa. Wir stellen uns aber entschieden gegen eine Besteuerung nahe null.

Steuerhinterziehung durch Unternehmen kostet den Staat jährlich geschätzte 10 Mrd. Euro. Die SPD möchte deshalb entschlossen Maßnahmen gegen Steuerbetrug umsetzen. Hierzu zählt, dass wir sämtliche Vermögenswerte, die aus einer Straftat erlangt sind, und alle rechtswidrigen Gewinne konsequenter als bislang abschöpfen. Zudem wollen wir harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken verhängen. Wir brauchen eine konsequente Politik und harte Maßnahmen, damit sich Steuerbetrug nicht mehr lohnt.

Wir brauchen ein Konzept, um auf europäischer Ebene Kapitalflucht zu vermeiden. Außerdem müssen die Vorgaben für Betriebsprüfungen vereinheitlicht werden. Mangelnde Betriebsprüfungen dürfen von Ländern und Kommunen nicht als Standortvorteil genutzt werden, um Unternehmen anzulocken.

Finanzmarktregulierung

Die Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte wurde nach der großen Finanzmarktkrise ausgeweitet. Das ursprüngliche Ziel einer lückenlosen Regulierung wurde aber klar verfehlt. Das Problem „Too Big to Fail“ ist weiterhin ungelöst. Im Gegenteil: Die Bilanzsumme der weltweit 25 größten Banken ist heute größer als vor der Krise. Finanzinstitute, die sehr groß oder stark vernetzt sind, bedrohen ganze Volkswirt-

1 schaften. Darüber hinaus ist der Sumpf der Schattenbanken und Steueroasen noch
2 immer nicht trockengelegt, sondern hat sich in den letzten Jahren stattdessen noch
3 verdreifacht.

4 Für ein krisenfestes und stabiles Finanzsystem müssen wir also noch viel tun. Die
5 Eigenkapitalvorschriften für große Finanzinstitute müssen weiter verschärft werden.
6 Systemrelevante Banken können davon abgehalten werden, exzessive Risiken ein-
7 zugehen. Dafür wollen wir die Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken
8 erhöht werden. Außerdem stärkt eine hohe Verschuldungsquote die Widerstands-
9 fähigkeit der Banken.

10 Darüber hinaus wollen wir mit einem „Finanz-TÜV“ den Nutzen neuer Finanzprodukte
11 prüfen und über deren Zulassung entscheiden. In der Finanzmarktkrise wurden viele
12 Derivate, denen keine realwirtschaftlichen Transaktionen zugrunde lagen, zu „finan-
13 ziellen Massenvernichtungswaffen“. Finanzprodukte, die keinen realwirtschaftlichen
14 Nutzen haben, sind überflüssig. Die Beweislast sollte bei der Finanzwirtschaft liegen.

15 Eine striktere Regulierung funktioniert aber nur, wenn es keine regulierungsfreien
16 Zonen mehr gibt. Schattenbanken – Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Zweckgesell-
17 schaften und Geldmarktfonds – können aber heute noch bankähnliche Geschäfte ohne
18 strikte Eigenkapitalvorschriften, Aufsicht und Kontrolle durchführen. Sogenannte Credit
19 Default Swaps sind zu verbieten, weil die Finanzmärkte mit dieser Absicherung auf die
20 Verschuldung der Eurostaaten wetten. Um dies zu ändern, müssen die Regulierer
21 grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Wir fordern, dass alle Finanzmarktakteure
22 den gleichen Regeln hinsichtlich Transparenz, Risikomanagement, Liquidität und
23 Eigenkapital unterworfen werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften sollen schlicht
24 verboten werden. Steuer- und Regulierungssoasen müssen ausgetrocknet werden.
25 Selbstständig ablaufender Hochfrequenzhandel soll verboten werden.

26 27 Junge Familien steuerlich unterstützen

28 Abschaffung von Progressionsvorbehalt bei Mutterschaftsgeld, Elterngeld sowie das
29 Familiengeld. Junge Familien werden während einer Schwangerschaft und der Kinder-
30 erziehung mit Subventionen seitens des Staates unterstützt. Diese sind steuerfrei,
31 werden allerdings mit dem Progressionsvorbehalt versteuert. Das kann in einigen
32 Fällen zu einer Steuernachzahlung führen.

33 Vor allem für junge Familien, die sich für Nachwuchs entscheiden sollten nicht diese
34 Last tragen. Immer mehr Familien entscheiden sich gegen Kindern, weil es kaum
35 finanzierbar ist. Mit diesem Schritt kann mein Signal setzen.

36 Investitionszuschüsse an Unternehmen bleiben erfolgsneutral und damit steuerfrei,
37 wenn bestimmte Voraussetzungen gelten. Diese sind genauso steuerfrei wie die Lohn-
38 ersatzleistungen für junge Familien (Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Familiengeld), aller-
39 dings werden diese Investitionszuschüsse nicht in die Progression mit einbezogen.
40 Vor allem weil das Körperschaftssteuergesetz keine Progression kennt, aber auch im
41 Einkommensteuergesetz sind diese Zuschüsse nicht unter den Paragraphen § 32b
42 EStG wiederzufinden.

43 44 45 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

46 **Überweisung als Material an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ergänzung** 47 **des Leittrags des Parteivorstandes zum Bundestagswahlprogramm**

48
49
50 Annahme:

51 Annahme in geänderter Fassung:

52 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

53

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55

B 2

(Unterbezirk Frankfurt)

Steuerfahndung

Das Land Hessen soll eine Haushaltsmittelerhöhung durchführen und zusätzliche Stellen für die Steuerfahndungsbehörden schaffen.

Begründung:

Im Zuge einer emotional geführten Steuergerechtigkeitsdebatte muss der erste Schritt sein, die bestehenden Steuergesetze durchzusetzen.

In Deutschland entstehen dem Staat durch Steuerflucht, Steuervermeidung und Steuerbetrug jährlich Schäden in Höhe von zweistelligen Milliardenbeträgen. Die Schätzungen gehen dabei von Beträgen zwischen 30 und 180 Mrd. € jährlich aus. Die Arbeit der Steuerfahndungsbehörden ermöglicht eine Steuerrückführung welche die Betriebskosten der Behörde um ein Vielfaches übersteigt; jeder Steuerfahnder generiert also Nettomehreinnahmen für den Staat.

Statt diesen simplen Mechanismus zu nutzen um dringend benötigte Mittel, die dem Staat und der Gesellschaft rechtmäßig zustehen, endlich freizusetzen, wurden stattdessen Reformen verschleppt und benötigtes zusätzliches Personal nicht eingestellt. Auf Bundesebene wurde bspw. ein Gesetzentwurf zur Anhebung der Verjährungsfrist von Steuervergehen blockiert.

Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

B 3

(Unterbezirk Frankfurt)

Relikte neoliberaler Steuerpolitik reformieren – kommunalen Steuerwettbewerb beenden

Die Gewerbesteuerhebesätze von Gemeinden sollen in jedem Bundesland maximal um 200 Punkte vom Gesamtdurchschnitt abweichen. Bundesweit soll es ebenso eine Maximalabweichung geben. In einer mehrjährigen „Abschmelzphase“ sollen sich die Sätze dabei jährlich angleichen. Bei besonders großen Abweichungen soll für es eine Umlage geben, welche die Angleichung erleichtert.

Begründung:

Die Idee klingt des Steuerwettbewerbs unter den deutschen Kommunen lässt sich schnell erklären. Wenn eine Region die Zahl der Gewerbetreibenden und Unternehmen erhöhen will, senkt Sie den Gewerbesteuerhebesatz und in Kürze wandern

1 Unternehmen zu und findige Unternehmer gründen neue Standorte und Firmen. Leider
2 stellt die Gewerbesteuer gleichzeitig die Haupteinnahmequelle von Kommunen dar. Ist
3 eine Kommune klamm, sieht sie sich also gezwungen die Steuersätze zu erhöhen um
4 Haushaltslöcher zu stopfen. Viele Unternehmen wandern daher aus solchen Städten
5 ab und investieren lieber anderswo. Dies verringert erneut die Einnahmen und die
6 Kommune steht vor der Wahl: Verschuldung, weniger kommunale Dienstleistungen
7 oder erneut die Gewerbesteuer erhöhen. Zudem müssen gerade Großstädte mehr
8 Dienstleistungen anbieten als Anliegergemeinden im „Speckgürtel“. Nicht überall sind
9 die Unterschiede so grotesk wie zwischen Eschborn und Frankfurt. Dennoch führen
10 große Unterschiede in den Hebesätzen zu Mindereinnahmen ohne dass dadurch
11 große wirtschaftliche Aktivität entsteht. Tatsächlich ist es mehr legale Steuerver-
12 meidung denn Innovationsmotor. Die hier vorgeschlagene Lösung belässt den Ge-
13 meinden ihr im Grundgesetz festgeschriebenes Recht einer in der Höhe veränderbaren
14 Steuer und kann dennoch die Exzesse verringern.

17 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

18 **Das Votum der Redaktionskonferenz wird nachgereicht**

21 Annahme:	erledigt durch:
22 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
23 Überweisung an:	Nichtbefassung:

27 **B 4**

29 **(Unterbezirk Frankfurt)**

31 **Bildung und Sicherheit stärken – Vermögenssteuer einführen**

34 Was haben Bildung, Sicherheit und Justizpolitik gemeinsam? Fragt man Bürger nach
35 den wichtigsten Problemen in Deutschland, spielen diese Politikbereiche immer in der
36 ersten Liga. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass die Hauptverantwortung hierbei den
37 Bundesländern obliegt. Investitionen in diese Bereiche kosten Geld. Können wir uns in
38 Zeiten von Einwanderung und Integrationsanstrengungen, angeblichen Fachkräfte-
39 mangel, extremistischen und rechtsradikalem Terror, überlaufenen und unterfinan-
40 zierten Bildungseinrichtungen noch die Aussetzung eines wichtigen Steuerinstru-
41 mentes wieder Vermögenssteuer leisten? Wir finden nein.

43 **Begründung:**

45 Die CDU hat Hessen totgespart. Trotz Rekordstudierendenzahlen, tausenden Asyl-
46 suchenden und neuen Herausforderungen für Polizei und Behörden findet die Union
47 keine Antworten. Steuern erhebt man nicht zu Selbstzweck. Aber wenn die An-
48 forderungen steigen, muss man darauf reagieren um Ihnen gerecht zu werden.
49 Ansonsten ist ein Versagen des Staates vorprogrammiert. Die Vermögenssteuer war
50 immer eine Ländersteuer und ist deshalb das Instrument der Wahl um diesen
51 Herausforderungen zu begegnen.

53 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2739/umfrage/ansicht-zu-den-wichtigsten-
54 problemen-deutschlands/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2739/umfrage/ansicht-zu-den-wichtigsten-problemen-deutschlands/)

1
2 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
3 **Zurücküberweisung an den Antragsteller**

4
5
6 Annahme: erledigt durch:
7 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
8 Überweisung an: Nichtbefassung:
9

10
11
12 **B 5**

13
14 **(Unterbezirk Frankfurt)**

15
16 **Ehegattensplitting auslaufen lassen**

17
18
19 Das aktuelle Ehegattensplitting soll im Laufe der nächsten 15 Jahre abgeschmolzen
20 werden. Damit sollen soziale Verwerfungen vermieden werden und dennoch das Ziel
21 einer gerechten Individualbesteuerung in absehbarer Zeit erreicht werden. Die SPD
22 fordert bisher nur die Abschaffung bei Bestandsschutz. Das bedeutet wir müssen das
23 Ehegattensplitting noch den Großteil des 21. Jahrhunderts ertragen.
24

25 **Begründung:**

26
27 Es handelt sich um ein überholtes Geschlechterbild und Familienmodell bei dem in der
28 Regel der Mann einen höheren Verdienst hat und die Frau maximal Zuverdienerin ist.
29 Dies ist ungerecht und entspricht in keiner Weise der Lebensrealität in Deutschland.
30 Vor allen Dingen unverheiratete, kinderreiche Familien und Alleinerziehende benötigen
31 unsere Unterstützung. Einen zweistelligen Milliardenbetrag vor allem Gutverdienern
32 zuzuschieben ist nicht mehr zeitgemäß.
33

34
35 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
36 **Erledigt durch Beschlusslage**

37
38
39 Annahme: erledigt durch:
40 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
41 Überweisung an: Nichtbefassung:
42

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

C 1

(Bezirksvorstand)

Zwei-Klassengesellschaft in Betrieben aufheben – Diskriminierung von Leiharbeitern beenden

Gute Arbeit braucht faire Regeln. Das gilt gerade auch für atypische Beschäftigung. Insbesondere in der Leih- und Zeitarbeit sind Korrekturen erforderlich. In den letzten 15 Jahren hat sich dieser Sektor verdreifacht. Knapp 1 Mio. Menschen sind heute in Leih- und Zeitarbeit. Dabei wird das Instrument vielfach zweckentfremdet und schon bei normaler Betriebsauslastung als ständige innerbetriebliche Konkurrenz zur Stammbeslegschaft und zur Umgehung von geltendem Arbeitsrecht beispielsweise im Arbeitskampf eingesetzt. Dieser Missbrauch hat mit dem eigentlichen Zweck nichts gemein und gehört eindämmt.

Leih- und Zeitarbeit hat ihre Berechtigung um Auftragsspitzen zu bewältigen. Das Ziel bleibt, sie auch darauf zu begrenzen. Den missbräuchlichen Gebrauch von Leiharbeit und Werk- oder Dienstverträgen zum Zweck der Lohndrückerei müssen wir bekämpfen. In der nächsten Bundesregierung werden wir verhindern, dass sich in den Betrieben dauerhaft eine Zweiklassengesellschaft etabliert und Kolleginnen und Kollegen gegeneinander ausgespielt werden.

Die steigenden Zahl von Leiharbeit und Werkverträge führt dazu, dass die gleiche Tätigkeit zu schlechteren Bedingungen ausgeführt und Stamarbeitsplätze ersetzt werden. Inzwischen verdrängen Werkverträge sogar Arbeitsplätze, die mit Leiharbeitnehmern dauerhaft besetzt werden. Durch Scheinselbständigkeit werden zudem Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherungsschutz umgangen.

Unser Blick gilt jedoch auch der konzerninternen Zweckentfremdung von Leiharbeit. Die dauerhafte, „billigere“ Erledigung von Aufgaben durch ein Konzernunternehmen ist nur ein Beispiel. Gewachsene Arbeitsbeziehungen werden zerstört. Gleiche Arbeit im selben Betrieb und der gleichen Verwaltung werden bei schlechterer Bezahlung und zu insgesamt schlechteren Arbeitsbedingungen durchgeführt. Für uns ist klar: Missbrauch bleibt Missbrauch. Wird Leiharbeit dauerhaft eingesetzt um Druck auf die Stammbeslegschaft auszuüben, ist der Gesetzgeber gefordert.

Schon das Ausmaß von Leih- und Zeitarbeit zeigt: Reformbedarf lässt sich nicht leugnen. Dabei ist mit dem weiteren Vordringen der Digitalisierung sogar mit einer Zunahme von Werk- oder Dienstvertragsarbeit in Betrieben und Verwaltungen zu rechnen. Die Behebung von Regelungslücken ist daher umso wichtiger.

In der großen Koalition hat die SPD das Maximum dessen durchgesetzt, was mit der Union möglich war. Mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes werden insbesondere die Möglichkeiten für ungleiche Bezahlung von Leih-

1 arbeitern und Stammebelegschaft zurückgeschraubt. Ausbeutung bleibt aber in vielen
2 Fällen legal. Schon deswegen müssen wir für neue Mehrheiten streiten. Eine SPD ge-
3 führte Bundesregierung muss Leiharbeit auf seine benannten Kernfunktionen zurück-
4 führen.

5
6 Für folgende Maßnahmen wollen wir um Mehrheiten streiten:

- 7
8 1. Wir müssen erreichen, dass die zeitlichen Begrenzungen für Arbeitnehmer-
9 überlassungen nicht auf die Einzelpersonen sondern auf den Einsatzbetrieb
10 bezogen werden. Nur so kann dem Dauereinsatz von wechselnden Leih-
11 arbeitnehmern vorgebeugt werden. Das Merkmal „vorübergehend“ ist
12 betriebs- statt arbeitnehmerbezogen zu definieren. Das trägt auch der EU-
13 Leiharbeitsrichtlinie (2008/104/EG) Rechnung. Diese will ausdrücklich die
14 dauerhafte Ersetzung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit ver-
15 hindern – und nicht etwa den einzelnen Leiharbeitnehmer vor einer zu langen
16 Verleihung schützen. Andernfalls könnten Strohfirmer oder Konzernunter-
17 nehmen als Verleiher mit ständig wechselnden Leiharbeitnehmern die
18 Erledigung von Arbeit auf Dauerarbeitsplätzen zu günstigeren Lohnkosten
19 anbieten und so den dauernden Wechsel auf ein und demselben Arbeitsplatz
20 kostengünstig ermöglichen, wie dies in der Praxis bekanntermaßen im
21 großen Stil und durchaus bei renommierten Unternehmen betrieben wird.
22
- 23 2. Wir wollen ein entschiedenes Vorgehen gegen Scheinselbstständigkeit als
24 Geschäftsmodell. Wir wollen arbeitnehmerähnliche Personen in bestehende
25 Regelungsmechanismen einbeziehen und die Feststellung der Arbeitnehmer-
26 Eigenschaft erleichtern. Hierzu ist die Beweislast umzukehren: Der Betrieb
27 soll künftig die Eigenschaft der nicht weisungsgebundenen Einbettung in die
28 Betriebsorganisation erbringen - nicht der Arbeitnehmer oder die Arbeitneh-
29 merin.
30
- 31 3. Streikbruch bleibt Streikbruch: Wir wollen das Streikbruchverbot auf Konzern-
32 entleihe ausweiten.
33
- 34 4. Wir wollen Mitbestimmung stärken. Wir werden den betrieblichen Interessen-
35 vertretungen mehr Rechte verschaffen. Betriebsräte sollen bei der Vergabe
36 von Aufträgen an Leiharbeitsunternehmen informiert und unterrichtet
37 werden. Bis zur vollständigen Unterrichtung muss die Interessenvertretung
38 einen Anspruch auf Unterlassung der Maßnahme haben. (§ 80 BetrVG)
39
- 40 5. Wir wollen das Equal Pay Prinzip scharfstellen und zu einem Equal
41 Conditions Prinzip ausbauen: Ab dem 90. Tag sollen Leiharbeiter Anspruch
42 auf gleiche Arbeitsbedingungen erhalten. Neben gleichem Stundenlohn
43 sollen auch Leistungen aus dem Tarifvertrag, Betriebsvereinbarungen und
44 Arbeitsverträgen angewendet werden.
45

46 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

47
48
49
50 Annahme:
51 Annahme in geänderter Fassung:
52 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

C 2

(Unterbezirk Odenwaldkreis)

Hartz IV und Rente – Für eine Würdige Arbeitslosen- und Rentenpolitik

Die SPD erarbeitet ein Konzept, welches zum Ziel hat, Rentnern und Arbeitslosen die nach Jahren/Jahrzehnten der Arbeit in die Grundsicherung oder Hartz IV fallen ihr Eigentum bis zu einem gewissen Maße zu überlassen. So sollte ein Rentner, der sein Haus ein Leben lang abbezahlt hat, es also auch besitzt, ebenso wie ein Hartz IV-Empfänger, dieses auch behalten dürfen. Hierfür müssen natürlich bestimmte Begrenzungen für Wert und Größe des Objekts sowie beispielsweise Nebenkosten eingeführt werden.

Ein solches Eigentum sollte im Schonvermögen mit inbegriffen sein, welches entsprechend drastisch angehoben werden muss.

Die genaue Ausgestaltung und Konzeptionalisierung des Vorschlags soll durch eine Kommission des SPD-Bundesvorstandes erfolgen.

Begründung:

Im Antragstext angelegt.

Empfehlung der Redaktionskonferenz:

Annahme und Überweisung als Material an den Parteivorstand

Annahme:

Annahme in geänderter Fassung:

Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

C 3

(Unterbezirk Frankfurt)

Generationengerechtigkeit: Gute Rente, faires Gesundheitssystem, sozialer Staat, bezahlbare Mieten

- Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

- Die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen auszubauen und eine stärkere institutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmer*innen in deutschen Unternehmen einzusetzen. Hierzu soll der Schwellenwert, ab dem die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat greift, von 500 Arbeitnehmer*innen auf 100 Arbeitnehmer*innen herabgesetzt werden. Zusätzlich soll der Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 ausgeweitet werden. Dieser soll bereits in Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten greifen (bisheriger Schwellenwert: 2.000 Beschäftigte)

- 1 - Den Mindestlohn zu dynamisieren und armutsfest zu machen, wirksam zu kon-
2 trollieren, durch ein Verbandsklagerecht zu stärken sowie die Ausnahmen abzu-
3 schaffen
- 4 - Die Tarifautonomie zu stärken
- 5 - Leiharbeit und Werkverträgen abzuschaffen
- 6 - Die Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung zu entwickeln, die
7 Unterscheidung von ALG I und ALG II Bezug abzuschaffen und Programme gegen
8 verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weiter auszubauen.
- 9 - Sanktionen müssen abgeschafft werden und Langzeitarbeitslosen müssen Case-
10 ManagerInnen und ein Coaching zur Seite gestellt werden
- 11 - Den öffentlichen Beschäftigungssektor auszubauen
- 12 - Die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames
13 Lohngerechtigkeitsgesetz zu schließen
- 14 - Die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung) fortzusetzen mit folgenden
15 Maßnahmen: Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterent-
16 wicklung
- 17 des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung in BaFöG-Höhe, Recht auf
18 bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds
19 aus betrieblichen Umlagen.
- 20 Rente:
- 21 - Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule
22 der Altersvorsorge zu machen. Sie muss vor allem so ausgestaltet werden, dass sie
23 den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt.
- 24 - Das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % zu stabilisieren. Dazu sind
25 die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- 26 - Wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten,
27 als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Hier muss in Abhängigkeit von
28 den eingezahlten Beträgen ein angemessener Aufschlag erfolgen.
- 29 - Die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen.
- 30 - Die Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle einzahlen und in der alle
31 Einkommensarten Beiträge zahlen müssen.
- 32 - Die Riesterreute bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abzuschaffen. Es
33 darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme
34 welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den
35 Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene
36 Demografiereserve zu schließen.
- 37 - Die betriebliche Rente darf nicht zum Schwerpunkt einer zukünftigen Rentenreform
38 werden.
- 39 - Dass die Quasi-Abschaffung der Erwerbsminderungsrente in der GRV im Rahmen
40 der Agenda 2010 rückgängig gemacht wird. Erwerbstätige mit Vorerkrankungen oder
41 risikoreichen Berufen zahlen aktuell bei der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung
42 hohe Zuschläge oder werden sogar ganz ausgeschlossen.
- 43 - Eine Wiederbelebung der Debatte um eine Wertschöpfungsabgabe – wie in
44 Österreich.
- 45 Bürgerversicherung:

- 1 - Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung.
- 2 - Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau des Spitzensteuer-
- 3 satzes in der Einkommenssteuer.
- 4 - Die Möglichkeit für Beamte auf Bundesebene über eine Sonderregelung in eine
- 5 Bürgerversicherung einzutreten.
- 6 - Dass die Bürgerversicherung auch für Kleinselbstständige bezahlbar sein muss,
- 7 daher muss die Mindestbemessungsgrundlage abgesenkt werden.
- 8 - Die Verbeitragung aller Einkommensarten, da die Anteile von Einkommen aus Ver-
- 9 mögen immer stärker steigen. Diese Verbeitragung ist über die Finanzbehörden abzu-
- 10 wickeln.
- 11 - Die Abschaffung der privaten Krankenkassen und die Überführung der Mitglieder in
- 12 die gesetzliche Krankenkasse und einen Bürgerversicherungstarif, der mindestens den
- 13 heutigen Leistungsansprüchen entspricht.
- 14 - Dass es darüber hinaus wie 2013 einen Schuldenerlass für säumige Beitrags-
- 15 zahlerinnen geben muss.
- 16 Soziales:
- 17 - Eine Lohnerhöhung für Ärzt*Innen, Pflegepersonal und Sozialarbeiter* Innen inner-
- 18 halb des ÖGD auf die im Gesundheitssektor üblichen Vergütungen bzw. Tarifverträge.
- 19 - Eine generell bessere finanzielle Ausstattung des ÖGD durch die Länder, verbunden
- 20 mit einer Leistungsausweitung in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung
- 21 für Kinder und Jugendliche (z.B. Vorsorgeuntersuchungen in Kita und Schule). Dafür
- 22 sollen ggf. Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern für eine dauerhafte Finanze-
- 23 rung getroffen werden.
- 24 Wohnen – kein Gut für Spekulationen
- 25 - Verstetigte soziale Wohnraumförderung mit 5 Milliarden Euro jährlich mit dauerhaften
- 26 Sozialbindungen in gemeinsamer Verantwortung von Kommunen, Ländern und Bund.
- 27 - Ressortübergreifende Strategien wie z.B. das Projekt Soziale Stadt, politische
- 28 Konzepte und Förderkulissen auf allen Handlungsebenen, verstärkter Quartiersbezug.
- 29 - Stärkung der sozialen Funktion des Mietrechts: Mietpreisbremse bundesweit flächen-
- 30 deckend einführen, §5 Wirtschaftsstrafgesetz anpassen, so dass zu hohe Miete als
- 31 Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, angemessene Ausgestaltung der Moderni-
- 32 sierungsumlage: Senkung der Modernisierungsumlage und geltend machen des Wirt-
- 33 schaftlichkeitsgrundsatzes für Mieter und Vermieter, so dass möglichst effiziente und
- 34 kostengünstige Sanierungen erfolgen, verpflichtend, nachprüfbare Angaben zur Vor-
- 35 miete, rechtssichere Gestaltung des Mietspiegels auf breiterer Basis und längerem
- 36 Bezugszeitraum.
- 37 - Nachhaltige und soziale Boden- und Baulandpolitik, Rekommunalisierung von
- 38 Boden.
- 39 - Starke kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Stärkung genossenschaftlichen
- 40 Wohnens als Korrektiv auf dem Wohnungsmarkt.
- 41 - Reform der Grundsteuer, unter Berücksichtigung von demografischer Differenzierung
- 42 hinsichtlich eines Steuertarifs sowie unter Berücksichtigung von Bodenmobilität bzw.
- 43 Aktivierungsmöglichkeiten für Brachland, hin zu einer unverbundenen Grundsteuer.
- 44 - Feste Verankerung der Gemeinwohlorientierung in der gesamten Wohnungswirt-
- 45 schaft.
- 46 - Prävention vor Wohnungslosigkeit.

1 - Verpflichtender Erhalt der vollen Instandhaltungsrücklagen bei Veräußerung von
2 Wohnungsbeständen.

3
4
5 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
6 **Zurücküberweisung an den Antragsteller**

7
8
9 Annahme: erledigt durch:
10 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
11 Überweisung an: Nichtbefassung:
12
13
14

15 **C 4**

16
17 **(Unterbezirk Frankfurt)**

18
19 **Bürgerversicherung einführen, gesetzliche Rente stärken**
20
21

22 Wir wollen die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürgerversicherung ein-
23 führen, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf gleiche Weise einzahlen. Bisher Privat-
24 versicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Wir
25 möchten eine neue einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte einführen,
26 damit sich die Vergütung von medizinischen Leistungen für alle Patientinnen und
27 Patienten nach ihrem Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus
28 richtet. Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgebern und Arbeitneh-
29 mern wieder paritätisch entrichtet werden. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze
30 auf das Niveau der Rentenversicherung anheben und alle Einkunftsarten in die Finan-
31 zierung der Krankenversicherung einbeziehen. Die Beitragssätze für Selbständige in
32 der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen
33 bemessen. Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversiche-
34 rungen mehr anbieten, die gesetzlich Versicherten können bei den privaten Ver-
35 sicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen abschließen.

36 Wir wollen die gesetzliche Rente als wichtigste Säule unseres Rentensystems wieder
37 stärken, denn Rente muss zum Leben reichen und dem Lebensstandard im Alter
38 sichern. Um dies sicherzustellen, müssen Veränderungen an den aktuellen Renten-
39 regelungen vorgenommen werden. Besonders wichtig ist uns dabei:

- 40
41
- Die Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent.
 - Wir wollen eine Mindestrente. Die Mindestrente ist die Grundsicherung, plus Wohngeld plus 10% und kann als Rentenversicherungsleistung unabhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung von jedem in Anspruch genommen werden, der mindestens 35 Beitragsjahre geleistet hat, wobei Kindererziehung und Pflegezeiten angerechnet werden. Das heißt wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente ohne sein Ersparnis aufbrauchen zu müssen. In Frankfurt würde dies unter heutigen Bedingungen eine Mindestrente für Singlehaushalte von knapp über 1000 EUR bedeuten. Dafür ist ein Steuerzuschuss in die Rentenversicherung notwendig.
 - Die Erwerbsminderungsrente muss so weiterentwickelt werden, dass sie vor Armut schützt.
- 52
53
54
55

- 1 • Die Riesterrente hat sich nicht bewährt. Wir wollen daher die staatliche Förde-
2 rung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen. Die
3 bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in
4 Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss
5 auf Steuersubventionen verzichten. Bei den bestehenden Verträgen soll in Zu-
6 kunft bei der Auszahlung keine Verrechnung mit Sozialleistungen mehr statt-
7 finden.
8
- 9 • Wir wollen die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung erwei-
10 tern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf alle Bürger, also auf
11 Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und Beamte erweitern. Auch die
12 Versorgungswerke wollen wir integrieren.
13

14 Begründung:

15
16
17 Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit zu Sorgen. Die schon seit vielen Jahren auf der
18 Agenda der SPD stehende Bürgerversicherung muss endlich umgesetzt werden und
19 das Gesundheitssystem zukunftsfähig und bezahlbar zu machen. Qualitätsunter-
20 schiede in der Versorgung von Versicherten darf es nicht mehr geben. Auch bei der
21 Rentenversicherung setzen wir auf die Einbeziehung aller in das Solidarsystem. Dies
22 soll nicht nur dafür sorgen, dass die Beiträge zur Rentenversicherung bezahlbar
23 bleiben, sondern auch dafür, dass uneteter werdende Erwerbsbiographien trotzdem
24 eine solide Alterssicherung haben.

25 Die heutige Form der Rentenversicherung sichert Menschen in Zukunft nicht hin-
26 reichend vor Altersarmut ab. In einer solidarischen Gesellschaft ist es nach wie vor
27 unser Ziel, dass im Alter der Lebensstandard gehalten werden kann. Für eine gerechte
28 Würdigung der Lebensleistung ist die Höhe des Rentenniveaus deshalb entscheiden.
29 Aktuell liegt das Rentenniveau bei 48%. Aufgrund der Demografischen Entwicklung
30 würde es nach Berechnungen des Arbeitsministeriums bis 2030 auf rund 42% sinken.
31 Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss in jedem Fall verhindert werden, denn
32 es würde Altersarmut für breite Schichten der zukünftigen Rentner bedeuten. Selbst
33 Menschen, die ein durchschnittliches Einkommen erwirtschaften wären bei diesem
34 Rentenniveau vor Altersarmut nicht mehr gefeit. Aktuell gilt eine Vereinbarung eines
35 Mindestniveaus der Rente bis 2030 von 43%. Andrea Nahles möchte die Haltelinie
36 eines gesetzlich verankerten Mindestniveaus bis 2045 verlängern und auf 46%
37 erhöhen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber nicht ausreichen. Wir
38 setzen uns deshalb dafür ein, dass Mindestrentenniveau auf 50% zu erhöhen und der
39 Mehrheit der Rentner ein auskömmliches Einkommen sicherzustellen.

40 Trotzdem werden wir mit diesen Maßnahmen nicht alle zukünftigen Rentner absichern.
41 Deswegen setzen wir uns dafür ein dass parallel eine Mindestrente 10% über dem
42 Niveau der regionalen Grundsicherung eingeführt wird, damit auch die Lebensleistung
43 von Menschen mit geringerem Einkommen durch eine gesicherte Rente ohne
44 Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Dies sichert auch prekäre Beschäftigung oder
45 Engagement in der Familie zumindest auf einem Grundniveau ab.

46 Das ursprüngliche Idee hinter der Riesterreute, mit einer Kapitalmarktgedeckten
47 Rentensäule die Lücke zum gesetzlichen Rentenniveau schließen zu können, hat sich
48 nicht als praxistauglich erwiesen, weil zum einem gerade Menschen mit geringerem
49 Einkommen oftmals nicht in der Lage waren, zusätzliche Kosten für Rentenbeiträge zu
50 finanzieren, zum anderen aber die Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten dafür sorgt,
51 dass die notwendigen Guthaben nicht angespart werden können. Das Scheitern des
52 Konzepts ist mehrfach belegt, deswegen sollten hierfür keine weiteren Steuermittel
53 investiert werden, die statt dessen in die Finanzierung des gesetzlichen Rente
54 investiert werden müssen.
55

1
2 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

3
4
5 Annahme: erledigt durch:
6 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
7 Überweisung an: Nichtbefassung:
8

9
10
11 **C 5**

12
13 **(ASG Hessen-Süd)**

14
15 **Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger*innenversicherung einführen!**

16
17
18 Wir fordern, dass bei einer Regierungsbeteiligung der SPD auf Bundesebene die
19 Einführung der Bürgerversicherung eine hohe Priorität hat.
20

21 Wir wollen die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürger*innen-
22 versicherung einführen, in die alle Bürger*innen auf gleiche Weise einzahlen und die
23 eine gleichwertige Versorgung für alle Bürger*innen ermöglicht. Die Versicherungs-
24 pflichtgrenze wird aufgehoben: Alle neu zu Versichernden werden automatisch in die
25 Bürger*innenversicherung aufgenommen. Bisher Privatversicherte wird ein Wechsel in
26 die Bürgerversicherung ermöglicht.

27 Wir möchten eine gerechte einheitliche Honorarordnung für medizinische Leistungen.
28 Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgeber*innen und Arbeitneh-
29 mer*innen wieder paritätisch entrichtet werden. Wir wollen die Beitragsbemessungs-
30 grenze mindestens auf das Niveau der Rentenversicherung anheben und alle
31 Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbeziehen.

32 Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr
33 anbieten; alle in der Bürger*innenversicherung Versicherten können bei den privaten
34 Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen abschließen. Von der Bürgerver-
35 sicherung muss alles medizinisch Notwendige finanziert werden.
36

37 Die Zeit drängt!!!
38
39

40 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
41 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 4**

42
43
44 Annahme: erledigt durch:
45 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
46 Überweisung an: Nichtbefassung:
47
48

1
2 **C 6**

3
4 **(Ortsverein Frankfurt-Sossenheim)**

5
6 **Altersarmut verhindern, Rentensystem solidarisch reformieren**

7
8 Die gesetzliche Rente muss zwei Aufgaben erfüllen: Mit einem angemessenen Leistungs-
9 niveau muss sie den wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung gewährleisten
10 und zugleich einen wirksamen Schutz vor Armut im Alter bieten. Damit die
11 gesetzliche Rente zukünftig wieder ein auskömmliches Leistungsniveau sichern kann,
12 ist eine Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und mittelfristig die Anhe-
13 bung der Rentenleistungen erforderlich.

14
15 In der gegenwärtigen Rentenpolitik soll das Sicherungsniveau aus gesetzlicher Stan-
16 dardrente und privater Zusatzversorgung in Form einer geförderten Riester-Rente
17 erreicht werden. Da die Riester-Rente aufgrund überzogener Verzinsungsprognosen,
18 unterschätzter Verwaltungs- und Provisionskosten und der sozialen Schlagseite bei der
19 Inanspruchnahme der staatlichen Förderung zugunsten höherer Einkommen die in sie
20 gesetzten Erwartungen verfehlt, muss grundsätzlich die Alterssicherung wieder auf die
21 gesetzliche Rente übergehen.

22
23 Perspektivisch ist die Trennung der Altersversorgung in gesetzliche Rente, berufs-
24 ständische Versorgungswerke und Pensionen in eine Erwerbstätigen-Rentenversiche-
25 rung für alle zu überführen, in der zukünftig auch alle Selbständigen, Beamten und
26 Politiker versichert sein sollen. Dabei ist die Einkommensbemessungsgrenze aufzu-
27 heben, zumindest deutlich zu erhöhen. In die Beitragsbemessung einzubeziehen sind
28 alle Einkünfte, auch die aus Kapitalerträgen.

29
30 In einem ersten Schritt ist das weitere Absinken des Rentenniveaus zu verhindern.
31 Nach dem Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2015 liegt das aktuelle
32 Rentenniveau vor Steuern bei 47,5 %. Das bedeutet eine Standardrente (45 Ver-
33 sicherungsjahre mit durchschnittlichem Einkommen) von rund 1370 Euro monatlich. Zu
34 berücksichtigen ist, dass für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Stan-
35 dardrente nicht erreichbar ist. In einem nächsten Schritt ist daher die Erhöhung des
36 Rentenniveaus auf 50 % anzustreben.

37
38 Bislang gilt, dass ab 2021 aufgrund der eingeführten Nachhaltigkeits- und Beitrags-
39 faktoren die Rente weiter von der Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Um
40 einen schleichenden Wertverlust der Renten zu verhindern, muss die Rentenent-
41 wicklung wieder grundsätzlich an die Einkommensentwicklung gekoppelt werden.

42
43 Um die Altersarmut wirksam zu verhindern, bedarf es zusätzlicher Maßnahmen:

- 44
- 45 • Phasen der Erwerbsarbeit im Niedriglohnsektor müssen für die Rente auf
 - 46 mindestens 75 % des Durchschnittseinkommens aufgewertet werden.
 - 47 • Für Langzeitarbeitslose müssen wieder Beiträge in die Rentenkasse errichtet
 - 48 werden.
 - 49 • Ausfallzeiten wegen Kindererziehung oder familiärer Pflege müssen renten-
 - 50 steigernd und nicht nur als Wartezeit berücksichtigt werden.
 - 51 • Die Grundsicherung muss angehoben werden, wobei ein Freibetrag für
 - 52 (andere) Einkünfte aus der Altersversorgung vorzusehen ist (Betriebsrente,
 - 53 private Vorsorge).
 - 54

1 Diese Maßnahmen gegen Altersarmut müssen, solange es nicht eine gemeinsame
2 Erwerbstätigen-Rentenversicherung gibt, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe system-
3 gerecht aus Steuermitteln finanziert werden.

4
5 **Begründung:**

6
7 Die aktuelle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung, mit sprudelnden Beitragsein-
8 nahmen und ordentlichen Erhöhungen darf über die grundlegenden Probleme der
9 Alterssicherung nicht täuschen. Die Weichen für die Zukunft sind falsch gestellt. Nach
10 geltendem Recht wird das Rentenniveau (weiter) sinken und die Regelaltersgrenzen
11 werden weiter steigen. Weder die betriebliche Altersversorgung noch die Modelle der
12 Privatvorsorge werden diese Lücken schließen können. Zugleich erzeugt der Struktur-
13 wandel auf dem Arbeitsmarkt Sicherungsrisiken im Alter. Durch Niedrigeinkommen und
14 prekäre Erwerbsbiografien können viele weder in der gesetzlichen Rentenversicherung
15 noch in der betrieblichen Altersversorgung ausreichende Anwartschaften ansammeln.
16 Leistungskürzungen im Rentenrecht und die Prekarisierung von Arbeit erzeugen in
17 einem einkommensabhängigen Alterssicherungssystem schwerwiegende Versor-
18 gungsprobleme. Lebensstandardsicherung rückt für viele in weite Ferne. Andere sind
19 von Altersarmut bedroht. Da die Privatvorsorge von den Beschäftigten alleine zu tragen
20 ist, verliert das Prinzip der paritätischen Finanzierung in der Alterssicherung an
21 Bedeutung. Altersvorsorge ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, die auch in
22 Zukunft von Arbeit und Kapital paritätisch zu finanzieren ist. Es ist höchste Zeit für
23 einen Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik. Nicht möglichst niedrige Beitrags-
24 sätze für die Arbeitgeber bei Zusatzbelastungen durch Privatvorsorge für die Beschäf-
25 tigten, sondern auskömmliche Renten sind Sicherungsaufgaben des Sozialstaats.
26 Faire Renten, flexible Übergänge in den Ruhestand statt »Rente ab 67« und eine
27 nachhaltige und gerechte Finanzierung – das sind Eckpunkte einer guten und
28 solidarischen Rentenpolitik.

29
30
31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

32 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

33 **Seite 26 Zeile 26: ersetzen des Wortes „Politiker“ durch „Wahlbeamte und**
34 **Abgeordnete“**

35
36
37 Annahme:

erledigt durch:

38 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

39 Überweisung an:

Nichtbefassung:

40

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

C 7

(60plus Hessen-Süd)

Rente muss zum Leben reichen

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 60plus haben sich bei verschiedenen Gelegenheiten mit dem Thema der Alterssicherung und der Vermeidung von Altersarmut befasst und fassen ihre Diskussion 2017 in folgenden Punkten zusammen:

Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente bleibt die Hauptsäule der Altersfinanzierung. Sie muss gestärkt und in der Höhe an einem würdevollen Lebensstandard orientiert sein.

Deshalb ist ihr Niveau auf oberhalb von fünfzig Prozent zurückzuführen und zu stabilisieren. Die jetzigen Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren sind abzuschaffen. Das Renteneintrittsalter ist herabzusetzen, flexibilisierte Eintritte sind ohne drastische Abschläge möglich machen.

Perspektivisch ist sie zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle auszubauen.

Die Grundsicherung ist deutlich zu erhöhen. Ein Gutteil der Bruttorente ist von der Anrechnung auf die Grundsicherung freizustellen.

Die Situation von Frauen, oft Kinder- und Pflegeunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung und Arbeit im Niedriglohnbereich, verdient darin eine besondere Förderung und Ausgestaltung. Ebenso gilt dies für Erwerbsminderungsrenten.

Die private Vorsorge (insb. Die s.g. Riester-Rente) ist angesichts der relativ hohen Kosten und der niedrigen Zinsen keine ernstzunehmende Ergänzung der gesetzlichen Rente. Für bestehende Verträge sollten Vertrauensschutzregelungen geschaffen werden, neue Verträge nicht mehr gefördert werden.

Betriebliche Altersvorsorge ist ebenfalls keine realistische Säule zur Vermeidung von Altersarmut. Kürzere Betriebsbindungen, Scheinselbständigkeiten, Zeitbeschäftigungen, crowd- und clickworking haben bereits jetzt die ursprünglich angenommenen Voraussetzungen unterminiert und werden die Formen der Betriebsrenten weiter schwächen. Aktuell und auf weitere Sicht werden die Niedrigzinsen den Kapital gedeckten Finanzierungsformen weiter negativ zusetzen.

Auf der Finanzierungsseite muss es zuerst darum gehen, durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik möglichst viele Menschen in Sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Zudem sind durch gesetzliche Regelungen die prekären Beschäftigungen zurückzuführen und der Mindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich schlägt die Produktivität einer Volkswirtschaft die Demografie. Daran ist auch für die Zukunft wirtschaftspolitisch zu arbeiten. Gleichzeitig müssen die durch die Digitalisierung drohenden Risiken vorausschauend gestaltet werden.

Die der Rentenversicherung übertragenen Staatsaufgaben, z.B. die Anpassung der Ostrenten, die „Mütterrente“, sind aus Steuermitteln zu finanzieren.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Erledigt durch die Annahme des Antrags C 4**

Annahme:
Annahme in geänderter Fassung:
Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1 **C 8**

2
3 **(Unterbezirk Groß-Gerau)**

4
5 **Rentengerechtigkeit**

6
7
8 Bezogen auf die momentane bundespolitische Rentendebatte fordern wir die SPD
9 Bundestagsfraktion auf, Menschen mit niedrigem Einkommen vor Altersarmut zu
10 schützen und dafür zu sorgen, dass jede/r im Alter ein menschenwürdiges Grund-
11 einkommen hat, denn gerade den Geringverdienern dürfte es kaum möglich sein,
12 privat für ihr Alter vorzusorgen. Anstelle der Debatten um die private Altersversorgung
13 sollte eine steuerfinanzierte Altersabsicherung umgesetzt werden.

14
15 **Begründung**

16
17 Es gibt unter den Rentenempfänger*innen einen starken Unterschied im Rentenein-
18 kommen zwischen den gutsituierten Rentner*innen und denen die über ein geringes
19 Einkommen verfügen. Dieser Unterschied wird sich in den nächsten Jahren noch mehr
20 bemerkbar machen, indem das Armutsrisiko steigt, wenn nicht politisch gegen-
21 gesteuert wird.

22
23 Zu den Armutsgefährdeten gehören ganz besonders die Geringverdiener*innen, Allein-
24 erziehenden und die Erwerbslosenrentenbezieher*innen. Minijobs sind eine Armuts-
25 falle im Alter. Befristete Verträge und lange Praktika machen jungen Menschen die
26 Altersversorgung kaputt.

27
28 Wir, die AG 60 plus sind der Meinung, dass wir Sozialdemokraten die sozialen Schief-
29 lagen in unserem Land besonders im Blick haben sollten.

30
31 Es darf nicht zugelassen werden, dass Menschen im Alter nicht mehr über finanzielle
32 Mittel verfügen, um sich das Lebensnotwendige leisten zu können.

33
34
35 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
36 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 6**

37
38
39 Annahme: erledigt durch:
40 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
41 Überweisung an: Nichtbefassung:

42
43
44
45 **C 9**

46
47 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

48
49 **Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten**

50
51
52 Die (Weiter-) Qualifizierung von Erwerbslosen beinhaltet auch die Möglichkeit eines
53 weiteren Berufsabschlusses. Hierbei sollen bisher erlangte Kenntnisse, Qualifizie-
54 rungen und Abschlüsse mit einberechnet werden. Die bestehenden Möglichkeiten der
55 Qualifizierung auf der Seite der Agentur für Arbeit und der Kammer (z.B. Externen-

1 prüfung) sollen durch intensive Aufklärung und Werbung gefördert werden und mit
2 entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

3
4 **Begründung:**

5
6 Der Arbeitsmarkt von heute ist vielfältig und ständig in Bewegung. Es erfordert nicht
7 nur Hard-Skills, sondern auch Soft-Skills um sich weiterzuentwickeln und in der
8 modernen Arbeitswelt anzukommen. Insofern ist das Konzept des Arbeitslosengelds Q
9 in diesem Punkt klar zu begrüßen. Dennoch zählen, auch und gerade in Deutschland,
10 förmliche Abschlüsse zu den wichtigsten Argumenten für eine Einstellung in einem
11 Betrieb. Dies muss bei der Einführung des Arbeitslosengelds Q beachtet werden und
12 somit sollte die Qualifizierung auch Möglichkeit eines weiteren förmlichen Abschlusses
13 beinhalten. Die Verkürzung der Ausbildungszeit kann durch Anrechnung bereits
14 erlangter Kenntnisse, Qualifizierungen und Abschlüsse erfolgen.

15
16
17 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
18 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd zur Ergänzung des**
19 **Leitantrags des Parteivorstandes zum Bundestagswahlprogramm**

20
21
22 Annahme: erledigt durch:
23 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
24 Überweisung an: Nichtbefassung:

25
26
27
28 **C 10**

29
30 **(Unterbezirk Frankfurt)**

31
32 **(Zeit-)arbeit muss sich lohnen – Arbeitnehmer beteiligen!**

33
34
35 Für Zeitarbeit gibt es viele Gründe. Wenige davon sind gut. Aber auch unabhängig von
36 den Gründen ist die Zeitarbeit meist ein schlechter Deal für die Arbeitnehmer*innen,
37 welche ein solches Vertragsverhältnis haben.
38 Die Arbeitgeber verringern ihr das mit einer Anstellung verbundene unternehmerische
39 Risiko und erkaufen sich eine erhöhte Flexibilität. Das Zeitarbeitsunternehmen kalkuliert
40 die Entleihgebühr für die Überlassung des Arbeitnehmers indem er das Risiko eines
41 frühen Auftragsendes ein und einen möglichst hohen Gewinn für sich das eigene
42 Unternehmen. Endet der Auftrag wird der Zeitarbeitnehmer in der Regel entlassen. Am
43 Ende trägt somit immer der Arbeitnehmer das Risiko.
44 Dieser Zustand ist unhaltbar. Es soll in Zukunft daher eine allgemeine Zeitarbeits-
45 umlage geben, welche auf die Entleihgebühr aufgeschlagen wird. Diese Umlage soll
46 jedem Zeitarbeitnehmer zugutekommen und entsprechend der monatlich abgeleisteten
47 Stunden ausgezahlt werden.

48
49 **Begründung:** auf Wunsch mündlich

50
51
52 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
53 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 1**

1 Annahme:
2 Annahme in geänderter Fassung:
3 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

7 C 11

9 (Ortsverein Frankfurt-Sossenheim)

11 **Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen**

14 Die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen
15 eines sachlichen Grundes in § 14 Absatz 2, Absatz 2a und Absatz 3 des Teilzeit und
16 Befristungsgesetzes (TzBfG) ist zu streichen.

18 Begründung:

20 Arbeitsrechtliche Regelungen des Normalarbeitsverhältnisses werden zunehmend
21 durch befristete Arbeitsverträge unterlaufen. Dies hat zur Folge, dass der Anteil der
22 Befristungen bei neuabgeschlossenen Verträgen von 32 % (2001) auf 44% (2012)
23 gestiegen ist

25 Dabei ist zu beobachten, dass die Personalabteilungen der Unternehmen strategisch
26 insbesondere die Gestaltung der sachgrundlosen Befristung anwenden, obwohl hierfür
27 keine unmittelbare betriebswirtschaftliche Notwendigkeit besteht. Die ursprünglich
28 angestrebte arbeitsmarktpolitische Wirkung sachgrundloser Befristungen ist nicht ein-
29 getreten. Während befristete Beschäftigung die Beschäftigungsaussichten weder ver-
30 bessert noch verschlechtert, ist sie mit gravierenden Nachteilen für die Beschäftigten
31 verbunden.

33 I.

- 34 1. Durch die massenhafte Befristung von Arbeitsverhältnissen wird der gesetzliche
35 Kündigungsschutz für fast die Hälfte aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge
36 unterlaufen.
- 38 2. Der Zusammenhang zwischen befristeter Beschäftigung und schlechten
39 Arbeitsbedingungen liegt auf der Hand: Zum einen führt eine häufige Arbeits-
40 platzsuche zu Zugeständnissen beim Einkommen und bei den Arbeitsbedin-
41 gungen. Zum anderen scheuen sich Beschäftigte, die auf eine Entfristung ihrer
42 Stelle hoffen, auch während ihrer befristeten Beschäftigung, Arbeitnehmer-
43 rechte wahrzunehmen, beispielsweise bei der Einhaltung der Arbeitszeit, bei
44 der Vergütung von Überstunden oder bei der Gewährung von Urlaub; sie ver-
45 zichten häufig auf tarifliche Ansprüche und gehen krank zur Arbeit. Befristet
46 Beschäftigte haben im Grunde keine Chance, sich als Betriebsrat oder
47 Betriebsrätin zu engagieren.

49 Auch die Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg und der Zugang zu Weiter-
50 bildung sind bei befristet Beschäftigten geringer. Hinzu kommt, dass die
51 Betroffenheit von Mobbing bei befristet Beschäftigten größer ist als bei unbe-
52 fristet Beschäftigten (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung).

- 54 3. Eine befristete Beschäftigung bietet keinen persönlichen Planungshorizont –
55 weder für die Familiengründung, die aktive Entscheidung für ein Kind, noch für

1 große Investitionen. Entscheidend ist dies auch für die Familienpolitik in
2 Deutschland, da Befristungen überproportional bei jungen Arbeitnehmern ge-
3 nutzt wird. Alleine in der Gruppe der 20 – 25 Jährigen beträgt der Anteil der
4 befristet Beschäftigten 25%. Eine überschaubare Lebensplanung ist damit nicht
5 möglich. Die Generation „Prekär“ bleibt oft schon aus diesem Grund kinderlos.
6 Dies ist angesichts der demoskopischen Entwicklung unverantwortlich. Auch
7 Milliarden an Betreuungsgeld wird die Unwägbarkeiten prekärer Verhältnisse
8 von jungen Paaren nicht ausgleichen können. Sie wollen ihren Nachwuchs
9 nicht diesen unüberschaubaren Ketten-Einkommens-Verhältnissen aussetzen.
10 Nur 2,9 % wünschen die aufgenötigte Befristung

- 11
12 4. Letztlich wird das Betriebsverfassungsgesetz auf kalten Weg zunehmend außer
13 Kraft gesetzt. Durch die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung werden die
14 Rechte von Betriebs- und Personalräte bei Entlassungen ausgehebelt , weil das
15 Arbeitsverhältnis durch Fristablauf endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

16 .
17 II.

18
19 Wir brauchen mehr Sicherheit im Erwerbsleben in Deutschland. Deshalb müssen be-
20 fristete Arbeitsverträge auf das Notwendige zurück gedrängt werden. Den wirtschaft-
21 lichen Bedürfnissen der Unternehmen an befristeten Arbeitsverträgen wird durch den
22 Zulässigkeitskatalog der Befristung mit Sachgrund § 14 Absatz 1 des Teilzeit und Be-
23 fristungsgesetzes (TzBfG) hinreichend Rechnung getragen. Danach ist die Befristung
24 eines Arbeitsvertrages dann zulässig, wenn sie einer der folgenden Zwecke verfolgt:

- 25
26 1. Der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend ist .
27 2. Die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt.
28 3. Der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers erfolgt.
29 4. Die Eigenart der Arbeitsleistung die Befristung rechtfertigt.
30 5. Die Befristung zur Erprobung dient.
31 6. In der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe die Befristung rechtfertigt.
32 7. Der Arbeitnehmer aus begrenzten Haushaltsmitteln der öffentlichen Haushalte
33 vergütet wird.
34 8. Die Befristung auf einem gerichtlichen Vergleich beruht..

35
36 Bei Vorliegen eines dieser Sachgründe bleibt eine Befristung auch nach Streichung der
37 sachgrundlosen Befristung zulässig. Daneben besteht kein berechtigtes Interesse der
38 Wirtschaft an sachgrundlosen Befristungen.

39
40 III.

41
42 Durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung werden den öffentlichen Haus-
43 halten keine Kosten entstehen. Sie werden entlastet. „Wachsende Prekarität während
44 und nach der Erwerbsphase belastet die öffentlichen Haushalte. Vermehrte Ausgaben
45 zur Armutsbekämpfung mindern bei gegebenen Gesamtbudgets die öffentlichen Inves-
46 titionen in Infrastruktur und Bildung/Weiterbildung. Sie bremsen die Wachstums- und
47 Produktivitätsentwicklung.“ (Statistisches BA)

48
49
50 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

51
52
53 Annahme:
54 Annahme in geänderter Fassung:
55 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1
2 **C 12**

3
4 **(Ortsverein Frankfurt-Seckbach)**

5
6 **Schutz von Mitarbeitern bei Weitergabe von Informationen bei betrieblichen**
7 **Misständen**
8

- 9
10 I. Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf aus-
11 zuarbeiten und dem Bundestag in der nächsten Legislaturperiode erneut zur
12 Abstimmung vorzulegen, mit dem betrieblichen Whistleblower (Hinweisgebern)
13 ein gesetzlicher Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen des Arbeitgebers gewährt
14 wird. Die Regelung soll sich an dem Gesetzentwurf 17/8567 der SPD aus dem
15 Jahre 2012 orientieren und inhaltlich die Positionen 1 bis 6 aufnehmen.
16
17 II. Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert bei Koalitionsverhandlungen
18 darauf hinzuwirken, dass eine Vereinbarung in den Koalitionsvertrag aufge-
19 genommen wird, mit der betrieblichen Whistleblower (Hinweisgebern) ein gesetz-
20 licher Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen des Arbeitgebers gewährt wird. Die
21 Regelung soll sich an dem Gesetzentwurf 17/8567 der SPD aus dem Jahre
22 2012 orientieren und inhaltlich die Positionen 1 bis 6 aufnehmen.
23
24 1. Beschäftigte (Arbeitnehmer, Auszubildende Leiharbeiter und arbeitnehmer-
25 ähnliche Personen wie Heimarbeiter) haben das Recht, Hinweise auf
26 betriebliche Misstände an die zuständigen Aufsichtsbehörden, zuständige
27 Verwaltungsbehörden, die Polizei oder die Staatsanwaltschaft weiter zu
28 geben.
29
30 2. Sie haben keine Verpflichtung, zuvor eine innerbetriebliche Beseitigung des
31 Misstandes zu versuchen oder den Arbeitgeber informieren.
32
33 3. Ein betrieblicher Misstand liegt vor, wenn im betrieblichen Umfeld tat-
34 sächlich Rechte und Pflichten verletzt werden oder unmittelbar oder der
35 Beschäftigte, ohne leichtfertig zu sein, dies annehmen darf. Ein Misstand
36 liegt auch vor, wenn Gefahr für Leben, Gesundheit oder Freiheit von Men-
37 schen oder für die Umwelt vorliegt oder der Beschäftigte, ohne leichtfertig
38 zu sein, dies annehmen darf.
39
40 4. Wird die zuständige Stelle trotz Hinweisen nicht oder nicht in angemessener
41 Frist tätig, so darf sich der Mitarbeiter an die Öffentlichkeit wenden.
42
43 5. Übt ein Mitarbeiter sein Hinweisrecht aus, darf er deswegen vom Arbeit-
44 geber nicht benachteiligt werden. Eine Kündigung deswegen ist unwirksam.
45
46 6. Verstößt der Arbeitgeber gegen dieses Verbot, so kann der Mitarbeiter auf
47 Unterlassung, Beseitigung und Schadensersatz klagen.
48
49

50 **Begründung:**

51
52 Mitarbeiter, die Informationen zu betrieblichen Misständen bei zuständigen Behörden
53 offenlegen, genießen in Deutschland keinen gesetzlich geregelten Schutz vor arbeits-
54 rechtlichen Nachteilen. Sie müssen mit Kündigung und Schadensersatzklagen des
55 Arbeitgebers rechnen – und die Arbeitsgerichte halten dies oft für rechtens. Dies wird

1 u.a. durch ein Urteil des Arbeitsgerichtes Berlin (39 Ca 4775/05) vom 3.8 2005
2 deutlich.:

3
4 1. Eine Pflegekraft hatte bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, weil in dem
5 Pflegeheim kriminelle Praktiken üblich waren. Dort wurde nicht nur fortgesetzt Ab-
6 rechnungsbetrug zu Lasten der Krankenkasse begannen. Die Pflegebedürftigen
7 erhielten darüber hinaus eine sehr mangelhafte Versorgung. Trotzdem bejahte das
8 Arbeitsgericht und das BAG die Wirksamkeit der folgenden Kündigung wegen ver-
9 werflicher Motive (Druck ausüben).

10
11 2. Dem liegt eine durch die Rechtsprechung entwickelte Interessenabwägung zwischen
12 Geheimhaltungsinteresse des Arbeitgebers und der Meinungsfreiheit des Arbeitneh-
13 mers zugrunde, die gesetzlich nicht normiert ist. Es bestehen vielmehr zahlreiche
14 unbestimmte Rechtsbegriffe, deren Auslegung dann jeweils in der Einzelfall-
15 beurteilung vorgenommen wird. Was meist überhaupt nicht oder nur am Rande in
16 die Interessenabwägung einfließt, ist das öffentliche Interesse an Kenntnisnahme
17 und Reaktionsmöglichkeit der staatlichen Stellen von gesetzeswidrigen Zuständen
18 in Betrieben. Außerdem muten die Gerichte dem Whistleblower zu, in jedem Fall
19 zunächst zu versuchen, alles intern zu klären.

20
21 3. Das oben genannte Urteil ,welches vom BAG am 6.6 2007 (AZN 487/06) und vom
22 BVerfG am 6.11.2007 nicht beanstandet wurde, hat der Europäische Gerichtshof für
23 Menschenrechte EGMR am 21.7.2011 (Az. 2854/08) als Menschenrechtsverletzung
24 klassifiziert, weil die Meinungsfreiheit des Arbeitnehmers nach Art 10 der Euro-
25 päischen Konvention verletzt sei und verurteilte Deutschland zur Zahlung von
26 Schadensersatz an die Pflegekraft. Die Praxis der Arbeitsgerichte wird damit nicht
27 geändert, weil die Entscheidung nicht über den Einzelfall hinaus bindend ist.

28
29 Im Jahre 2012 hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf (Bundesdrucksache
30 17/8567) zum gesetzlichen Schutz für Whistleblower eingereicht, der aber unter der
31 CDU/FDP Regierung keine Mehrheit fand. Im Koalitionsvertrag SPD/CDU wurde ver-
32 einbart, die deutschen Regelungen zu Whistleblowern zu prüfen und ggf. europäischen
33 und internationalen Standards anzupassen. Dies ist bisher nicht geschehen.

34
35 In einem geschlossenen Gesetz sollen nach dem Entwurf die Rahmenbedingungen
36 geregelt werden, unter denen Beschäftigte vor Benachteiligungen durch den Arbeit-
37 geber geschützt werden.

38
39 Den inhaltlichen Grundregelungen des SPD Gesetzentwurfs sind Vorbild für die not-
40 wendige Reform zur Anpassung an das Europäische Recht.

41
42 Zunächst würde der Forderung Folge geleistet, dass der Schutz von betrieblichen
43 Hinweisgebern gesetzlich festgelegt wird und dass diese nicht den unwägbareren
44 Interessenabwägungen der Gerichte ausgeliefert sind.

45
46 Der Mitarbeiter kann sich bei Missständen sofort an die Aufsichtsbehörden oder ggf. an
47 die Staatsanwaltschaft wenden. Dies entspricht Europäischem und internationalem
48 Standard, insbesondere Artikel 24 der Europäischen Sozialcharta, Art 10 der Euro-
49 päischen Konvention und den Maßstäben der OECD an den berechtigten Schutz von
50 hinweisgebenden Mitarbeiter gegen Vergeltungsmaßnahmen des Arbeitgebers.

51
52 Schließlich wird das Interesse der Öffentlichkeit an berechtigter Information dem Ge-
53 heimhaltungsinteresse des Arbeitgebers gegenübergestellt und sachgerecht gewichtet.
54 Der Arbeitgeber wird dadurch geschützt, dass der Mitarbeiter grundsätzlich zunächst

1 eine staatliche Stelle anrufen muss und nur, wenn diese untätig bleibt, sich an die
2 Öffentlichkeit wenden darf.

3
4 Zusammenfassung (Zitat der SPD Fraktion)

5 „Angesichts der in Deutschland regelmäßig bekannt gewordenen Missstände in der
6 Lebensmittelindustrie und im Gesundheits- sowie Pflegebereich ist es ein besonderes
7 gesellschaftliches Anliegen, die Personen, die solche Missstände aufdecken in ihren
8 Rechtspositionen zu stärken und zu schützen.“

9
10
11 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

12
13
14 Annahme:

erledigt durch:

15 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

16 Überweisung an:

Nichtbefassung:

17
18
19
20 **C 13**

21
22 **(Ortsverein Frankfurt-Niederrad)**

23
24 **Gleichbehandlung bei Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung**

25
26
27 Die SPD Hessen-Süd fordert Änderungen bei der Berücksichtigung von Erziehungs-
28 zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung („Mütterrente“):

29
30 Kindererziehungszeiten sollen für alle Kinder, auch für die vor 1992 geborenen, bis
31 zum vollendeten dritten Lebensjahr anerkannt werden. Die Übergangsregelung in
32 Paragraph 249 Absatz 1 Sozialgesetzbuch VI ist zu streichen.

33
34 Außerdem sollen die auf Kindererziehungszeiten entfallenden Rentenanteile nicht auf
35 Grundsicherungsleistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII (Grundsicherung
36 für Arbeitsuchende und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ange-
37 rechnet werden und sollen auch nicht der Pfändung unterliegen.

38
39 Begründung:

40
41 Die gleiche Bewertung von Kindererziehungszeiten, die in der Regel Müttern zugute
42 kommen, unabhängig vom Jahr der Geburt des Kindes ist ein Gebot der Gleichbe-
43 handlung.

44
45 Dem gesellschaftlichen Wert der Erziehungsleistung durch Mütter und Väter soll
46 dadurch Rechnung getragen werden, dass die entsprechenden Rentenanteile nicht auf
47 andere Sozialleistungen angerechnet werden und auch nicht gepfändet werden dürfen.

48
49
50 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

51
52
53 Annahme:

erledigt durch:

54 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

55 Überweisung an:

Nichtbefassung:

1
2 **C 14**

3
4 **(Unterbezirk Frankfurt)**

5
6 **Mehr Anerkennung für Erzieher*innen**

7
8
9 Der Bezirksparteitag Hessen-Süd möge folgendes beschließen:

- 10
11
- 12 • Die Rahmenbedingungen für Erzieher*innen zu verbessern, in dem ein
 - 13 niedriger Betreuungsschlüssel und mehr personelle Ausstattung angewandt
 - 14 wird, Fortbildungsmöglichkeiten verpflichtend werden und in die Ausstattung
 - 15 der Gebäude investiert wird.
 - 16 • Gebührenfreie Kitas und Kindergärten
 - 17 • Die Ausbildung von Berufspraktikanten durch Erzieher*Innen soll finanziell
 - 18 honoriert werden.
 - 19 • Museumsbesuche sollen für Kindergartengruppen umsonst sein und von der
 - 20 Kommune finanziert werden.

21 Ausarbeitung eines Konzepts für eine engere Zusammenarbeit zwischen

22 Erzieher*innen und Grundschullehrer*innen.

23 Begründung:

24
25 In Deutschland ist die berufliche Situation von Erzieher*innen in einer belastenden
26 Situation. Erzieher*innen sind überlastet durch zu große Kindergruppen und einer
27 niedrigen Bezahlung. Dabei sind die ersten Lebensjahre entscheidend für die kognitive
28 Entwicklung eines Menschen. Die frühkindliche Bildung legt damit den Grundstein für
29 die weitere Entwicklung aller zukünftigen Schüler*innen und bedarf eine entsprechende
30 Förderung. Während in skandinavischen Ländern Erzieher*innen mit einem hohen
31 Bildungsanspruch und einer ausreichenden finanziellen Absicherung eines der
32 fortschrittlichsten Kinderbetreuungsangebote ihren Bürger*innen zur Verfügung stellt,
33 setzt die Bundesrepublik und ihre Bundesländer die falschen Impulse und zeigen sich
34 nicht reformfähig (Betreuungsgeld). Daher fordern wir mehr Anerkennung, auch
35 finanziell, für Erzieher*innen und ein entsprechendes Fortbildungsangebot.

36
37
38 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

39 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

40 **Seite 36, dritter Punkt, Zeilen 16 und 17 werden gestrichen;**

41 **vierter Punkt, Zeile 18 das Wort „umsonst“ wird durch „kostenlos“ ersetzt; der**
42 **weiterführende Satz „...und von der Kommune finanziert werden.“ wird**
43 **gestrichen**

44
45
46 Annahme:

erledigt durch:

47 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

48 Überweisung an:

Nichtbefassung:

49

50

1
2 **C 15**

3
4 **(Unterbezirk Frankfurt)**

5
6 **Kostenfreie Kinderbetreuung jetzt!**

7
8
9 In Zukunft sollen Gebühren für Kinderbetreuung zu 100% steuerlich absetzbar sein.
10 Derzeit ist dies lediglich für ¾ der Gebühren möglich. Geringverdiener sollen zukünftig
11 keine Beiträge leisten müssen.

12
13 Begründung:

14
15 Kinderbetreuung ist aus unserer Sicht eine notwendige Voraussetzung für Gleichbe-
16 rechtigung und den freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Kostenfreie Kinderbetreuung ist
17 nicht schwer zu erreichen, da das Instrument der Absetzbarkeit bereits existiert. Bereits
18 heute ist der Beitrag zu dreiviertel absetzbar womit die Finanzierung überschaubar ist.
19 Zudem wird ein höheres Maß an Beschäftigung Sozialbeiträge und Steuereinkünfte
20 erhöhen. Steuerliche Absetzbarkeit belastet vor allem den Bundeshaushalt. Da hier die
21 Haushaltslage vor allem im Vergleich zu den klammen Kommunen gut ist spricht vieles
22 für eine Befreiung auf dieser Ebene. Die SPD in NRW geht mit dieser Forderung in den
23 Wahlkampf, warum sollten wir nicht auch in die Bundestagswahl mit dieser gerechten,
24 finanzierbaren und darüber hinaus sehr populären Forderung gehen?

25
26
27 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

28 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 16 in geänderter Fassung**

29
30
31 Annahme:
32 Annahme in geänderter Fassung:
33 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

34
35
36
37 **C 16**

38
39 **(Unterbezirk Hochtaunus)**

40
41 **Kostenfreie Kinderbetreuung bundesweit**

42
43
44 Forderung: Der in § 24 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) verankerte
45 Rechtsanspruch auf kindliche Förderung in Tageseinrichtungen und in
46 Kindertagespflege soll bundesweit für Eltern während des gesamten Zeitraumes der
47 Inanspruchnahme dieser Förderung/ Betreuung kostenfrei sein. Dabei sind sämtliche
48 Kosten, einschließlich derer, die bisher vor Ort von den Städten und Gemeinden sowie
49 im Falle der Kindertagespflege von den Landkreisen getragen werden, künftig von
50 Bund und Ländern zu übernehmen.

51
52 Die Bundes-SPD wird aufgefordert, die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten, deren
53 Aufwertung als Teil des Bildungssystems und Ausstattung mit qualifiziertem Personal
54 zum Gegenstand ihres Programms zur kommenden Bundestagswahl zu machen.
55 Gleichzeitig soll sich jedoch die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, dass ein

1 entsprechender Gesetzesentwurf bereits vorher durch die aktuelle Bundesregierung in
2 den Bundestag eingebracht wird.

3
4 **Begründung:**

5
6 In den Schulgesetzen der Länder ist der Bildungsauftrag der Schulen geregelt; diese
7 haben dabei die Aufgabe, „jeden jungen Menschen durch Erziehung und Ausbildung
8 auf die Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesell-
9 schaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorzubereiten.“ (Gislinde Bovet,
10 Volker Huwendiek (Hrsg.): Leitfaden Schulpraxis - Pädagogik und Psychologie für den
11 Lehrberuf). Jener Bildungsauftrag muss auch die Kindergärten und -tagesstätten bein-
12 halten. Hinsichtlich deren Kosten bestehen im Bundesgebiet zu große Unterschiede. In
13 einzelnen Ländern ist die Kinderbetreuung bereits komplett für die Eltern kostenfrei, in
14 anderen Ländern sind die Städte und Gemeinden als örtlicher Träger der Betreuungs-
15 einrichtungen teilweise gezwungen, extrem hohe Gebühren zu erheben oder alternativ
16 auf freiwillige Leistungen zu verzichten, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzu-
17 legen. Dies führt bei den betroffenen Eltern vermehrt zu Politikverdrossenheit, weil sich
18 insbesondere junge Familien durch die Politik auf allen Ebenen im Stich gelassen
19 fühlen. Darüber hinaus hat die stetige Erhöhung von Kindergartengebühren in der
20 Praxis folgende gravierende Konsequenzen:

- 21
22 • Kinder werden seltener oder nur unter Inanspruchnahme des geringsten
23 Betreuungsangebotes in eine kommunale Einrichtung gegeben, weil deren Kosten
24 für die Eltern zu hoch sind.
25 • Meist die Mütter verzichten gerade im Niedriglohnbereich auf eine Berufstätigkeit,
26 weil eine solche sich finanziell nicht auszahlt. Dies wirkt sich negativ auf die
27 künftigen Rentenansprüche aus und je länger die Erziehungszeit andauert, umso
28 schwieriger wird der Wiedereinstieg ins Berufsleben ohnehin.

29
30 Kostenfreie Kinderbetreuung ist ein wichtiger Baustein zur Chancengleichheit; diese
31 sollte daher auch bundesweit für alle Familien möglich sein. Um die kommunalen
32 Haushalte endlich angemessen zu entlasten, muss bezüglich der Frage, wer die
33 Kosten der Betreuungseinrichtungen zu tragen hat, zwingend eine Anwendung des
34 Prinzips der Veranlassungskonnexität (Wer eine Aufgabe gesetzlich verantwortet,
35 bezahlt diese auch!) gelten. Nur so können die Städte und Gemeinden wieder verstärkt
36 in die Lage versetzt werden, bedarfsorientiert in die Verbesserung der Lebensqualität
37 ihrer Einwohner(innen) zu investieren und sich somit auch als Wohnort attraktiver zu
38 machen. Ebenso kommt es allen zugute, wenn die Landkreise in Wahrnehmung ihrer
39 Aufgaben künftig mehr finanziellen Spielraum durch den Wegfall der Kostenlast bei der
40 Tagespflege haben.

41
42
43 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

44 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

45 **Seite 37 Zeilen 47 – 50 wird der Satz „Dabei sind sämtliche Kosten, einschließlich**
46 **derer, die bisher vor Ort von den Städten und Gemeinden sowie im Falle der**
47 **Kindertagespflege von den Landkreisen getragen werden, künftig von Bund und**
48 **Ländern zu übernehmen.“ gestrichen**

49
50
51 Annahme:

erledigt durch:

52 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

53 Überweisung an:

Nichtbefassung:

54
55

1
2 **C 17**

3
4 **(Bezirksvorstand)**

5
6 **Die Pflege weiter ausbauen und stärken!**

7
8
9 I.

10 Eine würdevolle Pflege im Alter zu gewährleisten, bleibt eine große Herausforderung
11 auch in der Zukunft. Der demographische Wandel, die steigende Nachfrage nach
12 Dienstleistungen rund um die Versorgung im Alter oder bei Pflegebedarf und der sich
13 abzeichnende Fachkräftemangel werfen Fragen auf: Wie kann es gelingen, weiterhin
14 gut ausgebildetes Personal für eine würdevolle Pflege alter und kranker Menschen zu
15 finden? Wie können die Arbeitsbedingungen in der Pflege so weiterentwickelt werden,
16 dass Krankenschwestern und Altenpfleger ihren Beruf nicht verlassen, sondern
17 weiterhin mit hoher innerer Überzeugung diesen wertvollen Dienst am Menschen
18 leisten?

19
20 Die soziale Pflegeversicherung ist eine große sozialpolitische Errungenschaft, um die
21 wir in anderen Ländern beneidet werden. In dieser Legislaturperiode hat die Große
22 Koalition die Pflege mit drei Gesetzen – den Pflegestärkungsgesetzen – grundlegend
23 weiterentwickelt und finanziell auf stabilere Beine gestellt. Neben vielen zusätzlichen
24 Leistungen und Entlastungen für pflegende Angehörige konnte nun endlich der von der
25 SPD seit Langem geforderte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt und damit ein
26 umfassenderes Verständnis von Pflegebedürftigkeit umgesetzt worden ist. Um die
27 Pflegebedürftigkeit zu ermitteln, werden künftig keine Minutenwerte für einzelne
28 Verrichtungen mehr vergeben. Dies kommt vor allem Menschen mit demenziellen
29 Erkrankungen zu Gute, denn ihre Unterstützungsbedarfe werden mit dem neuen
30 Begutachtungsverfahren deutlich besser erfasst. Damit die zahlreichen Leistungen und
31 Angebote bei den Menschen vor Ort wirklich ankommen, hat der Bund mit einem
32 eigenen Gesetz die Rolle der Länder und Kommunen in der Pflege gestärkt.

33
34 Trotz der tiefgreifenden Umbauten in der sozialen Pflegeversicherung bleiben ange-
35 sichts der skizzierten Herausforderungen zahllose Probleme ungelöst, vor denen die
36 Pflege in den nächsten Jahren steht.

37
38 II.

39 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen Süd fordert die SPD-Bundestagfraktion daher auf:

40
41 Die Rahmenbedingungen in der Pflege sind so zu gestalten, dass diejenigen, die in
42 der Pflege tätig sind, mit Freude bis zur Rente in dem Beruf arbeiten.

- 43
44 • Die Reform der Pflegeausbildung muss endlich vorgebracht werden. Eine
45 generalistische Ausrichtung der Ausbildung leistet einen wertvollen Beitrag zur
46 Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs. Sie bereitet die Pflegekräfte von
47 morgen auf alle Arbeitsfelder vor und macht einen späteren Wechsel zwischen
48 den verschiedenen Pflegebereichen möglich. Das Schulgeld für die Auszu-
49 bildenden entfällt und wird über einen Fond finanziert.
- 50 ○ Eine gute Personalausstattung ist nicht nur für eine gute und qualitativ
51 hochwertige Pflege unerlässlich, sondern sie ist auch entscheidend für
52 gute Arbeitsbedingungen, unter denen das Personal seine Arbeit aus-
53 übt. Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz hat der Gesetzgeber die
54 Selbstverwaltung beauftragt bis 2020 ein wissenschaftliches Verfahren

- 1 zur Personalbemessung zu entwickeln. Für die Gewährleistung guter
2 Arbeitsbedingungen im Pflegeberuf muss nach Veröffentlichung der
3 Ergebnisse alsbald ein Personalschlüssel ermittelt und für die stationären
4 Pflegeeinrichtungen gesetzlich verankert werden.
- 5 ○ Bereits nach geltendem Recht können in den Landesrahmenverträgen
6 Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs oder zur Bemessung von
7 Pflegezeiten vereinbart werden. Bislang werden in den Ländern allerdings
8 nur Richtwerte vereinbart. Die SPD-regierten Länder werden aufgefordert,
9 die mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs anstehende
10 Überarbeitung dieser Rahmenverträge dahingehend zu nutzen, verbindliche
11 Mindestvorgaben zur Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen zu formulieren
12
13
 - 14 • Der Ausbau der Pflegestützpunkte muss weiter gefördert und vorangetrieben
15 werden. Daneben müssen auch dezentrale Beratungsangebote, wie z.B. sogenannte
16 Beratungs- und Koordinierungsstellen entwickelt werden.
17
 - 18 • Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, darunter die große
19 Mehrzahl von ihren Angehörigen. Die Pflege eines Angehörigen oder Freundes
20 bringt für die Pflegenden ein hohes Maß an körperlicher und emotionaler Belastung
21 sowie viele offene Fragen zum praktischen Alltag mit sich. Pflegenden Angehörigen
22 brauchen Unterstützung und Entlastung, um für diese Aufgabe gewappnet zu sein.
 - 23 ○ Der Ausbau gemeinnütziger Agenturen bzw. Beschäftigungsgesellschaften
24 muss gefördert und vorangetrieben werden, um so die Pflegenden bei
25 haushaltsnahen Dienstleistungen zu entlasten
 - 26 ○ Mit dem Pflegestärkungsgesetz II sind bereits Verbesserungen im Bereich
27 der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege
28 umgesetzt worden. Damit wird dem Wunsch vieler Menschen Rechnung
29 getragen, zu Hause gepflegt zu werden. Es wurden zudem die Wünsche
30 der vielen pflegenden Angehörigen aufgegriffen, entlastende und unterstützende
31 Pflegeleistungen flexibler in Anspruch nehmen zu können. Die Leistungen
32 in der häuslichen Pflege werden deutlich verbessert und flexibilisiert,
33 denn mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause
34 versorgt – darunter die große Mehrzahl von ihren Angehörigen. Um die
35 vielen pflegenden Angehörigen weitergehend zu entlasten ist zu prüfen,
36 inwieweit diese Leistungen weiter ausgebaut werden können.
 - 37 ○ Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz hat die Bundesregierung
38 Pflegezeiten rentenrechtlich besser gestellt. Angesichts vor der Doppelbelastung
39 von Pflege und Beruf sowie der eingesparten Kosten, die in der Pflegeversicherung
40 durch die Nichtinanspruchnahme teurer stationärer Pflege gespart werden,
41 sollte die Möglichkeit einer weitergehenden Besserstellung von Pflegezeiten
42 geprüft werden.
 - 43 ○ Die Pläne zur Familienzeit von Bundespflegeministerin Manuela
44 Schwesig sollten in der kommenden Legislaturperiode zügig umgesetzt
45 und in ähnlicher Weise für die Betreuung von pflegebedürftigen Eltern
46 und Geschwistern geregelt. Bis zu zwei Pflegenden sollten ebenfalls für
47 zu zwei Jahre Anspruch auf Teilzeit von 26 bis 36 Wochenstunden sowie
48 auf jeweils 150 Euro erhalten. Auch soll ein Anspruch auf Rückkehr zur
49 vorherigen Arbeitszeit sowie Kündigungsschutz eingeräumt werden.
 - 50 • Zu einer personenzentrierten Pflege gehört auch die Sensibilität für kultur- und
51 genderspezifische Bedürfnisse der Menschen. Das Pflegepersonal muss in
52 diesen Fragen geschult bzw. weitergebildet werden.
53
54

- 1 • Neue, flexible Wohnformen müssen von Bund und Land insbesondere für
2 Demenzkranke stärker gefördert werden. Sie ermöglichen ein längeres, selbst-
3 bestimmtes Leben „in den eigenen Wänden“, das bedarfsgerecht ist.
4
- 5 • Angesichts der steigenden Kosten in der Pflege, die nicht zuletzt durch den
6 demografischen Wandel bedingt sind, muss die Art der Finanzierung der
7 sozialen Pflegeversicherung auf den Prüfstand gestellt werden.
8
- 9 ○ Wir streben langfristig eine nachhaltige solidarische Finanzierung im
10 Rahmen einer Bürgerversicherung, die auch die Pflege umfasst an.
- 11 ○ Wir unterstützen ausdrücklich den Vorstoß unseres Kanzlerkandidaten
12 Martin Schulz, den in den vergangenen Jahren erzieltm Haushalts-
13 überschuss in Höhe von 23,7 Milliarden € auch in die Pflege zu
14 investieren.
15

16 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

17	Annahme:	erledigt durch:
18	Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
19	Überweisung an:	Nichtbefassung:
20		
21		
22		
23		
24		
25		

26 **C 18**

27 **(Unterbezirk Groß Gerau)**

28 **Pflegestärkungsgesetz II**

29
30 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, dafür zu sorgen, dass im das Pflege-
31 stärkungsgesetz II eine Festlegung des Personalbedarfs erfolgt, um einen verbind-
32 lichen Rechtsanspruch durchsetzen zu können.
33

34 **Begründung**

35 Pflegebedürftige sollen mit dem neuen Gesetz ab 2017 einen neuen Rechtsanspruch
36 auf zusätzliche Betreuung und Ansprache erhalten. Das wird nicht einzuhalten sein,
37 denn die dramatisch zu geringe Personalausstattung vieler Einrichtungen wird nicht
38 behoben. Verbindliche Vorgaben zur Bemessung des Personalbedarfs werden nicht
39 festgelegt.
40

41 Eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und deutschlandweit einheitliche Tarife -
42 davon ist in dem Gesetz ebenfalls nicht die Rede.
43

44 Andreas Kern, 1. Vorsitzender des Bundesverbands Ambulanter Dienste und Statio-
45 näre Einrichtungen sagt hierzu: „Es wird die historische Chance vertan, zeitnah
46 bundesweit einheitliche Rahmenbedingen in der stationären Pflege zu schaffen, bereits
47 jetzt haben wir die Befürchtung, dass es in denjenigen Bundesländern, in denen
48 bislang niedrige Personalrichtwerte vereinbart worden sind, zu keinen merklichen
49 Verbesserungen der Pflegesituation kommen wird“, so Kern weiter.
50
51
52
53
54

1
2 Genau dies ist aber notwendig angesichts gesetzlicher Vorgaben, die bundesweit
3 Gültigkeit haben, so die AG SPD 60 plus. Wir fordern von daher das Pflegestärkungs-
4 gesetz in diesem wichtigen Punkt nachzubessern, denn ohne die Festlegung des
5 Personalbedarfs wird der Rechtsanspruch nicht einzulösen sein.

6
7
8 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
9 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 17**

10
11
12 Annahme: erledigt durch:
13 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
14 Überweisung an: Nichtbefassung:

15
16
17
18 **C 19**

19
20 **(60plus Hessen-Süd)**

21
22 **Pflegeberufe-Gesetz**

23
24
25 Wir fordern ein überdenken des Pflegeberufegesetzes. Es ist infrage zu stellen, ob eine
26 Generalisierung* der Pflegeausbildung den Pflegebedarf in der Altenpflege wirklich
27 beheben kann.

28
29 **Begründung**

30
31 Das Pflegeberufegesetz birgt weitreichende Probleme besonders für die Altenpflege.
32 Bpa-Präsident Bernd Meurer (Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V)
33 kritisiert scharf, dass „berechtigte Einwände gegen den Reformunsinn nicht berück-
34 sichtigt werden“, obwohl „über 30 größtenteils bundesweit agierende Verbände die
35 Pläne der Generalistik grundlegend ablehnen.“ Dabei fallen durch die Abschaffung des
36 Altenpflegeberufs viele Ausbildungsplätze weg, was die Versorgung der Pflegebe-
37 dürftigen gefährde.

38
39 Aber nicht nur das, sondern es ist zu befürchten, dass sich die ausgebildeten
40 Pfleger*innen eher für die wesentlich interessanteren Arbeit im Krankenhaus entschei-
41 den. Zumal die Vergütung für die Altenpflege nicht gleich mit der Vergütung in der
42 Krankenpflege steht. Das muss unbedingt angeglichen werden.

43
44 Skeptisch reagiert der DGB, der befürchtet, dass eine ‚Schmalspurausbildung‘ mit den
45 drei Jahren Ausbildung nicht mehr die Qualifikation in der Pflege gewährleistet sein
46 wird.

47
48 Es ist zu befürchten, dass die Absicht, durch die generalisierte Pflegeausbildung mehr
49 Pflegepersonal zu rekrutieren, der Schwerpunkt Altenpflege nicht das Ergebnis bringen
50 wird, was notwendig wäre um den Pflegenotstand in der Altenpflege zu beheben.

51
52 Hier ist unbedingt in Anbetracht der steigenden Zahlen von pflegebedürftigen älteren
53 Menschen angebracht, strukturell nachzubessern.

1 * Ausbildungen in der Gesundheits- und Krankenpflege, der Gesundheits- und
2 Kinderkrankenpflege und der Altenpflege in einem Gesetz vereinheitlicht.

3

4

5 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

6 **Erledigt durch die Annahme des Antrags C 17**

7

8

9 Annahme:

erledigt durch:

10 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

11 Überweisung an:

Nichtbefassung:

12

1
2
3
4 **Antragsgruppe D**

5 **Bildungspolitik**
6

7
8
9
10 **D 1**

11
12 **(60plus Hessen-Süd)**

13
14 **Politische Bildung**

15
16
17 Wir fordern die Partei auf, die politische Bildung zu stärken, zu fördern und hierzu entsprechende Programme zu entwickeln.
18

19 Begründung:

20
21 Die SPD muss mit aller Kraft auf eine Verstärkung der politischen Bildung hinwirken. Mangelhafte politische Bildung und damit einhergehende ungenügende Identifikation mit der demokratischen Grundordnung ist eine der Hauptursachen für das Erstarken undemokratischer Strömungen und Parteien. Ziel muss die Stärkung der Zivilgesellschaft sein, die Weltoffenheit und freiheitliche Ordnung gegen die Hetzer und Verfassungsfeinde von ganz rechts zu verteidigen.
22
23
24
25
26
27
28

29
30 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

31 **Annahme als Resolution in geänderter Fassung wie folgt:**

32 **„Die SPD setzt sich dafür ein, die politische Bildung zu stärken, zu fördern und hierzu entsprechende Programme zu entwickeln.“**

33 **Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Hessen-Süd**
34
35

36
37 Annahme:

erledigt durch:

38 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

39 Überweisung an:

Nichtbefassung:
40
41
42

43 **D 2**

44 **(Ortsverein Friedrichsdorf)**

45 **Politik und Wirtschaft (Sozialkunde) Unterricht in der 9. Hauptschulklassen**

46
47 Die SPD Hessen-Süd wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass in den 9. und 10. Klassen aller Schulformen in Hessen mindestens 2 Stunden Politik und Wirtschaft (Sozialkunde) unterrichtet werden.
48
49
50
51

52 Auch sollen verstärkt soziale Inhalte in diesem Fach unterrichtet werden.
53

54 Begründung:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

In der Stundentafel für die Hauptschule und Realschule sind für den Jahrgang 9/10 zu wenige (2) Stunden POWI ausgewiesen. Viele Inhalte sind gekürzt oder auf andere Fächer „verteilt“. In unserer jetzigen gesellschaftlichen Situation sind unbedingt diese Stunden in den Stundenplan verbindlich einzubauen. In unserer Demokratie sind diese Stunden unbedingt wichtig.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Hessen-Süd**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

1
2
3 **Antragsgruppe E**

4 **Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik**
5

6
7
8
9 **E 1**

10
11 **(Bezirksvorstand)**

12
13 **Bezahlbare Mieten und soziales Mietrecht umsetzen**
14

15
16 Die Schaffung bezahlbaren Wohnungen ist eine der zentralen Herausforderungen, vor
17 denen unser Land steht. Dabei geht es uns auch um die Herausforderung, quantitativ
18 das Wohnraumproblem zu lösen. Wir wollen aber auch Qualität schaffen, für unter-
19 schiedliche Nutzergruppen, für alte Menschen, für Menschen mit Behinderungen, junge
20 Familien und Alleinerziehende. Insbesondere vor dem Hintergrund des demo-
21 graphischen Wandels ist die Schaffung von altersgerechten Wohnungen notwendiger
22 denn je. Dabei sollen auch Wohnprojekte gefördert werden, die es älteren Menschen
23 ermöglicht auch in Gruppen zusammen leben zu können.
24

25 Mit der Wohngeldreform, der Mietpreisbremse und dem Bestellerprinzip im Maklerrecht
26 und der Fortführung der Kompensationsabgabe an die Länder, hat die SPD in der
27 Bundesregierung spürbare Entlastungen für Mieterinnen und Mieter in der Koalition auf
28 Bundesebene durchsetzen können.
29

30 Mit der Initiative der Bundesregierung für bezahlbaren Wohnraum sind Ideen entwickelt
31 worden, wie die Erstellungskosten reduziert werden können. Diese Ideen müssen
32 weiter entwickelt werden, beispielsweise durch eine große Reform der Bundesbau-
33 ordnung mit dem Ziel zu einer Vereinheitlichung der Landesbauordnungen zu kommen.
34 Die Einführung des „urbanen Gebiets“ in der Bundesbauordnung wird dazu beitragen,
35 dass in der Stadtentwicklung endlich das sozialdemokratische Prinzip, Wohnen und
36 Arbeiten zusammenzuführen, besser realisiert werden kann.
37

38 Die Lösung des Wohnungsproblems ist nicht nur eine Aufgabe des Bundes. Auch die
39 Länder und Kommunen müssen ihren Beitrag leisten. Dies gilt auch und besonders für
40 die Bereitstellung von Flächen.
41

42 **Handlungsdruck auf Bundesebene erhalten**
43

44 Auf Bundesebene müssen jetzt weitere wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der
45 Rahmenbedingungen für das Bauen preiswerter Wohnungen für die Mieterinnen und
46 Mieter auf den Weg gebracht werden, um damit langfristig bezahlbare Mieten sicher-
47 zustellen. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf der Schaffung von
48 Wohnungen für mittlere Einkommen. Es sind gerade die Erzieher*innen, die
49 Polizist*innen und Krankenpfleger*innen, die sich insbesondere in den großen Städten
50 kaum noch Wohnungen zu erträglichen Preisen leisten können. Wir halten es für
51 unerträglich, dass gerade mittlere Einkommen bis zu 60% ihres Einkommens für Miete
52 ausgeben müssen. Wir begrüßen, dass die SPD Bundestagsfraktion, die Wohnungs-
53 bauministerin Barbara Hendriks und Bundesjustizminister Heiko Maas an diesem

1 Thema intensiv arbeiten – noch werden sie leider in vielen Bereichen von der
2 CDU/CSU blockiert.

3 4 **1. Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe Wohnen**

5
6 Deshalb unterstützt wird die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Wohnen
7 und Regionale Entwicklung. Seit dem Föderalismuskompromiss II zeigt sich, dass die
8 Entflechtung Probleme bereitet, Bundesmittel zielgenau in den Ländern zu verarbeiten.
9 Die Länder alleine können das Problem finanziell nicht stemmen. Das hat auch die
10 Tatsache gezeigt, dass die Zahlung der Kompensationsmittel um eine weitere Periode
11 verlängert werden mussten. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe Wohnen würde dieses
12 Problem beseitigen. Allein für Hessen haben wir einen Finanzbedarf von ca. 3
13 Milliarden EURO allein für den Bau von Sozialwohnungen. Das macht die Dimension
14 klar, um die es geht.

15 16 **2. Auch private Investoren müssen mitmachen können**

17
18 Wir werden das Wohnungsproblem nicht alleine mit öffentlichen Investitionen be-
19 seitigen können. Deshalb müssen auch die Rahmenbedingungen für Investitionen
20 privater Anleger und Investoren verbessert werden. Wir wissen, dass über 50% der
21 Wohnungen von privaten Vermietern bereitgestellt werden. Auch die haben eine
22 Verantwortung für den Bau preiswerter Wohnungen, denn nach unserem Grundgesetz
23 verpflichtet Eigentum auch zum Gemeinwohl!

24 Deshalb werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten beim Bau von bezahlbaren
25 Wohnungen privater Investoren in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf prüfen.
26 Eine solche regional bezogene Abschreibungsmöglichkeit würde Private motivieren,
27 Wohnungen zu bauen.

28 29 **3. Zuschüsse statt Darlehensprodukte**

30
31 In der jetzigen Situation müssen für den Bau von Sozialwohnungen von der öffent-
32 lichen Hand direkte Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden. Dazu muss die
33 Bindungsdauer für Sozialwohnungen deutlich verlängert werden. Das Prinzip Zuschuss
34 vor Darlehen muss sowohl für die Landesprogramme der als auch für die Produkte der
35 KfW gelten.

36 37 **4. Von der Miete zu den eigenen vier Wänden**

38
39 Wir wollen auch Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter, die sich statt der
40 Miete für selbst genutztes Wohneigentum entscheiden. Schwierigkeiten bestehen hier
41 oftmals bei den Erwerbsnebenkosten, die mittlerweile ca. 10 Prozent der Erwerbs-
42 summe ausmachen. Diese können nicht als Darlehen aufgenommen werden, sondern
43 müssen aus dem Eigenkapital geleistet werden, das besser genutzt werden könnte für
44 Renovierungsleistungen oder alters- und familiengerechtes Umbauen. Sinken die
45 Nebenkosten, kann das vorhandene Eigenkapital zu deutlich höheren Anteilen in die
46 Finanzierung eingebracht werden.

- 47 • Trotz Niedrigzinsphase wollen wir deshalb die entsprechenden KfW-
48 Programme verstärken, indem z.B. bei Familien mit Kindern Kreditbeträge
49 erhöht, Laufzeiten verlängert oder auch tilgungsfreie Jahre vertretbar
50 ausgeweitet oder flexibilisiert werden.
- 51 • Wir wollen dafür sorgen, dass das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ bei den
52 Maklergebühren auch beim Verkauf eines Grundstücks und/oder einer
53 Immobilie gilt.
- 54 • Wir werden Familien und Normalverdiener bei weiteren Nebenkosten, die
55 beim Erwerb einer Immobilie anfallen, entlasten.

5. „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“

Wir haben einen großen Mangel an bezahlbaren Wohnraum insbesondere in Ballungszentren und Universitätsstädten, dies hat den Wohnungsbau und die Wohnungspolitik wieder in den Fokus gerückt. Es sind staatliche Förderinstrumente notwendig, die preiswerten Wohnungsbestand schaffen bzw. erhalten und **dauerhaft** auch für die Haushalte zur Vermietung anbieten, die besondere Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben.

Ein Einstieg in eine „Neue Wohngemeinnützigkeit“ (NWG) sollte durch flankierende Objektförderungen unterstützt werden.

- Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, hier möglichst umgehend ein Konzept zur NWG vorzulegen.

6. BIMA Gesetz verändern

Wir setzen und als Sozialdemokrat*innen dafür ein, dass das BIMA Gesetz verändert wird. In Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf muss es möglich sein, nicht zum Höchstgebot bundeseigene Grundstücke zu verkaufen, sondern entsprechend der jeweiligen Bodenrichtwerte die Bundesgrundstücke zu veräußern. Dies ermöglicht es den Kommunen von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen Grundstücke auch zum Bau von preiswerten Wohnungen zu aktivieren.

7. Verbesserung der Wirksamkeit der Mietpreisbremse

Mieterinnen und Mieter müssen Kenntnis über die Höhe der Vormiete haben, um zu beurteilen, ob die aufgerufenen Mieten zulässig sind oder ob sie die durch die Mietpreisbremse vorgegebenen Grenzen überschreiten. Nur dann können sie gegen überhöhte Mietpreisforderungen vorgehen. Eine doppelte Hürde stellt die Regelung dar, dass Rückzahlungsansprüche für erhöhte Mietzinszahlungen nur für den Zeitraum ab Geltendmachung zulässig sind.

- Wir wollen deshalb eine Verpflichtung der Vermieterinnen und Vermieter zur Offenlegung der Vormiete gesetzlich verankern.
- Jedem Mietvertrag muss ein Informationsblatt zur Mietpreisbremse beigelegt werden, damit die Mieterinnen und Mieter über ihre Rechte informiert sind.
- Wir wollen die Geltung des Rückzahlungsanspruchs für erhöhte Mietzinszahlungen ab Vertragsschluss einführen. Das bedeutet für bilanzierende Vermieterinnen und Vermieter, dass sie die überhöhten Zahlungen als Rückstellungen in der Bilanz ausweisen müssen.
- Vermieterinnen und Vermieter, die gegen die Mietpreisbremse verstoßen, müssen mit einem Bußgeld belegt werden.

8. Angemessene Ausgestaltung der Modernisierungumlage

Nach geltender Rechtslage können 11 Prozent der Modernisierungskosten jährlich auf die Miete umgelegt werden. Diese Erhöhung ist zeitlich nicht begrenzt. Auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung findet nicht statt. Dies führt dazu, dass Modernisierungsmaßnahmen häufig als Instrument missbraucht werden, um Luxussanierungen vorzunehmen und erhebliche Mieterhöhungen zu erreichen.

Die Folge sind Verdrängungen von Mieterinnen und Mietern aus ihrem angestammten Wohn- und Lebensumfeld.

- Wir wollen deshalb die Modernisierungumlage von derzeit 11 auf höchstens fünf Prozent absenken.

- Wir wollen eine Kappungsgrenze für Modernisierungskosten einführen. Die Miete soll danach infolge von Modernisierungen nur um maximal 3 Euro pro qm innerhalb von acht Jahren erhöht werden können.
- Wir wollen einen Wirtschaftlichkeitsgrundsatz für Modernisierungsmaßnahmen einführen. Umlagefähig sollen nur die Kosten sein, die ein Vermieter vernünftigerweise veranlasst hätte, wenn er sie bei Eigennutzung selbst tragen würde. So bleibt der Anreiz für Investitionen und Modernisierungen für Vermieterinnen und Vermieter erhalten, gleichzeitig werden Mieterinnen und Mieter vor Missbrauch geschützt.
- Wir wollen für private Vermieter und Vermieterinnen mit nur einer oder wenigen Wohnungen ein vereinfachtes Verfahren zur Berechnung der Mieterhöhung nach Modernisierung einführen.

9. Rechtssicher Gestaltung des Mietspiegels

Mietspiegel sind ein wichtiges Instrument für Mietvertragsparteien für die Ermittlung angemessener Mieten. Kommunen müssen selbst darüber entscheiden, ob sie einen Mietspiegel erstellen wollen. Es gibt regionale Gegebenheiten, bei denen sich Kommunen bewusst gegen die Erstellung eines Mietspiegels entscheiden.

Mietspiegel stellen auf die ortsübliche Vergleichsmiete ab. Durch die starken Mietsteigerungen der letzten Jahre ist auch die ortsübliche Vergleichsmiete gestiegen. Deshalb hat die Bedeutung von Mietspiegeln in der Praxis stetig zugenommen. Die gute und realitätsnahe Ausgestaltung der Mietspiegel ist daher wichtig für eine angemessene und transparente Mietpreisentwicklung. Derzeit sind gesetzliche Regelungen zum Mietspiegel überwiegend allgemeiner Natur.

- Wir wollen den Bezugszeitraum der ortsüblichen Vergleichsmiete von derzeit vier auf zehn Jahre ausdehnen, um die Datenbasis von Mietspiegeln zu verbessern und die Dynamik stark ansteigender Mieten abzufedern. Dadurch können mehr Mietverhältnisse in die Untersuchungen für Mietspiegel einbezogen werden.
- Wir wollen die bei der Erstellung qualifizierter Mietspiegel einzuhaltenden „anerkannten wissenschaftlichen Grundsätze“ klarer ausgestalten.
- Wir wollen die bei der Mietspiegelerstellung zu beachtenden Grundsätze in einer Rechtsverordnung weiter konkretisieren. Ein qualifizierter Mietspiegel soll im Mietprozess wie ein schriftliches Sachverständigengutachten behandelt werden.

10. Härtefallklausel

Die aktuelle Mietpreisentwicklung hat zur Folge, dass Mieterinnen und Mieter häufig fast die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden müssen. Das ist insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen, Familien und Alleinverdiener-Haushalte eine erhebliche und nicht selten existenzielle Belastung.

- Wir wollen die bestehende Härtefallklausel durch die Einführung eines Regelbeispiels konkretisieren. Ein Härtefall soll künftig dann gesetzlich vermutet werden, wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden muss. Weitere Mieterhöhungen sind in diesen Härtefällen dann ausgeschlossen.
- Wir wollen, dass zukünftig auch dann ein Härteeinwand möglich sein soll, wenn die Modernisierung zur Herstellung eines allgemein üblichen Zustandes führt.

11. Tatsächliche Wohnfläche

Falsche Angaben im Mietvertrag über die Wohnfläche führen zu falschen, oft zu hohen Mietzinsvereinbarungen. Da die Wohnfläche auch Grundlage für die Berechnung der Betriebskosten ist, kommt es auch zu einer fehlerhaften Betriebskostenforderung.

- Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung, dass allein die tatsächliche Wohnfläche für die Berechnung des Mietzinses maßgeblich ist. Gleiches gilt für die Berechnung von Mieterhöhungen und Betriebskosten.

12. Schonfristregelung

Im Falle einer fristlosen Kündigung wegen Zahlungsverzugs des Mieters/ der Mieterin sieht das Wohnraummietrecht besondere Schutzvorschriften zugunsten von Mieterinnen und Mietern vor. Nach einer sog. Schonfristregelung wird eine fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzugs dann unwirksam, wenn die Mieterin bzw. der Mieter innerhalb von zwei Monaten nach Einreichung der Räumungsklage die noch fällige Miete nachzahlt. Eine zugleich ausgesprochene ordentliche Kündigung bleibt allerdings bei Nachzahlung innerhalb der Schonfrist wirksam und beendet das Mietverhältnis, obwohl die Schuld beglichen wurde. Kündigt der Vermieter/die Vermieterin also zusätzlich zu einer außerordentlichen Kündigung zugleich bzw. hilfsweise ordentlich, finden die im allgemeinen Interesse zur Vermeidung von Obdachlosigkeit geschaffenen Schutzvorschriften keine Anwendung.

- Wir wollen, dass die Wirkungen einer Zahlung innerhalb der Schonfrist bei außerordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzugs auch auf die ordentliche Kündigung übertragen werden und in diesem Fall beide Kündigungen unwirksam werden.
- Um Vermieterinnen und Vermieter vor Missbrauch zu schützen, soll die Regelung in beiden Fällen weiterhin nur einmal in zwei Jahren möglich sein. Wir müssen auch die Vermieterinnen und Vermieter im Blick haben, die dringend auf die Mieteinnahmen angewiesen sind.

13. Erweiterung des Zeitraums für zulässige Mieterhöhung

Aktuell sind Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nur alle drei Jahre und nur in Höhe von maximal 20 Prozent zulässig. In angespannten Wohnungsmärkten ist eine Erhöhung von maximal 15 Prozent möglich. Damit Mieterhöhungen weiter eingedämmt werden, ist eine Streckung des Zeitraums erforderlich.

- Wir wollen, dass der Zeitraum in angespannten Wohnungsmärkten von drei auf fünf Jahre erhöht wird.

14. Schutz von Mietverhältnissen zu sozialen Zwecken

Nach aktueller Rechtslage sind Mietverhältnisse, mit denen soziale Träger Wohnraum anmieten, um ihn zu sozialen, karitativen oder gemeinnützigen Zwecken ohne Gewinnerzielungsabsicht weiterzuvermieten, in der Regel als gewerbliche Mietverhältnisse ausgestaltet. Dies hat zur Folge, dass die Regelungen des sozialen Mietrechts nicht zur Anwendung kommen, obwohl tatsächlich ein Mietverhältnis zu Wohnzwecken und nicht zu gewerblichen Zwecken vorliegt.

- Wir wollen Rechtssicherheit für soziale Träger/Trägerinnen, die Wohnraum zu sozialen, karitativen oder gemeinnützigen Zwecken ohne Gewinnerzielungsabsicht vermieten. Für sie soll das soziale Mietrecht für Wohnraum gelten. Kündigungen nach Gewerberecht müssen für diese Fälle gesetzlich ausgeschlossen werden.

1
2 **15. Wirtschaftsstrafgesetz**
3

4 Nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz liegt eine unzulässige Mietpreisüberhöhung vor, wenn
5 ausgenutzt wird, dass ein geringes Angebot an vergleichbaren Räumen vorhanden war
6 und dies für die erhöhte Mietpreisforderung ursächlich war. Nach der Rechtsprechung
7 des Bundesgerichtshofs sind hierzu detaillierte Nachweise zu erbringen, die in der
8 Praxis nicht gelingen. Damit bietet § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes keine wirksame
9 Handhabe, gegen Mietpreisüberhöhungen vorzugehen. Er ist praktisch bedeutungslos
10 geworden.

- 11 • Wir wollen den Mieterschutz vor überhöhten Mietforderungen im Wirt-
12 schaftsstrafgesetz verbessern. Künftig soll auf das objektivere Tatbestands-
13 merkmal des Vorhandenseins einer Mangellage an vergleichbaren Woh-
14 nungen abgestellt werden.
15

16 **16. Eigenbedarf konkretisieren/Wohnungslosigkeit**
17

18 Ordentliche Kündigungen sollen nur dann vorgenommen werden können, wenn ein
19 berechtigtes Interesse der Vermieterin und des Vermieters vorliegt. Dieses liegt laut §
20 573 Absatz 2 des BGB vor bei einer schuldhaften Pflichtverletzung der Mieterin/des
21 Mieters, bei Eigenbedarf und wenn der Vermieter an einer angemessenen Verwertung
22 des Grundstücks gehindert wird und dadurch erhebliche Nachteile hätte. Andere
23 Gründe sind auszuschließen. Die Definition des Eigenbedarfs ist durch die Recht-
24 sprechung in den letzten Jahren unnötig erweitert worden, es gibt zu viele und zu
25 einfache Umgehungsmöglichkeiten.

26 Wir wollen, dass ein/e Vermieter/in eine Wohnung nicht mehr kündigen kann, um z. B.
27 ein Au-Pair unterzubringen oder eine Anwaltskanzlei für ein Familienmitglied einzu-
28 richten.

- 29 • Wir wollen, dass Vermieterinnen und Vermieter nicht mehr durch Gründung
30 einer Personengesellschaft die Beschränkung der Kündigungsmöglichkeit
31 auf Eigenbedarf umgehen können.
- 32 • Wir wollen, dass eine Eigenbedarfskündigung dann unwirksam ist, wenn
33 den gekündigten Mieterinnen und Mieter nicht eine leerstehende Wohnung
34 im gleichen Haus oder in der gleichen Anlage alternativ angeboten worden
35 ist.
- 36 • Wir wollen die Definition des Eigenbedarfs gesetzlich klarstellen.
- 37 • Wir wollen bundesweite Präventionsfachstellen zur Vermeidung von
38 Wohnungslosigkeit und eine bundesweite Erhebung von Wohnungslosen.
39

40 Außerdem fordern wir die Schwarz/Grüne Hessische Landesregierung auf:

- 41 • Das Land Hessen soll gemäß §577a BGB mit Rechtsverordnungen Gemeinden
42 festlegen, in denen die Wohnraumversorgung besonders gefährdet ist und
43 damit eine Kündigungssperrfrist bei Umwandlung von Miet- in Eigentums-
44 wohnungen von 10 Jahren (künftig 12 Jahre) festlegen. Bisher ist diese unter
45 Schwarz/Grün wie unter Schwarz/Gelb bei 5 Jahren. Die Landesregierung wird
46 aufgefordert diese Sperrfrist auf die maximale Zeit auszuweiten.
47
- 48 • Eine Landesverordnung zu erlassen, mit der die Umwandlung von Miet- in
49 Eigentumswohnung unter Genehmigungsvorbehalt stellt.

1
2 **17. Leerstandsbesteuerung**
3

4 Viele Grundstücke liegen allein deshalb brach und viele Wohnungen stehen leer, weil
5 sich ihre Besitzer und Besitzerinnen durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne
6 versprechen.

- 7 • Einführung einer neuen Grundsteuer C die Wohnungsbaugrundstücke in
8 „angespannten Wohnungsmärkten“, die nicht bebaut werden obwohl Bau-
9 recht besteht, höher besteuert als bebaute Wohngrundstücke, um Speku-
10 lationsgewinne abzuschöpfen.
- 11 • Prüfung einer Sondersteuer von leerstehenden Wohnungen und Häusern in
12 angespannten Wohnungsmärkten

13
14 Begründung wenn gewünscht mündlich
15
16

17 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

18 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

19 **Seite 49 Punkt 8. Zeilen 4 – 9 werden gestrichen**

20 **Seite 49 Punkt 9. Zeilen 35 – 37 wird der letzte Satz „Ein qualifizierter Mietspiegel**
21 **soll im Mietprozess wie ein schriftliches Sachverständigengutachten behandelt**
22 **werden.“ gestrichen**
23

24
25 Annahme:

erledigt durch:

26 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

27 Überweisung an:

Nichtbefassung:
28
29
30

31 **E 2**

32
33 **(Bezirksvorstand)**
34

35 **Kinder haben das Recht, von beiden Eltern geliebt zu werden.**

36 **Stärkung der Kinderrechte und Einführung eines Wechselmodells**
37
38

39 Der SPD Bezirksparteitag Hessen möge beschließen:

40 Der Bundes- und Landesvorstand Hessen der SPD sowie Bundes- und Landtags-
41 fraktion der SPD werden aufgefordert,

- 42 1. zu prüfen, ob im Kinderschutzgesetz Interventionsmaßnahmen gegen Entfrem-
43 dung (z. B. verpflichtende Mediation, nachhaltige Maßregelung wie Neubewer-
44 tung des Sorgerechts, Therapieanordnung, stärkere Sanktionierung nach §1684
45 BGB etc.) im Interesse der Kinder zu regeln sind oder ob es andere Möglich-
46 keiten gibt.
- 47
48 2. sich für ein „Wechselmodell“ auf deutscher sowie europäischer Ebene einzu-
49 setzen.
50

51 Begründung:
52

1 Die Scheidungsquote in Deutschland liegt bei rund 41%. 131.749 minderjährige Kinder
2 sind von der Scheidung ihrer Eltern betroffen¹. Schätzungen gehen davon aus, dass
3 etwa 11-15% der Kinder mit „elterlichen Entfremdung“ konfrontiert sind. Das sind rund
4 14. – bis 20.000 Kinder in Deutschland. Der Ex-Partner wird diskreditiert und so der
5 Umgang mit dem Kind unterbunden. Ein trauriges Phänomen, das in Scheidungs-
6 familien also Gang und gäbe ist, aber in letzter Konsequenz nur selten verfolgt wird,
7 obwohl § 1684 BGB Möglichkeiten bieten würde.

8 In Deutschland scheint das Thema nicht besonders erforscht, andere Länder haben da
9 mehr Literatur. Der amerikanische Kinderpsychiater Richard A. Gardner hat bereits
10 1985 PAS-Symptome (Parental Alienation Syndrome) beschrieben, die durch elterliche
11 Entfremdung entstehen können. Auch wenn das Syndrom kontrovers diskutiert wird
12 und weder im DMS (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders) noch von
13 der Weltgesundheitsorganisation offiziell anerkannt ist, zeigen Kinder entsprechendes
14 Verhalten und Symptome, wenn ein Elternteil bewusst oder unbewusst versucht, das
15 Kind vom anderen Elternteil zu entfremden. Von den möglichen Krankheiten (z. B.
16 „Broken-Heart-Syndrom“) des betroffenen Elternteils mal abgesehen.

17 In Amerika und Kanada werden daher "Kindererziehungs-Koordinatoren" von den Ge-
18 richten bestellt, die die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die als "entfremdet"
19 identifiziert wurden, wiederherstellen zu versuchen. In Mexiko und Brasilien ist die Ent-
20 fremdung eines Kindes von einem Elternteil eine Straftat. In England gab es eine
21 Initiative, die einen Strafbestand zum Ziel hatte, die Regierung sah dies jedoch nicht
22 als notwendig an, da Gerichte hier bereits eine gewisse Handhabe hatten. In Italien
23 wurde unlängst ein diskreditierendes Elternteil zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.²

24 Obwohl das Problem eigentlich kein Geschlecht hat, ist es dennoch nicht verwunder-
25 lich, dass vor allem Väter verunglimpft werden. Denn bei der Entfremdung geht es
26 darum, dass das Elternteil, bei dem das Kind wohnt, den anderen Elternteil, der
27 weniger Zugang zu den Kindern hat, das Umgangsrecht durch Verunglimpfung und
28 Diskreditierung vorenthält. Und in unserer Gesellschaft ist es noch immer meist die
29 Mutter, die die Hauptsorge trägt.

30 Den Kindern bleibt oft nichts anders übrig als sich auf eine Seite ziehen zu lassen. Oft
31 sind sie zu jung oder emotional abhängig. Kinder wollen Harmonie, Liebe und
32 Anerkennung – und lassen sich leichter von dem Elternteil beeinflussen, bei dem sie
33 wohnen.

34 Einem Kind die Liebe und den Bezug eines Elternteils vorzuenthalten und ihm das
35 Gefühl zu vermitteln, dieses Elternteil sei ein schlechter Mensch, ist aus unserer Sicht
36 ein Akt der Gewalt und des seelischen Missbrauchs.

37 Um betroffenen Kindern und Eltern zu helfen, sind im Kinderschutzgesetz ent-
38 sprechende Interventionsmaßnahmen (verpflichtende Mediation, nachhaltige Maßrege-
39 lung wie Neubewertung des Sorgerechts, Therapieanordnung, Einrichtung von Kinder-
40 Erziehungskoordinatoren etc.) im Interesse der Kinder zu regeln. Zusätzlich sollen die
41 Jugendämter aufgefordert werden, auf entsprechende Symptome bei Kindern zu
42 achten und ggf. zu Interventionsmaßnahmen anraten.

43 Um Entfremdung möglichst nicht entstehen zu lassen, wird der Bundes- und Landes-
44 vorstand Hessen der SPD sowie Bundes- und Landtagsfraktion der SPD aufgefordert,
45 sich für ein Wechselmodell auf deutscher sowie europäischer Ebene einzusetzen.

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/484867/umfrage/anzahl-minderjaehrige-scheidungskinder-in-deutschland/>

² <http://www.taz.de/!5350316/>

1 Das Wechselmodell sieht vor, dass Eltern die Sorge in gleichen Teilen tragen und die
2 Kinder damit auch zwei Wohnorte haben, an denen sie sich ungefähr gleichviel auf-
3 halten. Länder wie Belgien haben diese Aufteilung der Sorge als das anzustrebende
4 Modell definiert. Natürlich hat dieses Modell Vor- und Nachteile, ist weitaus kompli-
5 zierter in der Organisation und in manchen Fällen nicht möglich oder wünschenswert.
6 Aber da, wo es möglich ist, könnte es genau die Lösung sein, die Entfremdung von
7 Anfang an verhindern kann.

8
9
10 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

11 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

12 **Seite 52, Punkt 2. in folgender Fassung: „sich für eine gesetzliche Ausgestaltung**
13 **des „Wechselmodell“ auf deutscher sowie europäischer Ebene einzusetzen.“**

14
15
16 Annahme: erledigt durch:
17 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
18 Überweisung an: Nichtbefassung:
19
20
21

22 **E 3**

23
24 **(AG Migration und Vielfalt Hessen-Süd)**

25
26 **Ausländerbeiräte stärken – demokratische Teilhabe stärken**

27
28
29 Die Ausländerbeiräte in Hessen müssen modernisiert und gestärkt werden, wenn sie
30 ihre Aufgabe, demokratische Teilhabe und politische Mitbestimmung für Migranten und
31 Migrantinnen zu gewährleisten, erfüllen sollen.

32 Die hessische SPD und die hessische Landtagsfraktion werden beauftragt, sich im
33 Landtag für eine Reform der Ausländerbeiräte einzusetzen und dies im Wahlprogramm
34 für 2018 festzuschreiben.

35 Dabei soll sich die hessische SPD an den vom Landesausländerbeirat (agah)
36 erarbeiteten Vorschlägen orientieren.

- 37
38
- 39 • Einhaltung des Prinzips der demokratischen Legitimierung durch Wahlen
 - 40 • Wahl eines ALB auch in Gemeinden mit weniger als 1000 Ausländern, wenn
41 mindestens 10% der Wahlberechtigten es wünschen
 - 42 • Wahlrecht auch für Staatenlose
 - 43 • Antrags-, Rede- und Teilnahmerecht auch an nichtöffentlichen Sitzungen
 - 44 • Anhörungsrecht in allen Angelegenheiten
 - 45 • Mitsprache beim lokalen Integrationsmanagement
 - 46 • Anrecht auf angemessene räumliche, personelle und finanzielle Ausstattung
 - 47 • jede Fraktion entsendet ein/e VertreterIn mit beratender Stimme, der ALB kann
48 ihnen Stimmrecht verleihen

49 Die Gemeinden und Städte sollen sich verpflichten, die Wahlberechtigten rechtzeitig
50 und ausführlich auf die Eintragungen ins Wählerverzeichnis hinzuweisen und aus-
51 reichend viele, gut erreichbare Wahllokale zur Verfügung zu stellen.

52 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Existenz und die Funktion von Ausländer-
53 beiräten im Schulunterricht und in der politischen Bildung berücksichtigt wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

Empfehlung der Redaktionskonferenz:

Annahme in geänderter Fassung wie folgt:

Seite 54, Zeilen 29 – 31 in folgender Fassung: „Die Ausländerbeiräte in Hessen müssen modernisiert und gestärkt werden, wenn sie ihre Aufgabe, demokratische Teilhabe und politische Mitbestimmung für Migranten und Migrantinnen weiterhin und besser gewährleisten sollen.“

Seite 54, Zeile 42 in folgender Fassung: „Antrags-, Rede- und Teilnahmerecht auch an nichtöffentlichen Sitzungen der Kommunalparlamente“

Seite 55, Zeile 46 in folgender Fassung: „jede Fraktion des jeweiligen Kommunalparlaments entsendet ein/e Vertreter/in mit beratender Stimme, der ALB kann ihnen Stimmrecht verleihen.“

Annahme:

erledigt durch:

Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

Überweisung an:

Nichtbefassung:

E 4

(Unterbezirk Main-Taunus)

Kein Gottesbezug in der hessischen Verfassung

Die SPD Hessen-Süd fordert, dass in der generalüberholten Version der hessischen Landesverfassung kein Bezug auf „Gott“ genommen wird.

Begründung:

Es ist einem modernen und säkularen Land nicht würdig, in seiner Verfassung Bezug auf einen Gott zu nehmen. Darüber hinaus stellt es eine Diskriminierung von Angehörigen nicht abrahamitischer Glaubensgemeinschaften sowie Menschen die an keinen Gott oder Götter glauben dar.

Empfehlung der Redaktionskonferenz:

Annahme in geänderter Fassung wie folgt:

„Die bisherige hessische Verfassung verhält sich neutral und dabei soll es bleiben.“

Annahme:

erledigt durch:

Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

Überweisung an:

Nichtbefassung:

1 **E 5**

2
3 **(Unterbezirk Main-Taunus)**

4
5 **Material zu Wahlen, Pflichten und Rechten**

6
7
8 Die SPD Hessen-Süd fordert, dass alle in Deutschland gemeldeten Personen der Bundesrepublik Deutschland beim Erreichen der Volljährigkeit Informationsmaterialien bezüglich ihrer Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger zu gesendet bekommen. Diese sollten in leichter Sprache geschrieben sein. Die Materialien sollen insbesondere Informationen zu den Grund- und Menschenrechten, dem politischen System der BRD, dem Wahlrecht, Arbeitsrecht, bürgerlichem Recht sowie dem Steuerrecht enthalten. Idealerweise sollen Verweise zu Webseiten mit weiterführenden Informationen enthalten sein. All das ist zusätzlich noch auf einer zentralen Webseite zu finden.

16
17 **Begründung:**

18
19 Die politische Schulbildung erreicht manche Jungbürgerinnen und Jungbürger nur unzureichend oder überhaupt nicht. Es sollte zumindest jeder und jedem ein Ansatzpunkt zur politischen Selbstbildung gegeben werden.
22 Viele Schülerinnen und Schüler in Deutschland beenden ihre Schullaufbahn, ohne jemals Informationen zum Steuerrecht oder Arbeitsrecht erhalten zu haben. Dies kann im Falle des Arbeitsrechts dazu führen, dass einige ihre Rechte als Arbeitsleistungsgeberinnen und Arbeitsleistungsgeber nicht kennen und daher nicht einfordern können. Im Falle des Steuerrechts kann es dazu führen, dass einige Bürgerinnen und Bürger ihren Pflichten als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht wahrnehmen können. Darüber hinaus kann es zu Frustration und Wut auf das Bildungssystem führen.

30
31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

32 **Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Hessen-Süd**

33
34
35 **Annahme:**

erledigt durch:

36 **Annahme in geänderter Fassung:**

Ablehnung:

37 **Überweisung an:**

Nichtbefassung:

38
39
40
41 **E 6**

42
43 **(AGS Hessen-Süd)**

44
45 **Die Immobilie als Kapitalanlage für die Altersvorsorge von Selbstständigen muss geschützt werden!**

46
47
48
49 **Wir fordern: keine weiteren Verschärfungen des Mietrechts!**

50
51 Das Interesse der Mieter an preiswertem Wohnraum wird am besten durch Investitionen in den sozialen Wohnungsbau gewahrt – und da gilt es viel nachzuholen!

52
53
54 **Wir fordern daher auch eine starke Ausweitung der Anreize für den sozialen Wohnungsbau.**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

Begründung:

Die SPD ist die Partei der arbeitenden Mitte in Deutschland - einschließlich vieler kleiner Unternehmer und Selbstständiger. Wir alle mussten es hinnehmen, dass die Zinsen auf das Spargbuch gen null schrumpften und auch Lebensversicherungen als Kapitalanlage hinfällig wurden. Trotz fast nicht mehr existierender Inflation werden die Kleinsparer schleichend enteignet. Aktien und Fonds kann sich meist nur leisten, wer deren Ertrag nicht laufend benötigt. Für breite Schichten gibt es daher fast nur noch eine sichere Geldanlage als Altersvorsorge: eine Immobilie zur Vermietung. Häufig ist sie lange angespart und zusätzlich kreditfinanziert. Auch wenn die gegenwärtigen Bauzinsen sehr niedrig sind, bewegen sich die Renditen bei Immobilien von Privateigentümern vor Steuern doch nur in der Höhe der früheren Spargbuchzinsen von unter 3 Prozent – bei einem bereits jetzt deutlich höheren Risiko.

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS) hat die Einführung der Mietpreisbremse begrüßt, weil sie Spekulanten abschrecken soll. Noch weitere Beschränkungen der Möglichkeiten, Einnahmen aus Vermietung zu erzielen, trifft aber auch solche privaten Eigentümer, die häufig Handwerker und kleine Selbstständige sind. Diese gehören aber zu der Personengruppe, für deren Interessen sich die SPD seit August Bebels Zeiten einsetzt.

Weitere Verschärfungen führen langfristig dazu, dass private Vermietungen weiter zurückgehen und die großen rendite-orientierten Wohnungsbaugesellschaften den Markt noch stärker dominieren. Dies ist auch nicht im Interesse der Mieter, da private Vermieter häufiger an langfristigen Mietverhältnissen interessiert sind und nicht alle Möglichkeiten zur Gewinnmaximierung ausreizen.

Die Möglichkeiten des Vermieters zur Kündigung bei Zahlungsverzug dürfen nicht weiter eingeschränkt werden, da dies dem bereits grassierenden „Mietnomadentum“ weiter Vorschub leisten würde und die Falschen schützt.

Mietspiegel sollen auf größere Städte beschränkt bleiben.

Modernisierungen werden oftmals gesetzlich gefordert. Sie sind auch keine Schikane, sondern eine notwendige Investition, die der langfristigen Werterhaltung dient. Einspruchsrechte für Mieter gegen Modernisierungen darf es daher nicht geben! Zudem wird nicht beachtet, dass sich die Kosten für Handwerksleistungen und Baumaterial insbesondere durch den hohen Bedarf an Wohnraum stark erhöht haben und mutmaßlich noch weiter steigen werden. Betragsmäßige Begrenzungen wie bspw. Mietsteigerungen um "max. x Euro pro qm" im Rahmen der Kostenumlage bei Wohnungsmodernisierungen sind wirklichkeitsfremd und unverhältnismäßig. Dem Schutz des Mieters wird auch bei prozentualen Angaben genüge getan.

Wie soll eine private Vermieterin all diese Kosten und notwendige juristische Beratungen auffangen? Die erste Reaktion wird sein, keine Bauerhaltungsmaßnahmen mehr durchzuführen, die zweite, keinen neuen Wohnraum mehr zu schaffen. Beides geht in erster Linie auf Kosten des deutschen Handwerks, womit wiederum Arbeitsplätze gefährdet und Gewerbesteuererinnahmen reduziert werden. Im weiteren Verlauf steht noch weniger Wohnraum zur Verfügung, was angesichts der Knappheit fatal wäre.

Es besteht das Risiko, dass die meist ohnehin mageren Renditen durch weitere Verschärfungen so weit eingeschränkt werden, dass sich Vermietungen für Privatpersonen nicht mehr lohnen. Auch und gerade für Menschen, die vielleicht aktuell ein niedriges Einkommen beziehen. Dazu gehören sehr viele Selbstständige oder Menschen, die nur Teilzeit arbeiten können, da zum Beispiel Angehörige zu versorgen sind. Sie werden damit in ihrer Existenzgrundlage getroffen. Diese Menschen könnten vor allem im Alter zum Sozialfall werden, der dann aus Steuermitteln unterstützt werden muss.

Gerade für Immobilien als Altersvorsorge gilt, dass die Rahmenbedingungen dafür nur sehr selten und ganz langfristig geändert werden dürfen. Die Umlegbarkeit von

1 Investitionskosten in einem vernünftigen Zeitrahmen ist elementar wichtig. Die
2 derzeitigen Ausnahmeregelungen für Kleinvermieter gehen nicht weit genug.

3
4
5 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

6 **Erledigt durch die Annahme des Antrags E 1 in geänderter Fassung**

7
8
9 Annahme:

erledigt durch:

10 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

11 Überweisung an:

Nichtbefassung:

12
13
14
15 **E 7**

16
17 **(Unterbezirk Frankfurt)**

18
19 **Eine echte Mietpreisbremse, jetzt!**

20
21
22 De Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen, dass der Mietpreisspiegel nicht
23 überschritten werden darf. Vermieter*innen die eine unzulässige Miete verlangen,
24 sollen mit einem Bußgeld belegt werden und bei mehrfachen Verstoß strafrechtlich
25 verfolgbar und zu ahnden sein.

26
27 Begründung:

28 erfolgt mündlich

29
30
31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

32 **Erledigt durch die Annahme des Antrags E 1 in geänderter Fassung**

33
34
35 Annahme:

erledigt durch:

36 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

37 Überweisung an:

Nichtbefassung:

38
39
40
41 **E 8**

42
43 **(Ortsverein Frankfurt-Niederrad)**

44
45 **Erweiterung der Kompetenzen des Richterwahlausschusses**

46
47
48 Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wird aufgefordert, sich im Rahmen der
49 Beratungen über eine Reform der Hessischen Verfassung für die Aufnahme einer
50 Regelung einzusetzen, die die Erweiterung der Kompetenzen des Richterwahl-
51 ausschusses in Artikel 127 Absatz 3 der Hessischen Verfassung ermöglicht.

52
53 Vorgeschlagen wird die Einfügung eines Satzes 2 in Art. 127 Abs. 3 HV:

1 „Dem Richterwahlausschuss kann durch Gesetz auch die Entscheidung über die
2 Ernennung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für ein Richteramt mit höherem
3 Endgrundgehalt als dem eines Eingangsamtes übertragen werden.“

4
5 Begründung:

6
7 Nach Art. 127 Abs. 3 HV in der derzeitigen Fassung entscheidet über die vorläufige
8 Anstellung und die Berufung von Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit der Justiz-
9 minister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuss, einem aus sieben vom Landtag
10 berufenen und fünf richterlichen Mitgliedern sowie der Präsidentin oder dem Präsi-
11 denten einer der beiden hessischen Rechtsanwaltskammern zusammengesetzten
12 besonderen Verfassungsorgan (§§ 8 ff. Hessisches Richtergesetz).

13
14 Durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Hessischen Richtergesetzes vom
15 15.12.2015 (GVBl. 2015, 606) ist in Umsetzung einer Vereinbarung im schwarz-grünen
16 Koalitionsvertrag eine Regelung in § 47 des Hessischen Richtergesetzes aufge-
17 nommen worden, wonach dann, wenn zwischen dem Ministerium der Justiz und dem
18 Präsidialrat der betroffenen Gerichtsbarkeit keine Einigung erreicht worden ist und es
19 sich um die Ernennung eines Gerichtspräsidenten handelt, der Minister auf Verlangen
20 des Präsidialrates den Richterwahlausschuss mit der Angelegenheit zu „befassen“ hat.
21 In der Begründung zum Gesetzentwurf (LT-Ds. 19/2207) wurde eine darüber hinaus-
22 gehende Ausweitung der Kompetenz des Richterwahlausschusses, etwa im Sinne
23 einer gemeinsamen Entscheidung mit dem Justizminister oder gar einer Allein-
24 entscheidung oder Wahl des Gerichtspräsidenten durch den Richterwahlausschuss, unter
25 Verweis auf das verfassungsrechtliche Prinzip der Ressortverantwortlichkeit der für die
26 Personalhoheit zuständigen Ministerin oder des Ministers der Justiz unter Bezugnahme
27 auf Art. 102 und 108 HV abgelehnt (LT-Ds. 19/2207, Seite 5):

28 „Seine verfassungsrechtliche Grenze findet die Mitwirkung des Richterwahlaus-
29 schusses in dem Alleinentscheidungsrecht der Justizministerin oder des Justiz-
30 ministers. Nach Art. 127 Abs. 3 HV entscheidet der Richterwahlausschuss *„über
31 die vorläufige Anstellung und die Berufung auf Lebenszeit“* gemeinsam mit der
32 Justizministerin oder dem Justizminister. Der Wortlaut umfasst Beförderungs-
33 entscheidungen gerade nicht. Anders als Art. 98 Abs. 4 des Grundgesetzes
34 (*„Die Länder können bestimmen, daß über die Anstellung der Richter in den
35 Ländern der Landesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß
36 entscheidet.“*) mit dem auslegungsfähigeren Wort *„Anstellung“* weist Art. 127
37 Abs. 3 HV dem Richterwahlausschuss mit der *„vorläufigen Anstellung“* und der
38 *„Berufung auf Lebenszeit“* zwei klar abgegrenzte Aufgabenbereiche zu: Die
39 Mitentscheidung bei der Ernennung der Richterinnen und Richter auf Probe
40 sowie der Richterinnen und Richter auf Lebenszeit. Für eine ausdehnende Aus-
41 legung des Art. 127 Abs. 3 HV ist auch deshalb kein Raum, weil der dem
42 Richterwahlausschuss zugewiesene Aufgabenbereich gleichzeitig eine erheb-
43 liche Einschränkung des verfassungsrechtlichen Prinzips der Ressortverant-
44 wortlichkeit der für die Personalhoheit zuständigen Ministerin oder des Ministers
45 der Justiz bedeuten würde (Art. 102, 108 HV). Insoweit schließt die hessische
46 Verfassung eine Übertragung der Beförderungsentscheidungen auf den
47 Richterwahlausschuss aus (vgl. Zinn/Stein, Verfassung des Landes Hessen,
48 Art. 127, 128 Erl. D III, 2).“

49
50 Im Rahmen der beabsichtigten Novellierung der Hessischen Verfassung könnte eine
51 Ausweitung der Entscheidungskompetenzen des Richterwahlausschusses vorge-
52 nommen oder zumindest ermöglicht werden, wie sie in mehreren anderen Bundes-
53 ländern diesem Gremium eingeräumt sind (vgl. z. B. Art. 63 der Verfassung der Freien
54 und Hansestadt Hamburg). In einer zeitgemäßen Verfassung müsste auch eine

1 Demokratisierung der Entscheidungen über die Besetzung von so genannten Beförde-
2 ungsämtern in der Justiz Berücksichtigung finden.

3
4 Bei einer Ergänzung von Art. 127 Abs. 3 HV, wie sie oben vorgeschlagen worden ist,
5 würde die aus Art. 102 und 108 HV hergeleitete Ressortverantwortlichkeit, die im
6 Übrigen in Art. 108 HV auf die Ernennung der Landesbeamten bezogen ist, zu denen
7 die Richterinnen und Richter als Vertreterinnen und Vertreter der Dritten Staatsgewalt
8 nicht zählen, der Einräumung einer Entscheidungskompetenz des Richterwahlaus-
9 schusses über so genannte Beförderungsentscheidungen nicht mehr entgegenstehen.

10
11
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
13 **Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und**
14 **Juristen (AsJ) Hessen-Süd**

15
16
17 Annahme: erledigt durch:
18 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
19 Überweisung an: Nichtbefassung:

20
21
22
23 **E 9**

24
25 **(Ortsverein Frankfurt-Niederrad)**

26
27 **Einführung mobiler Endgeräte zur Datenabfrage und Datenerfassung**

28
29
30 Einführung mobiler Endgeräte zur Datenabfrage und Datenerfassung sowie zur
31 einfachen Sachbearbeitung im polizeilichen Streifendienst der hessischen Polizei

32
33 **Begründung:**

34
35 Laptops, Tablets und nicht zuletzt Smartphones haben Einzug in den Alltag gefunden.
36 Die hessische Polizei nutzt die Möglichkeiten der „neuen“ Technik noch nicht voll-
37 ständig. Abfragen zu Kennzeichen und Personen erfolgen per Funk. Die Aufnahme von
38 Unfällen oder anderen Sachverhalten und die Personalien von Beteiligten werden
39 analog auf Papier fixiert und anschließend auf der Dienststelle am Computer ver-
40 schriftet. Die Übertragung von Bilddateien oder ähnlichem ist im Streifendienst nicht
41 möglich.

42 In den Bundesländern Berlin, Niedersachsen und Saarland laufen teilweise bereits seit
43 mehreren Jahren Pilotprojekte mit mobilen Geräten für Polizeibeamte. Die Geräte
44 bieten Zugriff auf polizeiliche Auskunftssysteme, KfZ-Halter- und Meldedaten.

45 Fehler durch Übertragungs- oder Kommunikationsfehler werden durch die eigen-
46 ständige Abfrage beseitigt. Die Abfrage erfolgt ohne Zeitverzug und der Funkkanal wird
47 freigehalten.

48 Der Abgleich einer Person mit vorhandenen Lichtbildern einer erkennungsdienstlichen
49 Behandlung ist direkt vor Ort möglich. Dies sorgt für Handlungssicherheit bei den
50 eingesetzten Beamten und beugt Verwechslungen in Fällen von Identitätsdiebstahl vor,
51 wodurch polizeiliche Maßnahmen gegenüber unbescholtene n Bürgern verhindert
52 werden.

53 Fahndungen können um eventuell vorhandene Bildaufnahmen ergänzt werden und
54 diese können den eingesetzten Beamten zur Verfügung gestellt werden.

1 Die Überprüfung von Gegenständen, wie z.B. Mobiltelefonen oder Fahrrädern, in der
2 Sachfahndungsdatenbank schafft einige Probleme. Bei der Abfrage einer IMEI³ mit 15
3 Stellen wird der Funk für die Dauer der Abfrage blockiert. Bei langen Zahlenfolgen
4 besteht immer die Gefahr einer fehlerhaften Übermittlung oder der fehlerhaften Ein-
5 gabe durch den Empfänger. Durch die selbständige Eingabe fällt die Übermittlung weg.
6 Eine fehlerhafte Eingabe kann durch den Beamten erkannt und korrigiert werden.
7 Ein weiterer Aspekt wäre die Möglichkeit Personalien und einfache Sachverhalte, wie
8 beispielsweise Verkehrsunfälle ohne Personenschaden, direkt vor Ort digital zu erfas-
9 sen. Dies würde die Arbeit der Beamten vereinfachen und effizienter gestalten.
10 Das Potenzial, welches durch den Einsatz moderner Technik, entfesselt werden kann,
11 ist enorm. Der Blick in andere Staaten und Bundesländer zeigt, dass Lösungen vor-
12 handen sind. Diese sollten genutzt werden.

13
14 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

15 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

16 **Seite 60, Zeilen 30 und 31 in folgender Fassung: „Die SPD spricht sich aus für**
17 **die flächendeckende Einführung mobiler Endgeräte zur Datenabfrage und**
18 **Datenerfassung sowie zur einfachen Sachbearbeitung im polizeilichen**
19 **Streifendienst der hessischen Polizei.“**

20
21
22 Annahme:

erledigt durch:

23 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

24 Überweisung an:

Nichtbefassung:

25
26
27
28 **E 10**

29
30 **(Unterbezirk Frankfurt)**

31
32 **Konsequente Wettbewerbspolitik statt nachträglicher Schadensbegrenzung. Für**
33 **die Entflechtung der IT-Plattform-Oligopolisten**

34
35
36 Wir fordern, dass von den politisch Verantwortlichen im Bund und in der Europäischen
37 Union wirksame Maßnahmen zur Entflechtung von IT-Plattform-Oligopole und zur
38 Unterstützung europäischer Unternehmen und VerbraucherInnen ergriffen werden.

- 39
40 1. (Begrenzt entgeltliche) Offenlegung der Datenbasis von Suchmaschinen
41 (Suchindizes) für Konkurrenten
42 2. Verpflichtende Festschreibung offener Standards und Schnittstellen
43 3. Sicherstellung des gleichberechtigten Markt- und Plattformzugangs für
44 Konkurrenzprodukte. Plattformbetreiber (beispielsweise Google, Apple etc.)
45 dürfen die Produkte andere Anbieter nicht zugunsten der eigenen Produkte
46 diskriminieren.

47
48 **Begründung:**

49 Der Erfolg und die Machtstellung der neuen Großkonzerne, die im Vergleich zu den
50 alten personell zwar deutlich kleiner sind, aber großen politischen wie gesell-
51 schaftlichen Einfluss ausüben können, basiert zum großen Teil auf ihrer Marktbe-
52 herrschung. Internet und angeschlossene Services sind schon seit langem für einen
53 Verbraucher kaum mehr zu durchdringen. Ohne ‚Wegweiser‘ ist eine selbstbestimmte

1 Nutzung kaum möglich. Die großen Hersteller der Betriebssysteme von Computern,
2 Tablets und Smartphones einerseits und die Anbieter von Such- und Verzeichniss-
3 diensten andererseits haben in diesem Zusammenhang eine Schlüsselposition. Die
4 neuen Großkonzerne wie Google, Apple, Microsoft, Amazon oder auch Facebook
5 nutzen diese Position in zunehmendem Maße aus und dringen in immer neue Markt-
6 segmente vor. Dort verschaffen sie sich mit Hilfe ihrer bereits bestehenden Software-,
7 Hardware- und Service-Plattformen große Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Mitbe-
8 werbern, deren Zugang zu den Plattformen, durch deren Betreiber, reglementiert und
9 kontrolliert wird. Ein Beispiel dafür sind die App-Stores von Apple oder Android-
10 Systemen. Hier entscheidet Apple oder Google welche Apps, mit welchen Funktionen
11 dem Kunden angeboten werden.

12 Im Jahr 2014 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung, in der
13 die EU-Kommission am konkreten Beispiel Google zu konsequenterem Vorgehen
14 gegen diese Praktiken und Mechanismen aufgefordert wurde. Nennenswerte Fort-
15 schritte hat es seitdem allerdings nicht gegeben.

16 Dabei betrifft das Problem, auf das mit der Entschließung reagiert wurde, eben nicht
17 allein den Suchmaschinen-Markt, sondern mehr oder minder alle Bereiche digitaler
18 Technik und Vernetzung: den Einzelhandel, Medien und Kommunikationsdienstleister,
19 die Hardware- und Softwarebranche und in stark zunehmendem Maße auch die „Old
20 Economy“, in der sich (unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“) aktuell ein tiefgreifender
21 Wandel vollzieht. Mit dem Vordringen von Google und Apple etwa in den Bereich der
22 Haustechnik und die Automobilindustrie betrifft diese Entwicklung stärker als zuvor
23 auch Kernbranche der deutschen, aber auch der europäischen Wirtschaft.

24 Es liegt also ein Sprengsatz am deutschen und europäischen Wertschöpfungsmodell,
25 dessen Größe proportional zur Bedeutung vernetzter Geschäftsmodelle anwachsen
26 wird. Dieser muss nicht, kann aber durch die globale Konkurrenz bei sinkender euro-
27 päischer Innovationskraft aktiviert werden. Dies gilt es durch staatliche Regulierung zu
28 verhindern.

29
30

31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

32
33

34 Annahme:	erledigt durch:
35 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
36 Überweisung an:	Nichtbefassung:

37
38
39

40 **E 11**

41
42

42 **(Unterbezirk Frankfurt)**

43
44

44 **Interkommunale Zusammenarbeit stärken, Entwicklung der Metropolregion 45 Rhein-Main**

46
47

48 Die Mandats- und Amtsträger der Landtagsfraktion werden aufgefordert folgendes zu
49 unterstützen: Interkommunale Kooperationen sollen wo noch nicht existent (Bildung,
50 Kulturelles) errichtet und wo schon existent (Flächennutzung, Verkehr) intensiviert
51 werden. In allen genannten Bereichen sollen sowohl Verantwortung als auch Mitbe-
52 stimmungsmöglichkeiten für alle Beteiligten ausgeweitet werden. Eine Institutionalisie-
53 rung der Zusammenarbeit ist insbesondere auch in den Bereichen Hochschule und
54 Kultur anzustreben. Am Ende dieser Entwicklung sollte eine Regionalreform mit dem
55 Ziel eines Regionalkreises in Rhein-Main stehen.

1
2 Geforderte konkrete Maßnahmen:

3
4 a. Infrastruktur – ÖPNV

5 Stärkere Verzahnung der Kommunen bei Ausbau und Erweiterung des ÖPNV. In
6 diesem Zusammenhang bieten sich die folgenden Ansatzpunkte:

- 7 - Ausweitung gemeinschaftlich betriebener Mobilitätsangebote über Stadtgrenzen
8 hinaus (z.B. Carsharing)
9 - Entwicklung von Masterplänen für den Güterverkehr
10 - Ausbau von Radverkehrsnetzen
11 - Optimierung des Regionalverkehrs im Sinne der Bedürfnisse der Nutzer
12 - Flexibilisierung der Tarifstruktur, um tarifgrenzenüberschreitenden Verkehr für die
13 Nutzer zu verbilligen

14
15 b. Flächennutzung – Wohnungsbau

16 Stärkere Verzahnung der Kommunen bei Planung der Flächennutzung. In diesem
17 Zusammenhang bieten sich die folgenden Ansatzpunkte:

- 18 - Entwicklung dezentraler Strukturen, Attraktivität der Peripherie steigern.
19 - Ausweitung interkommunaler Gewerbegebiete.
20 - Erschließung gemeinsamer Wohngebiete und Zusammenarbeit von öffentlichen und
21 kommunalen Wohnbaugesellschaften über Stadtgrenzen hinweg.

22
23 c. Kulturelles Angebot

24 Die finanziellen Lasten in der Region müssen gleichmäßig verteilt sein. D.h. zwischen
25 Frankfurt und dem Umland ist ein fairer und nachhaltiger Finanzausgleich erforderlich.
26 Frankfurt bietet ein Angebot, an dem auch die umliegenden Kommunen partizipieren.
27 Erforderlich sind daher unter anderem folgende Maßnahmen:

- 28 - Finanzielle Unterstützung durch das Land Hessen und das Umland
29 - Stärkere Koordination zwischen Frankfurt und dem Umland hinsichtlich des
30 kulturellen Angebots

31
32 d. Bildung/Hochschulen

33 Das Rhein-Main-Gebiet muss als zusammenhängender Bildungsraum gesehen
34 werden. Hierfür ist Folgendes verstärkt erforderlich:

- 35 - Gegenseitige Ergänzung des Lehrangebots.
36 - Hochschulen sollen ihr Profil schärfen und sich stärker voneinander absetzen.
37 - Gleichzeitig sollen sich die Hochschulen abstimmen, welche Angebote zentral
38 erbracht werden können.
39 - Die Möglichkeit für Studierende Vorlesungen anderer Hochschulen zu besuchen und
40 Scheine anerkannt zu bekommen.

41
42 Begründung:

43 Menschen, Waren und Dienstleistungen machen nicht halt an den Gemeindegrenzen.
44 Chancen und Potential der Stadt Frankfurt können nur mit den umliegenden Kom-
45 munen gemeinsam ausgeschöpft werden. Ein intensiver Austausch und gemeinsame
46 Entscheidungsgremien, die handlungsfähig [und demokratisch legitimiert sind], sind
47 daher erforderlich. Hierbei muss eine gleichmäßige Verteilung der Lasten mit einer
48 gleichmäßigen Nutzung des Angebots einhergehen. Alle Beteiligten sollen Verantwor-
49 tung übernehmen aber auch Mitgestaltungsrechte erhalten. Die Zuständigkeit der
50 Regionalversammlung sollte erweitert werden auch auf die Zusammenarbeit in
51 Bereichen Hochschulbildung.

52
53
54 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

55 **Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion**

1
2
3 Annahme:
4 Annahme in geänderter Fassung:
5 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

6
7
8
9 **E 12**

10
11 **(Unterbezirk Vogelsbergkreis)**

12
13 **Schutzschirm II - Kommunen und Bürgerinnen und Bürger bei den geplanten**
14 **Regelungen zum Abbau der Altfehlbeträge nicht über Gebühr belasten**

15
16 Der Bezirksparteitag beschließt:

17 Bei den geplanten Regelungen zum Abbau der Altfehlbeträge bzw. der Kassenkredite
18 bei den hessischen Kommunen wird die Hessische Landesregierung aufgefordert,
19 einen Weg zu wählen, der die Kommunen und Ihre Bürgerinnen und Bürger nicht über
20 Gebühr belastet. Insbesondere ist der vorgegebene Zeitkorridor möglichst zu strecken.
21 Hier ist eine untere Grenze von mindestens 15 - 20 Jahren vorzusehen.

22 Wir fordern die Hessische Landesregierung und die im Hessischen Landtag ver-
23 tretenen Fraktionen dazu auf, die finanzschwachen Kommunen bei dieser Aufgabe
24 finanziell zu unterstützen, da nicht zuletzt die nicht immer ausreichende finanzielle
25 Ausstattung der Kommunen -insbesondere der Kreise in Hessen - zur aktuellen Situa-
26 tion beigetragen hat. Dieser Tatsache muss seitens des Landes mit einem Schutz-
27 schirm II und zusätzlichen Finanzhilfen für die Kommunen beim Abbau der Altfehl-
28 beträge bzw. der Kassenkredite Rechnung getragen werden.

29 Die aus den Überlegungen der schwarz-grünen Landesregierung entstehende Finanz-
30 belastung würde letztendlich direkt die Bürgerinnen und Bürger vor Ort treffen und ist
31 diesen nicht zuzumuten. Daher lehnen wir die seitens des Landes offensichtlich beab-
32 sichtigte Verknüpfung mit einem erheblichen Anstieg der Hebesätze der Grundsteuer
33 B vehement ab. Eine weitere Erhöhung der Grundsteuerhebesätze ist gerade auch für
34 den ländlichen Raum ein absolut ungeeignetes Instrument, da hier die Belastungen der
35 Grundstückseigentümer bereits durch Gebühren und Beiträge weitaus höher liegen als
36 im Ballungsraum.

37 Angesichts der aktuell guten Haushaltslage des Landes muss daher eine gezielte För-
38 derung finanzschwacher Kommunen erfolgen (Schutzschirm II), um Kommunen und
39 Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht über Gebühr zu belasten.

40
41 Begründung:

42
43 Seitens der Hessischen Landesregierung wird angestrebt, die hessischen Kommunen
44 verbindlich zum Abbau Altfehlbeträge bzw. Kassenkredite anzuhalten. Bei den Kassen-
45 krediten nehmen die hessischen Kreise einen Spitzenplatz ein. Diskutiert wird ein Ab-
46 bau auf max. 100 €/Einwohner.

47 Konjunkturell bedingte Verbesserungen in den letzten Jahren gingen bereits mit erheb-
48 lichen Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger, dem Abbau von Leistungen und
49 der Rückstellung von Investitionen (Unterhaltung, Sanierung) einher. Von daher ist viel-
50 fach schon die Grenze des Zumutbaren erreicht. Dies gilt gerade für die dünn be-
51 siedelten ländlichen Regionen mit ihren besonderen Herausforderungen.

52 Neben den Kassenkrediten der Städte und Gemeinde stellen die Kassenkredite der
53 Kreise ein weiteres Problem dar. Nach dem in den letzten Jahrzehnten schon fast
54 ausgeschöpften Einsparpotential insbesondere bei den Schutzschirmkommunen bleibt
55 den Kreisen als einzige selbst zu bestimmende relevante Einnahmequelle die Kreis-

1 umlage. Deren Anpassung trifft jedoch wieder die Städte und Gemeinden. Deutliche
2 Anhebungen konterkarieren hier die Bemühungen zur Sanierung der Haushalte. Sie
3 würden dort ggf. wieder zu Haushaltsdefiziten führen, insbesondere, wenn zeitgleich
4 noch eigene Altfehlbeträge abgebaut werden müssten.
5 Eine weitere erhebliche Belastung von Bürgerinnen und Bürgern – etwa durch
6 drastisch steigende Grundsteuern - und das Verschieben von dringend notwendigen
7 Sanierungen und Investitionen wären die Folge.
8 Von daher muss bei den Abbaukriterien darauf geachtet werden, dass ein für die
9 Kommunen akzeptabler Zeitkorridor festgelegt wird. Hierbei sind 15 - 20 Jahre unserer
10 Ansicht nach die untere Grenze.
11 Ebenso müssen Überlegungen angestellt werden, die Kommunen bei dieser Aufgabe
12 finanziell nicht allein zu lassen. Eine finanzielle Beteiligung des Landes aus originären
13 Landesmitteln ist auch in Hinsicht auf die allesamt kommunalaufsichtlich genehmigten
14 Kassenkredite und die in den vergangenen Jahrzehnten unzureichende Finanzaus-
15 stattung der Kreise notwendig.

16
17

18 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
19 **Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion sowie die SGK Hessen**

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

1
2
3 **Antragsgruppe F**

4 **Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik**
5

6
7
8
9 **F 1**

10
11 **(Bezirksvorstand)**

12
13 **Rüstungsexportkontrollgesetz reformieren – Kriterien gesetzlich festschreiben**
14
15

16 Der Bezirksparteitag begrüßt die seit 2013 erfolgten Verbesserungen der Praxis der
17 Rüstungsexportkontrolle, die die SPD im Koalitionsvertrag ausgehandelt hat und die zu
18 einer verbesserten Transparenz und im Jahre 2016 zu sinkenden Rüstungsexporten
19 geführt haben. Die SPD Hessen-Süd begrüßt, dass es jetzt zeitnahe Berichterstattung
20 an das Parlament durch Halbjahreszwischenberichte und Informationen über ab-
21 schließende Genehmigungsentscheidungen an den Wirtschaftsausschuss gibt. Die
22 SPD begrüßt die restriktivere Gestaltung von Rüstungsexporten durch die verschärften
23 Grundsätze für die Ausfuhr von Kleinen und Leichten Waffen, sowie den Grundsatz
24 „neu für alt“, bei Neulieferungen von Kleinwaffen und die Pflicht zur Vernichtung der
25 alten, ausgemusterten Waffen.

26 Wir begrüßen die zukünftigen besseren Kontrollen des Endverbleibs gelieferter Waffen
27 durch sog. post-shipment-Kontrollen. Wir begrüßen das Engagement der Bundes-
28 regierung zur Implementierung des UN Waffenkontrollvertrages (ATT) z.B. durch die
29 Einrichtung eines Treuhandfonds.
30

31 Die SPD Hessen-Süd dringt auf die baldige Umsetzung der Ankündigung von Sigmar
32 Gabriel vom Januar 2016, ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz in den Bundestag
33 einzubringen.

34 Es genügt nicht, die Kriterien der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den
35 Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern“ als politische Willenserklärung, die aber
36 immer wieder umgangen wird, zu belassen.

37 Die Kriterien, keine Waffen in Länder zu liefern, in denen Menschenrechtsverletzungen
38 stattfinden, Repression herrscht, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder in
39 denen Spannungen herrschen und bewaffnete Auseinandersetzungen drohen, müssen
40 gesetzlich verbindlich gemacht werden. Dasselbe trifft auf die Endverbleibskontrollen
41 zu und die restriktiven Regelungen zur Ausfuhr von Kleinwaffen.
42

43 In diesem Gesetz sollen gesetzlich zwingend folgende Eckpunkte verankert werden:
44

- 45 - Die Kriterien des „Gemeinsamen Standpunktes der EU für die Kontrolle der
46 Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und die „Politischen Grund-
47 sätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen
48 Rüstungsgütern“ werden gesetzlich festgeschrieben. Diese Kriterien sollen
49 auch auf dual-use-Güter Anwendung finden.
50
- 51 - Die gesetzliche Fixierung der Grundsätze zum Export von Kleinen und Leichten
52 Waffen und die Regeln zur Endverbleibskontrolle müssen Bestandteil des
53 Gesetzes sein.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54

- Eine rechtsverbindliche Negativliste von Ländern, die nicht mit Rüstungsgütern beliefert werden dürfen, wird festgeschrieben. Diese Liste soll überprüft und revidiert werden können. Diese Negativliste soll sicherstellen, dass keine Waffenlieferungen in Länder gehen, die den strengen Kriterien der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“ und des“ Gemeinsamen Standpunktes der EU“ nicht genügen.
- Die Entscheidung über den Export von Kriegswaffen soll vom Kabinett beschlossen werden.
- Die gesetzliche Fixierung einer transparenten und zeitnahen Berichtspflicht an das Parlament soll enthalten sein. Die jetzt freiwillig erfolgenden Informationen über erfolgte Genehmigungen an den Wirtschaftsausschuss müssen verbindlich sein.

Die SPD soll in der Europäischen Union auf eine einheitliche Auslegung der EU-Kriterien der Grundsätze des Gemeinsamen Standpunktes hinwirken. Damit soll eine restriktivere Rüstungsexportpolitik auf EU-Ebene erreicht werden, die in Hinblick auf eine geplante Europäisierung der Rüstungsindustrie und die geplante gemeinsame Rüstungsbeschaffung nötig ist.

Begründung:

Die bisherige Rüstungsexportpraxis ist unbefriedigend und gibt immer wieder Anlass zu heftiger Kritik, weil problematische Länder, die in internationale Spannungen verwickelt sind, in denen Repression, Folter und Menschenrechtsverletzungen herrschen, beliefert werden. Die Regel des erlaubten Waffenhandels mit EU- und NATO-Staaten und der NATO gleichgestellten Staaten (Australien, Japan, Neuseeland und Schweiz) ist unstrittig (solange es auch solchen Partnerstaaten gegenüber möglich ist, Exporte zu versagen). Die sehr willkürlich erscheinende Belieferung von Drittstaaten wirft allerdings gravierende Probleme auf. Länder wie Saudi-Arabien und Katar, die in den Jemenkrieg verstrickt sind, sind nur die skandalösesten Beispiele.

Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

F 2

(Bezirksvorstand)

Fluchtursachen

Der Parteitag möge beschließen:
Die SPD wird aufgefordert, dem Aufruf von 100 Bundesverdienstkreuzträgern zu folgen und sich im Bundestag für eine Enquete-Kommission zum Thema „Fluchtursachen“ einzusetzen. Der SPD-Parteivorstand und der Bundesparteitag werden aufgefordert,

1 die Forderung nach einer Enquete-Kommission in das Bundestagswahlprogramm
2 aufzunehmen.

3
4 Diese Enquete-Kommission soll unter Anderem folgende Fragen untersuchen:

- 5
- 6 - Wie trägt Deutschland weltweit zu Fluchtursachen bei
- 7 - Wie müssen internationale Handelsverträge gestaltet werden, damit sie nicht zu
- 8 Fluchtursachen beitragen
- 9 - Welchen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung kann eine zügige und
- 10 gewissenhafte Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Develop-
- 11 ment Goals) leisten
- 12 - Welchen Stellenwert hat das Pariser Klimaabkommen in diesem Zusammen-
- 13 hang
- 14 - Welche Änderungen oder Verbesserungen in der Entwicklungshilfepolitik sind
- 15 notwendig
- 16 - Wie muss Krisenprävention verbessert werden
- 17 - Wie kann die UNO gestärkt werden mit ihren Unterorganisationen wie UNHCR,
- 18 World Food Program, UNICEF etc.
- 19 - Welche Rolle spielt der Waffenexport und Abrüstungsvereinbarungen
- 20 - Welche nationalen und internationalen Maßnahmen und gesetzlichen Initiativen
- 21 sind nötig, um dem Ziel der Bekämpfung von Fluchtursachen näher zu kommen
- 22

23 Begründung:

24 Die Initiative, die u.a. von Erhard Eppler und Gesine Schwan unterstützt wird, weist
25 daraufhin, dass die Bekämpfung von Fluchtursachen ein vorrangiges politisches
26 Thema und ein drängendes Problem sei. Angesichts globaler Umweltprobleme und
27 regionaler Krisenherde sei mit einer Zunahme der weltweiten Fluchtbewegungen zu
28 rechnen.

29 Über diese Begründung hinaus werden zur Zeit mit vielen afrikanischen Staaten
30 Abkommen (Migrationspartnerschaften) abgeschlossen, die eher krisenverschärfend
31 wirken werden.

32
33
34 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

35
36
37 Annahme:

erledigt durch:

38 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

39 Überweisung an:

Nichtbefassung:

40
41
42
43 **F 3**

44
45 **(Unterbezirk Frankfurt)**

46
47 **Entwicklungszusammenarbeit neu denken: Fluchtalternativen fördern und UN-**
48 **Vorgabe von 0,7% des BIP für Entwicklung jetzt umsetzen!**

49
50
51 Forderung

- 52
- 53 A) Der Bezirkspartetag der SPD Hessen-Süd möge beschließen, diesen Antrag
- 54 zur sofortigen Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit

1 auf 0,7% des BIP – um endlich UN-Vorgaben zu erfüllen – zu unterstützen und
2 an die SPD auf Bundesebene heranzutragen.

- 3 B) Außerdem sollten die Kapazitäten des BMZ derart erweitert werden, dass eine
4 gezieltere und effektive Förderung von Alternativen zur Flucht möglich ist. Der
5 bisherigen Entwicklungszusammenarbeit des Bundes muss zumindest teilweise
6 ein neuer Fokus verliehen werden: Menschen in ihren Heimatländern müssen
7 Perspektiven eingeräumt werden, sodass eine lebensgefährliche Flucht nach
8 Europa, welches Geflüchteten größtenteils leider ohnehin keine Chancen bietet,
9 unnötig wird. Auch die Gründung einer nationalen Allianz aus Akteuren
10 unterschiedlicher Sektoren sollte geprüft werden.

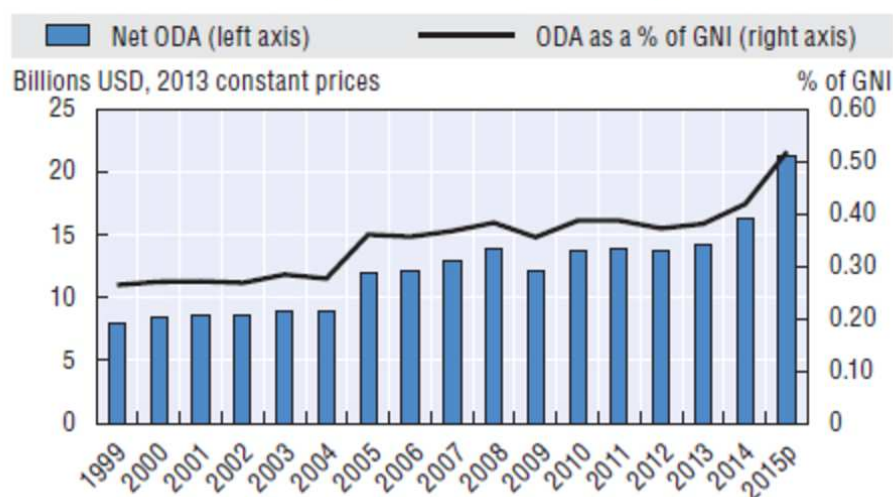
11 Begründung

12 Eine Obergrenze für Geflüchtete ist keine Lösung sondern CSU-Populismus. Men-
13 schen auf dem Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in Asylbewerberheime zu stecken
14 ist ebenfalls keine Lösung sondern Menschenverachtung. Daher sollten Deutschland
15 und Europa nicht nur aus eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus, sondern auch
16 basierend auf einer historischen Verantwortung sowie aus Respekt vor der Würde des
17 Menschen mehr dafür tun, dass eine Flucht für die Betroffenen unnötig wird.

- 18
19
20
21 A) Deutschland hat sich dem Ziel der UN verpflichtet, 0,7% des BIP als ODA
22 (Official Development Assistance – „Entwicklungshilfe“) bereitzustellen. Diese
23 Schwelle wurde von Deutschland bisher nicht erreicht (siehe Graph) und soll
24 nach bisherigen Plänen frühestens 2030 erreicht werden. Im vergangenen Jahr
25 erreichte der Wert 0,52% - eine Steigerung um weitere 0,18% tut Herrn
26 Schäuble nicht weh und kann in betroffenen Ländern bereits viel bewirken.
27 Deutschland sollte damit ein Beispiel für andere Staaten sein, die bisher
28 ebenfalls das 0,7%-Ziel verfehlen.

29 Geld in Form von Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur effizienter einge-
30 setzt als Geld für die Grenzsicherung oder den Ausbau von menschen-
31 unwürdigen Asylheimen in Deutschland. Es erspart Menschen auch die
32 lebensgefährliche Flucht und rettet daher Menschenleben.

34 **Net ODA: Trends in volume and as a share**
35 **of GNI, 1999-2015, Germany**



39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57 Quelle: OECD.

- 58 B) Gezielte Entwicklungszusammenarbeit soll eine effektivere Förderung von
59 Alternativen zur Flucht aus betroffenen Ländern ermöglichen.
60

1 Bewusst ist nicht die Rede von „Fluchtursachen bekämpfen“, denn Flucht-
2 ursachen sind vielfältig und größtenteils nicht aus Deutschland heraus
3 „bekämpfbar“. Vielmehr muss es unser Ziel sein, Flüchtenden und Geflüchteten
4 in ihren Heimatstaaten Perspektiven zu eröffnen, die das Bleiben zur Alter-
5 native zur Flucht machen. Um dies zu ermöglichen, sollten die Kapazitäten des
6 BMZ aufgestockt und eventuell sogar eine nationale Allianz zur Identifikation
7 und gezielten Förderung von Fluchtalternativen gegründet werden. Eine Ko-
8 operation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, Forschungs-
9 einrichtungen und privaten Unternehmen wäre denkbar.

10
11
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
13 **Überweisung als Material an das Forum Eine Welt Hessen-Süd**

14
15
16 Annahme: erledigt durch:
17 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
18 Überweisung an: Nichtbefassung:
19

20
21
22 **F 4**

23
24 **(60plus Hessen-Süd)**

25
26 **Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen**
27

28
29 Wir fordern die Bundesparteien auf, die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge dauer-
30 haft zu stoppen. Afghanistan ist kein wirklich sicheres Herkunftsland. Einige Bundes-
31 länder wie Rheinland Pfalz, Niedersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig Holstein
32 weigern sich abzuschicken. Wir fordern von daher die Abschiebung afghanischer
33 Flüchtlinge mit sofortiger Wirkung auch in Hessen auszusetzen.
34

35 **Begründung**
36

37 Die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge ist ein Schlag gegen die Menschenrechte
38 und von daher nicht hinnehmbar. Das Bundesinnenministerium vertritt den Standpunkt,
39 eine behutsame Abschiebung verantwortungsvoll nur in sichere Gegenden Afghanis-
40 tans, sei vertretbar.
41

42 Das ist unverständlich, denn die Sicherheitslage ist prinzipiell überhaupt nicht geklärt.
43 Laut einem **UN-Bericht** erreichte die Zahl der Toten und Verletzten in Afghanistan
44 einen neuen Höchststand.

45 Im vergangenen Jahr registrierten die Vereinten Nationen 11.418 Opfer. Das sei ein
46 Anstieg von drei Prozent gegenüber 2015. Fast jedes dritte Opfer sei nun ein Kind.
47 Angesichts des schwierigen Zugangs zu Provinzen weisen die UN darauf hin, dass
48 ihre Zahlen möglicherweise noch höher seien.

49 Im Oktober hatte das Bundesinnenministerium, nach dem Abschluss eines Rück-
50 führungsabkommens mit Afghanistan im Oktober, die Bundesländer aufgefordert,
51 abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken. Im Dezember letzten Jahres
52 wurde mit Sammelabschiebungen begonnen. Das Vorgehen ist äußerst umstritten, weil

1 sich in weiten Teilen Afghanistans Regierungstruppen und radikalislamischen Taliban
2 bekämpfen. Auch die Anschlagsgefahr ist groß.

3
4 Es wird einfach abgeschoben, ohne im Blick zu haben, dass es sich oft auch um
5 Familien oder Jugendliche handelt, die in Deutschland schon länger integriert sind. Sie
6 gehen einer Arbeit nach, zahlen Steuern und befinden sich mitten in einer Ausbildung.

7
8
9 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

10
11
12 Annahme: erledigt durch:
13 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
14 Überweisung an: Nichtbefassung:

15
16
17
18 **F 5**

19
20 **(Ortsverein Frankfurt-Sachsenhausen)**

21
22 **Nein zu Atomwaffen**

23
24
25 Die Bundesrepublik Deutschland hat mehrfach Erklärungen abgegeben, auf Atom-
26 waffen verzichten zu wollen. Sie hat auch den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet.
27 Dazu steht die mit der NATO vereinbarte Nukleare Teilhabe im Widerspruch. Mit der
28 Nuklearen Teilhabe wurde vereinbart, Transport und Abwürfe von Atombomben durch
29 Tornados der deutschen Luftwaffe zu üben. Mit Attrappen geschieht das seit geraumer
30 Zeit. Im Ernstfall soll es eine Übergabe zum Einsatz an die Luftwaffe der in der Air
31 Base Büchel bei Cochem scharfen US-Atombomben geben, die dort schon lange
32 gelagert werden. Gerade angesichts des neuen, von vielen als unberechenbar einge-
33 geschätzten, US-Präsidenten, der erklärt hat, wieder Kriege gewinnen zu wollen, und
34 der Aufgaben der Verteidigung, darunter auch solche der Nuklearen Kriegsführung,
35 stärker den Europäern übertragen will, ist der Verzicht auf das Programm der
36 Nuklearen Teilhabe dringend geworden.

37
38
39 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

40 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

41 **Seite 71, Zeilen 25 – 36 in folgender Fassung: „Die SPD im Bundestag soll sich**
42 **für den Abzug der US-Nuklearwaffen aus Deutschland und Europa einsetzen. Die**
43 **SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich im Rahmen der NATO für einen**
44 **Verzicht auf das Konzept zur nuklearen Teilhabe einzusetzen.“**

45
46
47 Annahme: erledigt durch:
48 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
49 Überweisung an: Nichtbefassung:

1 **F 6**

2
3 **(60plus Hessen-Süd)**

4
5 **Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?**

6
7
8 Internationale Krisen befördern in der Bundesrepublik eine Diskussion zur Strategie der
9 Außenpolitik.

10 Nach einer langen und relativ erfolgreichen Phase der Außenpolitik der ruhigen Hand
11 soll jetzt eine „gestaltende Außenpolitik“ praktiziert werden, die dem vermeintlich
12 gestiegenen Gewicht der Republik in der Welt Rechnung tragen und mehr Verant-
13 wortung übernehmen soll.

14 Diese soll auch den Einsatz „militärischer Mittel nicht von vornherein“ (Gauck) ver-
15 werfen. Von der Leyen bringt es auf den Punkt: „Wo auch immer gespielt wird
16 Deutschland schickt schießendes Personal.“ Mittlerweile sind militärische Beteili-
17 gungen an verschiedenen internationalen Krisen erfolgt und werden ausgeweitet. Ein-
18 her geht dies mit der Ausweitung der NATO (Bundesweh)-Präsenz in den östlichen
19 Mitgliedsstaaten an der Grenze zu Russland. Und fast selbstverständlich wird vor
20 diesem Hintergrund eine massive Erhöhung des bundesdeutschen Rüstungsetats
21 gefordert.

22
23 Wir sehen dies mit Skepsis und Ablehnung, denn alle jüngeren Beispiele, etwa in
24 Afghanistan, Irak, Libyen, zeigen das Desaster externer militärischer Interventionen.

25
26 Vorrangig muss auf rechtzeitige Diplomatie und Ausgleich gesetzt werden.

27
28 Wir wollen nicht, dass spätere Generationen nach erneutem Chaos und Kriegen über
29 die „Schlafwandler“ des Jahres 2014 diskutieren.

30
31
32 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

33 **Überweisung an den Ausschuss Sicherheit und Frieden Hessen-Süd**

34
35
36 Annahme:

erledigt durch:

37 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

38 Überweisung an:

Nichtbefassung:

39
40
41
42 **F 7**

43
44 **(Unterbezirk Frankfurt)**

45
46 **Resolution Myanmar**

47
48
49 Der Parteitag der SPD Hessen-Süd möge beschließen, dass eine wirtschaftliche
50 Kooperation Deutschlands oder deutscher Konzerne mit Myanmar solange zu
51 unterbinden ist, bis die systematische Unterdrückung, wenn nicht gar die Ermordung,
52 von Mitgliedern der ethnischen Minderheit Rohingyas durch das Militär Myanmar
53 beendet wird.

54
55 Begründung:

1 erfolgt mündlich
2
3

4 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

5 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

6 **Seite 72, Zeilen 49 – 53 in folgender Fassung: „ Die SPD-Bundestagsfraktion wird**
7 **aufgefordert, sich mit allen diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln dafür**
8 **einzusetzen, dass die systematische Unterdrückung und Ermordung der**
9 **Minderheit des Rohingyas in Myanmar beendet wird“**

10 **Überweisung an den Ausschuss Sicherheit und Frieden Hessen-Süd**
11

12
13 Annahme:

erledigt durch:

14 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

15 Überweisung an:

Nichtbefassung:
16
17
18

19 **F 8**

20
21 **(Bezirksvorstand)**

22
23 **Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen**
24

25
26 **Einleitung**
27

28 Für ein selbstbestimmtes Leben stehen Freiheit und Sicherheit in einem stetigen
29 Spannungsverhältnis.

30 Freiheit, Demokratie und die Sicherheit eines Rechtsstaates sind Grundlage unseres
31 selbstbestimmten Lebens. Wir machen die Welt nicht sicherer, wenn wir dafür unsere
32 Freiheit opfern – durch mehr Überwachung oder durch rigorose Abschottung unserer
33 Grenzen. Freiheit braucht Sicherheit. Es gibt aber auch keine echte Sicherheit ohne
34 Freiheit. Der Terror will Angst schüren und das Fundament unserer Gesellschaft
35 erschüttern. Das lassen wir nicht zu!

36
37 Für uns ist Sicherheit ein Bürgerrecht und kein Privileg für Wohlhabende. Nur Reiche
38 können sich einen schwachen Staat leisten! Sicherheit ist für uns immer auch soziale
39 Sicherheit.
40

41 Wir stehen im Gegensatz zu den Konservativen nicht für Aktionismus, permanenten
42 Strafverschärfungen ohne Effekt, d.h. Symbolpolitik. Mit Augenmaß, Besonnenheit und
43 einem Vorrang der Prävention im Alltag, aber auch Entschlossenheit, begegnen wir
44 dem Angriff auf unsere innere Sicherheit und Freiheit.
45

46 **Leistungsfähige Polizei und Justiz**
47

48 Wir wollen, dass unserer Polizei Anerkennung und Respekt für ihre wichtige Arbeit
49 entgegengebracht wird. Angriffe auf Beamtinnen und Beamten tolerieren wir nicht. Wir
50 setzen uns dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten, aber auch andere Einsatz-
51 kräfte, besser vor Angriffen und Störungen ihrer Arbeit für Menschen in Not geschützt
52 werden.

53 Es ist sträflich, dass insbesondere Hessen in den letzten Jahren Stellen bei der Polizei,
54 auch im Anwärterbereich abgebaut hat. Alleine in Hessen ist die allgemeine Be-
55 lastungssituation der Polizei enorm hoch, die über 3 Millionen Überstunden „vor sich

1 herschiebt“. Auf unseren Straßen muss die Polizei präsent sein, d.h. für uns fachlich
2 hoch qualifiziertes Personal. Deshalb muss der Einsatz z.B. der Wachpolizei die
3 Ausnahme bleiben. Nur durch ausreichendes Personal in Polizei und Justiz ist innere
4 Sicherheit gewährleistet.

5 Insgesamt fordern wir die Schaffung von 15.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund
6 und Ländern.

7
8 Die neoliberale Politik hat jahrelang unter dem Stichwort „schlanker Staat“ die Polizei
9 und andere Sicherheitsorgane sowie die Justiz ausgeblutet und damit die Kriminali-
10 tätsbekämpfung erschwert. Das war ein großer Fehler!

11
12 Die SPD steht für einen starken, wehrhaften Staat, der die einzelnen Werte, auf denen
13 unser Staats- und Gemeinwesen basiert, verteidigt. Deshalb lehnen wir u.a. so ge-
14 nannte Bürgerwehren ab.

15
16 Wir setzen uns zudem für die Stärkung unserer Justiz ein. Sie muss gut ausgestattet
17 sein, damit Straftaten schnell zur Anklage gebracht und Täter verurteilt werden können.
18 Wir brauchen Regelungen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. So
19 stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Eine
20 Militarisierung der inneren Sicherheit lehnen wir ab.

21
22 Für die Bundeswehr gibt es einen rechtlichen Rahmen, in dem sie in Deutschland
23 Amtshilfe leisten kann – so wie sie es bei Oderflut getan hat und wie sie es mit
24 Tornado-Aufklärungsflügen bei der Suche nach vermissten Personen tut. Soldaten als
25 Polizisten einzusetzen verbietet unsere Verfassung. Das ist eine Lehre aus der Nazi-
26 zeit. Wichtig ist dagegen, dass unsere Polizei sachlich und personell gut aufgestellt ist.
27 Die SPD hat darum durchgesetzt, dass 3.000 Bundespolizisten zusätzlich eingestellt
28 werden.

30 **Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention**

31
32 Jede Form von Terror muss konsequent und rechtsstaatlich bekämpft werden. Mit
33 einem Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe haben wir eine Basis
34 geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Wir wollen dabei eine
35 stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa.

36
37 Das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten muss effektiv umgesetzt
38 werden. Dabei werden Europol und Frontex mit einbezogen.

39
40 Sobald in unserem Land Gefahr droht, müssen wir sofort handlungsbereit sein. Die
41 deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden müssen ihren Informations-
42 austausch weiter verbessern, dazu gehört z.B. eine gemeinsame Lage-Analyse, ein
43 Terrorabwehrzentrum und eine gemeinsam geführte Antiterrordatei.

44
45 Zur Terrorabwehr haben wir die Gesetze verschärft. Damit wollen wir verhindern, dass
46 Hassprediger weiter Menschen verführen, dass verblendete Fanatiker unser Land mit
47 der Absicht verlassen können, dem Terror zu dienen und sich dafür in Camps
48 ausbilden zu lassen. Mit dem neuen Straftatbestand „Terrorismusfinanzierung“ nehmen
49 wir außerdem die Geldströme der Terrornetzwerke ins Visier.

50
51 Ausländerinnen und Ausländer, die schwerste terroristische Straftaten begehen,
52 müssen nach Verbüßung ihrer Strafe, wenn möglich, umgehend abgeschoben werden.
53 Unter engsten respektive gesetzlichen Voraussetzungen müssen wir verhindern, dass
54 Islamisten in Kriegs- und Krisengebiete reisen, um dort Kriegsverbrechen zu begehen,
55 sich weiter radikalieren und ausgebildet werden.

1
2 Neben der Repression muss die Prävention gestärkt werden, u.a. durch

- 3
4 – eine gute, chancengleiche Bildungspolitik, die gebührenfrei ist.
5 – die Stärkung der Schulsozialarbeit.
6 – die Bekämpfung der Radikalisierung in allen gesellschaftlich relevanten
7 Bereichen.
8 – Betreuerinnen und Betreuer in Flüchtlingsunterkünften sollen zum Thema
9 Radikalisierung besser geschult werden, um frühzeitig gegen zu steuern und
10 helfen zu können.
11 – Präventionsarbeit der Kommunen und Landkreise muss Pflichtaufgabe werden.
12 Zu oft werden erfolgreiche Präventionsprojekte nicht weiter geführt oder gar
13 nicht erst aufgelegt, weil es sich um sogenannte „freiwillige Leistungen“ handelt.
14 Wir fordern daher eine stärkere gesetzliche Grundlage für die dringend
15 notwendige Prävention.
16 – Vor allem SPD-geführte Bundesländer haben Präventionsprogramme gegen
17 islamistische Radikalisierung junger Menschen aufgelegt.

18
19 Hindernisse bei der Rückführung Ausreisepflichtiger werden wir beseitigen; dazu
20 gehören insbesondere entsprechende Rückführabkommen.

21 **Kampf gegen rechts**

22
23
24 Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich
25 zugenommen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten seit über 150 Jahren
26 aufrecht Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit
27 entgegen. Wir stehen gemeinsam mit vielen couragierten Bürgerinnen und Bürgern an
28 der Seite unseres Rechtsstaates. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit
29 rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet
30 werden.

31
32 Rechte Gewalt muss als solche sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahr-
33 nehmung nicht unter den Teppich gekehrt werden. Neben der konsequenten Straf-
34 verfolgung der Taten und Täter wollen wir auch die Präventionsarbeit weiter ausweiten
35 und verstetigen. Eine effektive Sicherheitspolitik besteht im Zusammenspiel von
36 Prävention und Strafverfolgung.

37 **Alltagskriminalität**

38
39
40 Die Polizei braucht zusätzliche Kräfte, damit sie nicht nur sporadische Kontrollen
41 durchführen kann, sondern auch für einen längeren Zeitraum an Kriminalitäts-
42 schwerpunkten eingesetzt werden kann. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen
43 und Beweise zu sichern, soll sie im Rahmen bestehender Rechtsgrundlagen eingesetzt
44 werden. Im Gegensatz zur CDU suggerieren wir nicht, dass Videotechnik ein Aller-
45 heilmittel ist. Wir wollen, dass sich unsere Sicherheitsbehörden konsequent der
46 steigenden Einbruchskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und koordiniertes
47 Vorgehen bei der Strafverfolgung. Das Bundeskriminalamt wollen wir in seiner Zentral-
48 stellenfunktion stärken. Die Beratungsangebote, die vielerorts von der Polizei bereits
49 angeboten werden, sollen ausgebaut werden.

50 **Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen**

51
52
53 Die Kriminalität im Internet steigt weiter rasant. Von der Online-Erpressung mit
54 Computerviren, Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im
55 „Darknet“ reicht das Spektrum der Cyberkriminalität. Das Internet ist ein freier, aber

1 kein rechtsfreier Raum. Wir wollen eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des IT-
2 Sicherheitsgesetzes, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Zudem
3 werden wir die Sicherheitsbehörden in der IT-Technologie durch bessere Ausstattung
4 und mehr fachliche Expertise modernisieren. Wir werden das Bundesamt für die
5 Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen und in seiner neutralen Rolle und
6 Beratungsfunktion stärken.

7 8 **Schutz von „Whistleblowern“**

9
10 Die „Panama -Papiere“ wurden nur durch einen Insider der Öffentlichkeit und den
11 Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht. Auch Gammelfleischskandale, Notstände in
12 Pflegeheimen oder Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden regelmäßig
13 nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“ bekannt. Das couragierte
14 Handeln dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen muss besser recht-
15 lich abgesichert werden. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor arbeits-
16 rechtlichen Nachteilen schützen.

17 18 **Kampf gegen Wirtschaftskriminalität**

19 Unternehmen müssen rechtstreu handeln. Sie müssen Gewinne ordnungsgemäß ver-
20 steuern. Nur dann ist Wettbewerb fair, nur dann sind Rechte von Beschäftigten,
21 Kunden und Wettbewerbern gewahrt. Organisierte Unverantwortlichkeit muss Conse-
22 quenzen haben. Die geltende Bußgeldobergrenze von bis zu 10 Millionen Euro ist für
23 kleinere Unternehmen zu hoch und für große Konzerne zu niedrig. Dazu bedarf es
24 eines angemessenen Bußgeld Rahmens.

25 26 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

27
28 Die Organisierte Kriminalität betreibt auch in Deutschland in vielen Feldern ihr illegales
29 Geschäft. Wir brauchen mehr spezialisierte Ermittler für Organisierte Kriminalität, um
30 die personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent durchführen zu
31 können.

32 33 34 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

35
36
37 Annahme:

38 Annahme in geänderter Fassung:

39 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

40
41
42
43

1
2
3 **Antragsgruppe G**

4 **Europa**
5

6
7
8
9 **G 1**

10
11 **(Bezirksvorstand)**

12
13 **Europa zum Modell machen**
14
15

16 In einer Zeit, in der in Europa das Konzept einer demokratischen Gesellschaft
17 verbunden mit einem solidarischen Wohlfahrtssystem und individueller Freiheit erneut
18 unter Druck gerät, haben sich an vielen Stellen Europas Bewegungen etabliert, die
19 behaupten, der Abbruch von Kooperation und der Rückzug auf nationalstaatliches
20 Handeln sei ein Rezept für die Zukunft. Verbunden wird dies mit der Ausgrenzung
21 anderer und der Anlehnung an autoritäre Regime, die sich in der Welt, aber auch am
22 Rande Europas neu gebildet haben. Von Ukip bis Front National, von FPÖ bis AfD, in
23 vielen Ländern Europas sind diese Bewegungen erstarkt, zum Teil finden sich sogar
24 verwandte Positionen auf der politischen Linken. Wir Sozialdemokraten treten dieser
25 Politik im Interesse der Menschen Europas entschieden entgegen.
26

27 **Es ist Zeit für die Werte eines friedlichen Europas zu kämpfen**

28 Dieser Kampf lohnt sich. Das europäische Gesellschaftsmodell ist einzigartig in der
29 Welt. Es ist das Streben nach einer Balance zwischen politischem, sozialem,
30 wirtschaftlichem und ökologischem Fortschritt, der das europäische Gesellschafts-
31 modell in der Welt so einzigartig macht. In unserem Modell steht der Mensch im
32 Mittelpunkt; er muss sich anders als im turbo-kapitalistischen System keinem ökonomischen
33 Zwang unterordnen und anders als in autoritären Systemen keiner staatlicher
34 Gängelung unterwerfen.
35

36 Die Stärke Europas liegt in seinem Wertesystem, dessen Entstehung ganz wesentlich
37 auf das Wirken der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Gewerk-
38 schaftsbewegung zurückzuführen ist: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine sozial
39 gebändigte Marktwirtschaft, Pluralismus und Solidarität sind die Eckpfeiler unserer
40 Freiheit welche Ausdruck unserer Selbstbehauptung gegen Willkür und Unterdrückung
41 ist. Bestrebungen die Unabhängigkeit von Justiz und Medien anzutasten oder Minder-
42 heiten auszugrenzen zeigen, dass diese Freiheit keine Selbstverständlichkeit in Europa
43 ist, sondern Tag für Tag aufs Neue erkämpft werden muss. Aber auch die Entwick-
44 lungen, dieses Wertesystem einer radikalen Kapitallogik unterzuordnen, müssen immer
45 wieder zurückgedrängt werden. Die wachsende Ungleichheit muss bekämpft,
46 Gerechtigkeit neu erarbeitet und der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder hergestellt
47 werden.
48

49 **Frieden gibt es nur gemeinsam**

50 Stabiler Frieden in einer Region entsteht nicht durch Einschüchterung im Kräftemessen
51 starker Nationen, bis hin zum Einsatz von Militär, sondern im mühsamen Prozess der
52 Herausarbeitung gemeinsamer Interessen und des Entwickelns gemeinsamer Regeln
53 im Umgang mit Konflikten, durch Kooperation und Verflechtung und nicht durch
54 Konfrontation.

1 Diesen Weg hat die europäische Bewegung als Konsequenz aus dem 2. Weltkrieg
2 gewählt, er ist durch die Folgen der Ostpolitik Willy Brandts vollendet worden. Siebzig
3 Jahre Frieden in Europa sprechen für sich.

4 Der Grundsatz europäischer Friedenspolitik muss das Prinzip ziviler Konflikt-
5 bewältigung sein.

6 Das Prinzip von Kooperation und Verflechtung gilt nicht nur im militärischen Bereich.
7 Auch eine profitgetriebene Globalisierung mit Handelskriegen und wirtschaftlichem
8 Druck muss mit gemeinsamen Regeln eingegrenzt und einer demokratischen
9 Gestaltung unterworfen werden.

11 **Staatengemeinschaft auf Augenhöhe**

12 In vielen Bereichen war die deutsche Politik Teil des Problems und nicht der Lösung.
13 Mit der politischen und ökonomischen Macht des reichsten Staates Europas haben
14 Bundesregierungen über europäische Institutionen immer wieder politische Entschei-
15 dungen in anderen Staaten durchgesetzt, die nicht nur deren Situation verschlechtert
16 haben, sondern die auch demokratische Entscheidungen der Bevölkerung außer Kraft
17 gesetzt haben, wie zum Beispiel in Griechenland. Damit haben deutsche Bundes-
18 regierung ihren Beitrag zur Abwendung der Menschen von Europa nicht nur in den
19 betroffenen Ländern geleistet. Auch wenn die damit verbundenen Prozesse lang-
20 wieriger und schwieriger sind, die Zukunft Europas liegt in einer Politik der Kooperation
21 auf Augenhöhe.

22
23 In einer Gemeinschaft mit sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
24 funktioniert eine gemeinsame Währung nur mit internen Ausgleichsmechanismen. Eine
25 solidarische europäische Politik entwickelt solche Ausgleichsmechanismen gemeinsam
26 zwischen wirtschaftlich stärkeren und wirtschaftlich schwächeren Regionen. Dazu
27 gehört auch eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik.

29 **Gemeinsame Probleme gemeinsam lösen**

30 Weder die Gestaltung der Globalisierung, bei der große Unternehmen heute in der
31 Lage sind, ganze Länder unter Druck zu setzen noch die Klimakrise wird von einem
32 Land allein zu regeln sein. Selbst die Möglichkeiten der gesamte EU hat hier Grenzen.
33 Aber wirksame Entscheidungen sind leichter zu erreichen, wenn sie koordiniert und
34 gemeinsam in Europa erarbeitet werden. Auch die Unterstützung sich entwickelnder
35 Länder funktioniert gemeinsam besser.

36 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei klar, dass Europa all
37 jene Themen angehen muss, die vor nationalen Grenzen keinen Halt machen. Die wirt-
38 schaftlichen Schwierigkeiten der südeuropäischen Länder sind nicht allein deren
39 Problem. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geht uns alle an. Der hohe
40 Anstieg der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr hat gezeigt, dass große Probleme
41 nur gemeinsam gelöst werden können.

42 **Echte Nachhaltigkeit als Konzept**

43 Ein Konzept der echten Nachhaltigkeit ist die Grundlage für eine ganzheitliche
44 Strategie der sozialen Erneuerung, der ökonomischen Modernisierung und der Siche-
45 rung unserer Umwelt. Dabei müssen die drei miteinander verknüpften Dimensionen
46 immer wieder neu ausbalanciert werden:

- 47 - Soziale Nachhaltigkeit: eine auf Zusammenhalt angelegte Gesellschaft
48 basierend auf gegenseitigem Respekt und Wohlergehen für alle, in der soziale
49 Bindungen immer wieder erneuert werden durch politische Ansätze, die Neue
50 integrieren, soziale Mobilität fördern und die Bürgerinnen und Bürger in demo-
51 kratischer Beteiligung stärken.
- 52 - Ökonomische Nachhaltigkeit: eine produktive Ökonomie, die auf Stabilität ange-
53 legt ist und in der der langfristige Wohlstand der Gesellschaft Priorität hat vor

1 kurzfristigen Gewinninteressen. Ausbeutungsprozesse werden dort auch be-
2 kämpft durch die Durchsetzung demokratischer Prinzipien auch in ökonomischen
3 Prozessen.

- 4 - Ökologische Nachhaltigkeit: eine Organisation von Ökonomie und Gesellschaft,
5 die diese in den natürlichen Grenzen stabil hält verbunden mit einem Umwelt-
6 management das die Schäden an der Umwelt auf das absolute Minimum
7 begrenzt und das eine dauerhafte Regeneration von Ökosystemen zulässt.

8 Der Rahmen dafür ist eine Einhegung globalisierter Entwicklungen durch klare demo-
9 kratisch gesetzte Regeln. Ebenso wichtig ist eine Betrachtung von Entwicklung, die
10 über das BIP hinausgeht und die Lebensqualität in den Blick nimmt.

11 **Begegnung und Transparenz**

12 Nicht das bessere technokratische Konzept macht Europa wieder attraktiver, sondern
13 die Unterstützung durch die Menschen in Europa. Diese kann nur gewonnen werden,
14 wenn die Europäische Union demokratischer und transparenter wird. Denn nur eine
15 stärkere Einbindung der Menschen in die europäische Politik kann eine neue Be-
16 geisterung für die europäische Idee entstehen lassen und helfen, aus der derzeitigen
17 Zerreißprobe gestärkt hervorzugehen. Dazu gehören klarere, transparente Entschei-
18 dungsstrukturen ebenso wie die deutliche Erhöhungen der persönlichen Begegnungen.
19 Dazu gehört die Vollendung der zentralen Stellung des Parlamentes in einem euro-
20 päischen Zwei-Kammer-System ebenso wie ein Ausbau der Begegnungsprogramme
21 von Erasmus bis zu Gemeindepartnerschaften.

22 **Neuorientierung der europäischen Politik**

23
24 Auf der Grundlage der europäischen Wertentscheidungen ergibt sich eine andere
25 Ausrichtung der konkreten Politik der EU. In vielen Bereichen muss der Primat der
26 Politik wieder durchgesetzt werden. Dazu gehören viele Facetten:

27 Eine gemeinsame Finanzpolitik, die Steuerhinterziehung und Steuerdumping
28 bekämpft.

29 Eine wirksame Kontrolle des Finanzmarktes

30 Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen

31 Ein gemeinsamer Ausbau europäischer Infrastruktur

32 Gemeinsame Politik für mehr Investitionen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
33 auf der Basis eines an Nachhaltigkeit orientierten Umbau des Wirtschaftssystems

34 Aufbau einer europäischen Sozialunion und der Abbau bestehender Ungleichheit

35 Die Ausgaben müssen sich auf Zukunftsaufgaben konzentrieren, auf Ausbildung,
36 Forschung, Infrastruktur, Nachhaltigkeit und sozialer Ausgleich.

37 Die Sozialdemokratie, als politische Bewegung, verdankt ihre Existenz der Tatsache,
38 dass geschichtliche Entwicklungen selten auf das Wohlergehen normaler Menschen
39 ausgerichtet sind. Um dies zu erreichen, braucht es immer wieder zielgerichtete,
40 wertebasierte Interventionen. Dabei darf niemand zurückgelassen werden. Das ist
41 unsere Aufgabe.

42 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

43
44
45
46
47
48 Annahme:

erledigt durch:

49 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

50 Überweisung an:

Nichtbefassung:

51
52
53

1
2 **G 2**

3
4 **(Unterbezirk Frankfurt)**

5
6 **Armut bekämpfen - Europa mit seiner Jugend versöhnen**

7
8
9 Europaweite Arbeitslosenversicherung.

10
11
12 Begründung:

13
14 In vielen europäischen Staaten herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit die vor allem die
15 Jugend der betroffenen Länder überproportional betrifft. Aufgrund der teilweise ver-
16 heerenden wirtschaftlichen Lage die mit den massiven Arbeitslosenquoten einhergeht,
17 werden aus Gründen der Haushaltskonsolidierung oft zuerst Sozialleistungen gekürzt,
18 wodurch die soziale Situation weiter verschärft wird. Armut und Perspektivlosigkeit ge-
19 fährden nicht nur den inneren Zusammenhalt der betroffenen Länder, sondern stellen
20 ebenfalls eine erhebliche Herausforderung für die europäische Gemeinschaft dar.

21 Um die europäische Solidarität endlich für alle Menschen innerhalb der EU zugänglich
22 zu machen, Armut zu bekämpfen und vor allem dringend benötigte wirtschaftliche
23 Impulse für die Binnenwirtschaft zu setzen, sollte eine europaweite Arbeitslosen-
24 versicherung geschaffen werden. Um die Haushalte der betroffenen Länder zu
25 schonen könnten Mittel aus dem EU-Haushalt beigesteuert werden. So wäre auch eine
26 Transferleistung von den wirtschaftlich stärkeren Gesellschaften Europas zu den wirt-
27 schaftlich schwächeren sichergestellt. Dies ist besonders vor dem Hintergrund stark
28 gesunkener Zinsen für Staatsanleihen im Zuge der Schuldenkrise von Bedeutung.
29

30
31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
32 **Erledigt durch die Annahme des Antrags G 1**

33
34
35 Annahme: erledigt durch:
36 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
37 Überweisung an: Nichtbefassung:
38
39
40

41 **G 3**

42
43 **(Unterbezirk Hochtaunus)**

44
45 **Aufruf zum 25. März 2017 – 60 Jahre Römische Verträge**
46 **Es ist Zeit Flagge zu zeigen für ein einiges Europa!**

47
48
49 Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, haben sechs europäische Staaten die Römischen
50 Verträge geschlossen. Sie zogen damals mit dem Aufbau gemeinsamer Institutionen
51 die Lehren aus den Schrecken zweier Weltkriege: Frieden kann in Europa nur gesichert
52 werden, wenn der verheerende Nationalismus durch wirtschaftliche und politische Ver-
53 flechtung der Völker und Staaten gebändigt wird. Denn nur mit der Kraft der Solidarität
54 kann Europa eine positive und einflussreiche Rolle in der Welt spielen, um auf Dauer

1 unsere Werte, unsere Kultur und unsere Vielfalt zu sichern. Diese grundlegenden Leh-
2 ren für die europäische Integration sind heute so aktuell wie vor sechs Jahrzehnten.

3
4 Die Römischen Verträge waren der entscheidende Meilenstein eines politischen Pro-
5 jektes, das über viele Hindernisse und Krisen schließlich zur Europäischen Union mit
6 jetzt (noch) 28 Mitgliedstaaten geführt hat. Es war und ist eine große Erfolgsgeschichte
7 – so nachhaltig, dass uns die Erfolge weitgehend selbstverständlich erscheinen. Wir
8 können frei und ohne Grenzkontrollen reisen. Wir können im europäischen Ausland
9 leben, arbeiten und studieren. Wir nutzen die Vorteile der Arbeitsteilung und produ-
10 zieren für einen großen Binnenmarkt. Wir finden bei unseren Reisen und Geschäften
11 überall die gleichen Regeln für Verbraucherschutz, für Umweltschutz, für Datenschutz
12 vor. Wir müssen in vielen Ländern nicht einmal mehr die Währung wechseln. Nur die
13 EU bietet internationalen Konzernen wie Google und Apple Paroli. In Europa schützen
14 gemeinsame Grundrechte die Bürgerinnen und Bürger.

15
16 Durch all das ist kein Paradies entstanden. Soziale Ungleichheit und der Klimawandel
17 beispielsweise sind nicht gemeistert; über die richtigen Lösungen wird daher in der
18 europäischen Politik genau so gestritten wie in der Politik in Bund, Land und Kommune.
19 Aber entscheidend ist: es ist ein politischer Raum entstanden, in dem die Widersprüche
20 menschlichen Zusammenlebens in geordneten und friedlichen Bahnen behandelt
21 werden können.

22
23 Aber nichts ist selbstverständlich und nichts ist unumkehrbar. Die zunehmende Un-
24 sicherheit in der Welt und in ihrer Folge die Verunsicherung vieler Menschen haben
25 populistischen Bewegungen Raum gegeben, die eine Rückkehr zum Gestern empfeh-
26 len, Abschottung und Rückzug in die Nation. Die Europäische Union ist das bevorzugte
27 Ziel des Populismus, der die Unvollkommenheit der europäischen Einigung für seine
28 nationalistischen Ziele missbraucht.

29
30 Wir erwarten von den Politikern und Politikerinnen auf allen Ebenen in allen Mitglied-
31 staaten, dass sie die wesentlichen Vorhaben jetzt gemeinsam anpacken und damit die
32 Bürgerinnen und Bürger erneut für Europa gewinnt: Schaffung einer starken Säule
33 sozialer Rechte; Vollendung des Binnenmarktes vor allem im digitalen Bereich; Aufbau
34 einer Energieunion für Klimaschutz und Versorgungssicherheit; Vollendung der Ban-
35 kenregulierung; Verhinderung von Steuervermeidung und Steuerbetrug; eine solidari-
36 sche Flüchtlingspolitik bei Kontrolle der Außengrenzen und eine verstärkte Zusammen-
37 arbeit in Sicherheitsfragen. Dazu ist es notwendig, zur Fähigkeit zum Kompromiss und
38 zum solidarischen Ausgleich der Interessen zurückzukehren. Aber wir erwarten auch,
39 dass die schweigende Mehrheit sich zu Europa bekennt. Denn, obwohl ein Land be-
40 schlossen hat auszutreten, bleibt die EU unverzichtbar für den Rest. Sie ist nicht per-
41 fekt, aber sie ist das beste Instrument, das wir haben, um die zahlreichen Heraus-
42 forderungen anzugehen. Nur die EU garantiert Frieden, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit
43 und den Erhalt der Demokratie.

44
45
46 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
47 **Erledigt durch die Annahme des Antrags G 1**

48
49
50 Annahme:
51 Annahme in geänderter Fassung:
52 Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24

G 4

(Unterbezirk Wetterau)

Kontrollfunktionen des Europäischen Parlaments

Die Europaabgeordneten der SPD sollen sich gemeinsam mit den anderen Abgeordneten in ihrer Fraktion dafür einsetzen, dass die Kontrollfunktionen des Parlaments gegenüber der europäischen Kommission und dem europäischen Rat weiter ausgebaut werden.

Bei internationalen Abkommen sollen das EU-Parlament und auch die Mitgliedsstaaten rechtzeitig demokratisch eingebunden werden“

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Erledigt durch die Annahme des Antrags G 1**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

1
2
3
4 **Antragsgruppe H**

5 **Verkehr- Energie – Umwelt - Landwirtschaft**
6

7
8
9
10 **H 1**

11
12 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

13
14 **Nein zur Infrastrukturgesellschaft und zu PPPs**
15

16
17 Die SPD lehnt die geplante Infrastrukturgesellschaft für deutsche Autobahnen ab.
18

19 Die SPD sieht Public Private Partnerships (PPPs) zudem grundsätzlich kritisch, da die
20 Auswertung zahlloser Projekte deren Wirtschaftlichkeit klar in Frage stellt und die
21 Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand einschränkt.
22

23 Begründung:

24
25 Die geplante und vermutlich im April/Mai 2017 im Bundestag zu verabschiedende
26 Infrastrukturgesellschaft für deutsche Autobahnen, lässt zahlreiche Hintertüren zur
27 Privatisierung der Straßen offen. So soll die Infrastrukturgesellschaft selbst zwar nicht
28 privatisiert werden, dennoch kann eine, die Infrastrukturgesellschaft steuernde Ver-
29 waltungsgesellschaft gegründet werden, in welche private Investoren einzahlen
30 können. Nach vier Jahren Laufzeit kann die Verwaltungsgesellschaft der Infrastruktur-
31 gesellschaft bspw. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden.
32

33 Zudem werden PPPs durch die Infrastrukturgesellschaft ermöglicht, d.h. die Planung,
34 der Bau und Betrieb von Autobahnen kann von der Infrastrukturgesellschaft auf Private
35 Unternehmen ausgelagert werden. Dies wird im Zweifel zu höheren Kosten für Staat
36 und Bürger führen, da die Privaten kaum zu so günstigen Konditionen Kredite auf-
37 nehmen können, wie es der Staat kann. Zudem können Private durch solcherlei
38 Konstrukte in die Lage versetzt werden, Mautgebühren für bestimmte Streckenab-
39 schnitte zu verlangen. Dies ist kein konstruiertes Horrorszenario, sondern wird tat-
40 sächlich schon in Deutschland praktiziert (siehe z.B. „Herrentunnel“ in Lübeck).

41 Weiterhin ist die Effizienz der PPPs klar in Frage zu stellen. So listet die Gewerkschaft
42 ver.di zahlreiche gescheiterte und teure PPPs, auch beim Autobahnbau. Berech-
43 nungen privater Beratungsunternehmen, die für PPPs wundersam gut ausfallen, fußen
44 teilweise auf hanebüchenern Annahmen, die kaum belegt sind. So werden gerne viele
45 längere Bauzeiten als Berechnungsgrundlage angelegt, wenn der Staat baut. Nach-
46 forschungen ergeben hier oftmals, dass diese Zahlen aus der Luft gegriffen sind um
47 PPPs schönzurechnen. Auch die Effizienz der Privaten wird in solchen Berechnungen
48 realitätsfern übersteigert. Entsprechend werden die Berechnungsgrundlagen der
49 „Beraterfirmen“ auch nicht offengelegt. Zudem ist die Konstruktion solcher PPPs
50 oftmals schädlich für staatliche Institutionen, der Einredevorbehalt, also der Verzicht auf
51 Reklamation bei baulichen Mängeln und somit im Zweifel eine Neufinanzierung nur
52 durch den Staat, stellt das Modell der PPPs ad Absurdum.

53 Eine Auslagerung von Kompetenzen auf Private, bedeutet für den Staat zudem immer
54 einen Kompetenzverlust und eine Abhängigkeit von Privaten. Soll der Staat aber das

1 führende und demokratische Element einer Gesellschaft bleiben, so darf er nicht
2 ständig Kompetenzen auslagern und sich in Abhängigkeiten von privaten Unternehmen
3 begeben, deren Ziel nicht das Allgemeinwohl, sondern größtmögliche Rendite ist.

4
5 Die Geheimhaltung der Verträge, gerade wenn es um solch immense Summen wie bei
6 der Autobahnfinanzierung geht, ist zudem zu kritisieren. Parlamentarische Kontrolle ist
7 so nicht möglich.

10 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

11
12
13 Annahme: erledigt durch:
14 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
15 Überweisung an: Nichtbefassung:

18 **H 2**

21 **(ASF Hessen-Süd)**

23 **Prämie für Elektromobilität – Umweltbonus – Förderbedingungen verändern**

24
25
26 Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, mit Hilfe eines Umweltbonus den
27 Absatz neuer Elektrofahrzeuge zu fördern.

28 Bisher sind förderfähig der Erwerb (Kauf oder Leasing) eines neuen, erstmals zuge-
29 lassenen, elektrisch betriebenen Fahrzeuges gemäß § 2 des Elektromobilitäts-
30 gesetzes, im Einzelnen ein

- 31
- 32 • reines Batterieelektrofahrzeug,
- 33 • von außen aufladbares Hybridelektrofahrzeug (Plug-In Hybrid) oder
- 34 • Brennstoffzellenfahrzeug
- 35

36 der Klassen M1 und N1 bzw. N2 soweit diese mit einer Fahrerlaubnis der Klasse B im
37 Inland geführt werden dürfen.

38
39 Die SPD Hessen Süd fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen,
40 dass entsprechende Förderungen auch für andere Fahrzeuge der Elektromobilität wie
41 Quads, Motorräder, Motorroller und Fahrräder eingeführt werden. Das Netz der Lade-
42 stationen ist deutschlandweit flächendeckend auszuweiten.

43 Der Bezirksparteitag Hessen Süd fordert den SPD-Bezirk Hessen Süd auf, vor dem
44 Parteihaus in Frankfurt eine Ladestation für Elektrofahrzeuge aufzustellen.

47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

48 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

49 **Seite 84, Zeilen 39 – 42 werden Antragstext in folgender Fassung:“ Die SPD**
50 **Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen,**
51 **dass Förderungen auch für andere Fahrzeuge der Elektromobilität wie Quads,**
52 **Motorräder, Motorroller und Fahrräder eingeführt werden. Das Netz der**
53 **Ladestationen ist deutschlandweit flächendeckend auszuweiten.“**

54 **Seite 84, Zeilen 43 – 44 „Der Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD-Bezirk**
55 **Hessen-Süd auf, vor dem Parteihaus in Frankfurt eine Ladestation für**

1 **Elektrofahrzeuge aufzustellen.“ Wird als Material an den Bezirksvorstand**
2 **Hessen-Süd überwiesen**
3 **Seite 84, Zeilen 26 – 37 werden Begründung**

4
5
6 Annahme: erledigt durch:
7 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:
8 Überweisung an: Nichtbefassung:
9

10
11
12 **H 3**

13
14 **(AGS Hessen-Süd)**

15
16 **Energiegewinnung sinnvoll fördern und ausbauen**
17

18
19 „Der SPD-Bezirksparteitag wird aufgefordert, im Gesetzgebungsverfahren Fehlentwicklungen bei der Förderung und dem Ausbau erneuerbarer Energien zu verhindern und den vorgelegten Vorentwurf einer Änderung noch einmal zu überarbeiten.

20
21
22
23 Dabei ist die Förderung der **off-shore**-Windkraft einzuschränken, während die der **on-shore**-Erzeugung beizubehalten ist. Die **zusätzliche** Förderung von Braunkohle- und Kohleverstromung muss unterbleiben.

24
25
26
27 Wir fordern, weiterhin dahingehend zu wirken, dass alle Versuche der Reaktivierung von Atomkraft in der EU verhindert werden.

28
29
30 **Begründung:**

31 Ziel der demokratischen und sozialdemokratischen Entwicklung erneuerbarer Energien muss es sein, allen Bürgerinnen und Bürgern sichere und bezahlbare Energie zur Verfügung zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es dringend erforderlich, die Energieerzeugung durch Großkonzerne zurück zu fahren und auf lokale, kleinteilige Energieerzeugung zu setzen.

32
33
34
35
36 Die bekannt gewordenen Parameter des Gabriel-Entwurfes stehen dem weitgehend entgegen. Dies ist dem massiven Einfluss der CDU / CSU und der Energielobby schon im Koa-Vertrag zu „verdanken“. Trotzdem gilt weiterhin:

- 37
38
39 - Windkraft off-shore ist doppelt so teuer wie on-shore-Erzeugung. Sie verfestigt zugleich die Macht der „Großen Vier“, weil nur die Energiekonzerne die finanziellen Mittel haben, off-shore massiv auszubauen. Damit verhindert die verstärkte Förderung dieser Art von Energieerzeugung die Schaffung demokratischer Strukturen im Energiebereich.
- 40
41
42
43
44 - Energie, vor allem Windenergie, wird vor allem im süddeutschen Raum benötigt. Die Erzeugung vor Ort würde den Bau riesiger neuer „Energieautobahnen“ weitgehend unnötig machen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit massiv stärken. Dazu muss die Förderung der on-shore-Windkraft in sinnvoller Weise beibehalten werden; eine Überförderung ist allerdings abzubauen.
- 45
46
47
48
49
50 - Die Subventionierung von Kohle-/Braunkohlekraftwerken behindert ebenfalls die Demokratisierung der Energieerzeugung durch Dezentralisierung und ist zusätzlich ökologisch sehr bedenklich. Sie macht zudem den Betrieb von GuD-Kraftwerken unwirtschaftlich, die deshalb zunehmend stillgelegt werden, obwohl sie für die kurzfristige Bereitstellung von Spitzenlast unentbehrlich sind. So wird
- 51
52
53
54

1
2
3
4
5
6
7

Annahme:
Annahme in geänderter Fassung:
Überweisung an:

erledigt durch:
Ablehnung:
Nichtbefassung:

1
2
3 **Antragsgruppe I**
4 **Gesundheitspolitik**
5

6
7
8
9 **I 1**

10
11 **(Unterbezirk Frankfurt)**

12
13 **Verpflichtende Entscheidung zur Organspende**

14
15 Die freiwillige Beschäftigung mit dem Thema Organspende wird durch eine ver-
16 pflichtende Rückmeldung zur Organspende aller juristisch entscheidungsfähigen
17 Bürger abgelöst. Rückmeldung bedeutet: Zustimmung, Ablehnung oder eine Entschei-
18 dung zu einem späteren Zeitpunkt. Eine nicht erfolgende Rückmeldung wird mit
19 Bußgeld bestraft. Begleitet werden soll diese Maßnahme von einer öffentlichen Kam-
20 pagne zur positiven Bestärkung der Auseinandersetzung mit dem Thema.
21

22 **Begründung:**

23 Jedes Jahr sterben Menschen, welche erfolglos auf ein Spenderorgan warten. Die
24 bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende ist eine bürgerliche
25 Pflicht und kann dem akuten Mangel an Spenderorganen entgegenwirken.
26

27
28 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Ablehnung**

29
30
31 **Annahme:**

erledigt durch:

32 **Annahme in geänderter Fassung:**

Ablehnung:

33 **Überweisung an:**

Nichtbefassung:
34
35
36

37 **I 2**

38
39 **(ASG Hessen-Süd)**

40
41 **Datenschutz bei Medizinprodukten**

42
43 Patientenbezogene Daten, die durch ein Medizinprodukt, welches der Kranken-
44 behandlung dient und von der GKV zur Verfügung gestellt wird, sollen zukünftig nur
45 (und dies auch nur wenn es medizinisch notwendig ist), den behandelnden
46 Ärztinnen/Ärzten übermittelt werden dürfen. Es ist sicherzustellen, dass diese Daten
47 nicht auf Datenbanken des Medizinprodukteherstellers oder Leistungserbringers für
48 diese einsehbar sind oder gar gespeichert werden.

49 Auszunehmen sind hiervon lediglich Daten, die ausschließlich der Sicherstellung der
50 korrekten Funktion des Medizinproduktes dienen und die keine patientenrelevanten
51 Daten enthalten.

1
2 Begründung:

3
4 Immer mehr Medizinprodukte, die Körperzustände messen, sind vernetzt und geben
5 personenbezogene Daten an Datenbanken der Hersteller weiter, z.T. auch mit
6 Smartphones-Apps. Das Spektrum reicht von Geräten zur Gewebezuckermessung bis
7 zu Geräten mit EKG-Aufzeichnung.

8 Im Sinne des Patienten- und Datenschutzes ist diese Datenweitergabe auf das
9 unbedingte Notwendige zu beschränken.

10
11
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

13
14
15 Annahme:

erledigt durch:

16 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

17 Überweisung an:

Nichtbefassung:

18
19
20
21 **I 3**

22
23 **(60plus Hessen-Süd)**

24
25 **Multiresistente Keime**

26
27
28 Wir fordern unsere Bundestagsfraktion auf, im Gesundheitsausschuss und soweit als
29 möglich im Ministerium für Gesundheit dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Mittel
30 für die Bekämpfung der multiresistenten Keime bereitgestellt werden, damit die Arbeit
31 vor Ort erfolgreich durchgeführt werden kann. Zu empfehlen wäre, ein bundesweites
32 Register, um Schwerpunkte zu lokalisieren und um gezielt vorgehen zu können.

33
34 **Begründung**

35
36 Das Problem multiresistente Keime ist seit Jahren bekannt. Es gibt eine Reihe von
37 Beiträgen in der Fachpresse und diversen Medien. Das Robert Koch Institut hat bereits
38 2009 Richtlinien herausgegeben, um dem Problem beizukommen.

39 Aber wir haben laufend negative Meldungen über gravierende Fälle in den Kranken-
40 häusern. Unter anderem waren Säuglinge und Frühchen betroffen. OP Patienten und
41 Andere mit geschwächter Immunabwehr haben bei Infektionen wenig Chancen zu
42 überleben.

43 In deutschen Krankenhäuser treffen zwei Welten aufeinander. Einerseits werden
44 chirurgische Meisterleistungen vollbracht, neue Medikamente kommen den Patienten
45 zugute und moderne Technik wird eingesetzt. Andererseits sterben jedes Jahr mehr als
46 15 000 Menschen an multiresistenten Keimen.

47 Große Kliniken müssen Hygienebeauftragte haben. Aber für die kleineren Häuser, für
48 Pflege und Altenheime, die das gleiche Problem haben gilt das nicht. Seltsam nur, die
49 Negativ Meldungen kamen aus den größeren Häusern.

50 Wo liegt das Problem? Verschiedene Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergeb-
51 nissen. Die Häuser stehen unter enormen finanziellen Schwierigkeiten. Zuwenig
52 Pflegepersonal das unter erheblichen Zeitdruck arbeiten muss. Zusätzliche Aufgaben,
53 die zu übernehmen sind, können kaum verwirklicht werden.

54 Was ist zu tun? Es gibt von verschiedenen Institutionen, von Fachleuten genügend
55 Hinweise wie das Problem zu lösen ist. Unser Nachbarland Niederlande zeigt gute Bei-

1 spiele wie man dem Übel beikommen kann. Woran scheitert dann ein überzeugender
2 Erfolg? Wie bei uns in Deutschland üblich, an Kompetenzen und natürlich am Geld.
3 Schließlich stehen die Kliniken am Ende einer langen Kette der Verursacher. Der
4 sorglose Umgang mit Antibiotika, angefangen in der Tiermast, über den sorglosen Um-
5 gang in der Medizin bei nicht relevanten Erkrankungen haben zu der Situation beige-
6 tragen.

7 Zusammengefasst: Die Entstehung Multiresistenter Keime geht auf Verhalten breiter
8 Bevölkerungsschichten zurück. Somit ist es eine staatlich Aufgabe die Bekämpfung zu
9 organisieren und zu finanzieren.

12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

14 Annahme:	erledigt durch:
15 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
16 Überweisung an:	Nichtbefassung:

20 **I 4**

22 **(60plus Hessen-Süd)**

24 **(Igel)-Leistungen**

27 Wir fordern Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, eine Kommission einzusetzen,
28 um zu überprüfen, welche Igel-Leistungen nutzlos oder schädigend sind und
29 entsprechende Schritte zu unternehmen, die Patienten vor Unbill zu schützen.

31 **Begründung**

33 In verschiedenen Publikationen wird darauf hingewiesen, dass die individuellen Ge-
34 sundheitsleistungen (Igel) in nur wenigen Fällen geringfügigen Nutzen bringen. In
35 einigen Fällen schaden sie sogar den Patienten. Für die Ärzte eine lukrative Einnahme-
36 quelle, für die Patienten – außer Kosten – nutzlos.

38 Da die meisten Patienten ihrem Arzt vertrauen, wird sich daran nicht ändern.

40 Viele Ärzte bieten, entsprechend ihrer Berufsethik, keine Igel-Leistungen an. Deshalb
41 ist es wichtig die Anderen daran zu erinnern.

44 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

45 **Annahme in geänderter Fassung wie folgt:**

46 **Seite 90, Zeile 29 wird folgende Ergänzung angefügt: „Darüber hinaus sollen**
47 **bisher kostenpflichtige Präventionsleistungen, die die frühzeitige Entdeckung**
48 **schwerer Erkrankungen nachweisbar verhindern können, als Krankenkassen-**
49 **leistungen zugelassen werden (Glaukome).“**

52 Annahme:	erledigt durch:
53 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
54 Überweisung an:	Nichtbefassung:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

I 5

(60plus Hessen-Süd)

Engpass bei Medikamenten

Um den Engpass bei Medikamenten und viel genutzten Anitbiotikum zu beenden, fordern wir deshalb eine nationale Initiative. Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen stärker als bisher in Forschung und Entwicklung von Medikamenten gegen Infektionskrankheiten tätig werden. Wir unterstützen den Antrag der SPD im Bundestag „Pharmazeutische Forschung gegen Infektionskrankheiten stärken“ und erwarten dessen Umsetzung.

Begründung

Engpass bei Medikamenten, viel genutztes Antibiotikum fehlt in den Kliniken. Solche Meldungen finden sich täglich in den Medien.

Die Ursachen sind vielfältig. Teure Forschung und dadurch schwindendes Interesse bei Pharmaunternehmen. Mit dem Ablauf von Patentschutz-Zeiten wird die Arzneimittelproduktion durch globale Billigkonkurrenz immer häufiger unrentabel, ganze Produktionslinien werden dadurch stillgelegt.

Ein Beispiel: Ein wichtiges Antibiotika wird nur noch in zwei Fabriken auf der ganzen Welt hergestellt und eine davon, die in China ist gerade explodiert.

Ein Beitrag von Dr. Hontschik (FR) schließt mit dem Satz: „So ist das eben, wenn die Daseinsvorsorge in privater Hand liegt. Das funktioniert perfekt, solange der Gewinn stimmt. Länger aber nicht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:
Überweisung an die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Hessen-Süd**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

I 6

(Ortsverein Frankfurt-Niederrad)

Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für Kraftfahrzeugführer

Verpflichtung aller Inhaber einer Fahrerlaubnis zur regelmäßigen Absolvierung eines LSM⁴ bzw. Erste-Hilfe-Kurses zur Auffrischung ihrer Kenntnisse nach spätestens fünf Jahren.

⁴ Lebensrettende Sofortmaßnahmen

1
2 Begründung:

3
4 In § 2 Abs. 2 Nr. 6 StVG ist normiert, dass Bewerber für die Erteilung einer Fahr-
5 erlaubnis Erste Hilfe leisten können müssen. Darüber hinaus wünscht der Gesetz-
6 geber, dass Menschen in Not Hilfe geleistet wird. Die Unterlassung einer Hilfeleistung
7 wurde deshalb unter Strafe gestellt.⁵

8 In der Zeit von Januar bis einschließlich November 2016 wurden auf deutschen
9 Straßen 2.987 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet und 365.256 Menschen verletzt,
10 davon 62.417 schwer.⁶ Neben Verkehrsunfällen zählen Herz-Kreislauf-Erkrankungen
11 zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland. Der allg. als Herzinfarkt bekannte
12 Myokardinfarkt führte 2015 in 50.948 Fällen als zum Tod.⁷ Da bereits nach ca. vier
13 Minuten nach Ausfalls des Kreislaufs der Gehirntod eintritt, ist die Qualität der Hilfe-
14 leistung des Ersthelfers maßgeblich für eine mögliche Rettung des Betroffenen ent-
15 scheidend. Sowohl bei Verkehrsunfällen, als auch in krankheitsbedingten Notfällen,
16 sind Menschen plötzlich in einer Notsituation und auf die Hilfe ihrer Mitmenschen
17 angewiesen. In einer 2010 durchgeführten Studie der Klinik für Anästhesiologie der
18 Universitätsmedizin Mainz wurde mittels einer fiktiven Notsituation festgestellt, dass
19 nur knapp die Hälfte aller Teilnehmer das Bewusstsein des Betroffenen überprüften
20 und nur 63% eine Mund-zu-Mund-Beatmung durchführten. Insgesamt bemerkten die
21 Forscher, dass die Teilnehmer, deren Erste-Hilfe-Kurs maximal drei Jahre zurücklag,
22 die besten Kenntnisse vorweisen konnten.⁸

23 Auch die 2012 durchgeführte Umfrage im Auftrag vom DRK und dem ADAC zeigt, dass
24 41,1% der Befragten zwar wissen, was bei einer bewusstlosen Person ohne Atmung
25 unternommen werden muss, die korrekte Ausführung der notwendigen Hilfeleistung
26 jedoch nur von 20% beherrscht wird.⁹

27 Die Angst vor Fehlern und das Verblässen von einst erlangten Kenntnissen der Ersten
28 Hilfe hemmen Menschen in Notsituationen das Richtige zu tun, nämlich Hilfe zu leisten.
29 Nur durch regelmäßige Schulung können Abläufe vertieft werden und somit die
30 Grundlage für ein hilfsbereites gesellschaftliches Zusammenleben geschaffen werden.

31
32
33 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**
34 **Kein Votum**

35
36 Annahme:

erledigt durch:

37 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

38 Überweisung an:

Nichtbefassung:

39
40

⁵ vgl. § 323c StGB

⁶ http://www.dvr.de/betriebe_bg/daten/unfallstatistik/de_aktuell.htm Stand: 01. März 2017

⁷ Statistisches Bundesamt - Pressemitteilung vom 19. Januar 2017 – 022/17

⁸ Piepho T, Resch N, Heid F, et al Lay basic life support: the current situation in a medium-sized German town Emergency Medicine Journal 2011;28:786-789.

⁹ http://www.rhein-berg.drk.de/fileadmin/Medien/Startseite/Ergebnisse_Erste_Hilfe-Studie.pdf Zugriff 10. März 2017

3
4 (Unterbezirk Main-Taunus)5
6 **Konversionstherapie gehört abgeschafft**7
8
9 Konversionstherapie ist menschenunwürdig. Sie fügt Patienten permanenten Schaden
10 zu und führt sogar zu selbstzerstörerischen und suizidalen Handlungen. Die konkrete
11 Anwendung ist sowohl bei Minderjährigen, als auch bei Erwachsenen zu verbieten.12
13 Konversionstherapie wird wie folgt definiert: Als **Konversionstherapie** (auch *Re-*
14 *orientierungstherapie*, "Reparativtherapie", von lat. conversio: Umwandlung, Bekeh-
15 rung) sind [pseudowissenschaftliche](#) Therapieangebote zu verstehen, die bei Homo-
16 sexuellen entweder ein Interesse an heterosexuellen Sexualkontakten wecken oder
17 zumindest ihre homosexuelle Orientierung unterbinden bzw. sogar in ein asexuelles
18 Verhalten umwandeln sollen. Diese Therapieform setzt die falsche Annahme voraus,
19 dass Homosexualität „heilbar“ bzw. ab erziehbar sei.20
21 Die Klassifizierungen für Therapien ICD-10 F66.0 und F66.1 sollen bereits nach der
22 2ten Therapie Stunde überprüft werden und nicht mehr nach der 25sten. Kranken-
23 kassen sind verpflichtet diese Überprüfung vorzunehmen.24
F66.0 Sexuelle Reifungskrise

Info: Die betroffene Person leidet unter einer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung, mit Ängsten oder Depressionen. Meist kommt dies bei Heranwachsenden vor, die sich hinsichtlich ihrer homo-, hetero- oder bisexuellen Orientierung nicht sicher sind; oder bei Menschen, die nach einer Zeit scheinbar stabiler sexueller Orientierung, oftmals in einer lange dauernden Beziehung, die Erfahrung machen, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändert.

F66.1 Ichdystone Sexualorientierung

Info: Die Geschlechtsidentität oder sexuelle Ausrichtung (heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder präpubertär) ist eindeutig, aber die betroffene Person hat den Wunsch, dass diese wegen begleitender psychischer oder Verhaltensstörungen anders wäre und unterzieht sich möglicherweise einer Behandlung, um diese zu ändern.

25
26 Begründung:27
28 Konversions- „Therapie“ ist ein Form der Therapie, bei der es zuvor ein festes Ziel gibt.
29 Der Patient oder die Patientin sollen am Ende der Therapie Heterosexuell sein, oder
30 notfalls asexuell. Es gibt vergleichsweise harmlose Formen dieser „Therapie“, wobei
31 Ärzte oder Therapeuten, mit suggestiven Fragen versuchen den Patienten oder die
32 Patientin zu verunsichern: „Sind Sie sicher, dass Sie einen Homosexuellen Lebensstil
33 führen wollen?“ oder „Versuchen sie es doch einfach mal mit Männern/ Frauen“. Mit
34 harmlos ist jedoch nur die Methodik zu bezeichnen, für den Patienten kann auch diese
35 Art der „Behandlung“ gravierende Folgen haben. In den extremeren Formen wird jede
36 andere Form der Sexualität als Symptom für ein Trauma abgetan. Diese Form wird
37 meist von gut organisierten Verbänden wie beispielsweise Wüstenstrom betrieben.
38 Jedes Ereignis, dass im Leben des Patienten oder der Patientin unangenehm war, wird
39 als Auslöser gewertet. Besonders beliebt ist dabei es über die Eltern zu begründen, im
40 folgenden Beispiel ist das unangenehme Ereignis eine Scheidung. Gibt beispielsweise

1 eine Patientin an ein besseres Verhältnis zu ihrem Vater zu haben, wird der Um-
2 kehrschluss gezogen, also das Verhältnis zur Mutter sei nicht sonderlich ausgeprägt.
3 Deshalb suche sie dann Frauen als Partnerinnen. Umgekehrt, ist das Verhältnis zur
4 Mutter besser, wird der Patientin eingeredet sie sei eigentlich nur unterbewusst wütend
5 auf ihren Vater und ist deshalb nicht an Männern interessiert. Eine perfide Logik, bei
6 der es völlig unbedeutend ist, wie die Patientin antwortet. In jedem Fall geht es darum,
7 dass der Patient oder die Patientin, dazu zu bewegen seine, beziehungsweise ihre
8 Sexualität zu unterdrücken.

9 So funktioniert das Konzept der „Therapie“. Besonders wichtig ist es jetzt noch die Ur-
10 sachen zu betrachten, warum auch Erwachsene sich teilweise in eine solche Behand-
11 lung begeben.

12 In der heutigen Gesellschaft wird Homosexualität zwar weitläufig toleriert, strukturelle
13 Diskriminierung ist jedoch immer noch vorhanden. Ressentiments und Vorurteile sind
14 noch immer vorhanden. Dieser Hass und diese Ablehnung sind der Grund für die deut-
15 lich höhere Erkrankung an Paranoia, Depressionen und Angstattacken, aber auch die
16 fast dreimal so häufigen Suizidversuche. Dabei handelt es sich hier noch generell um
17 Homosexuelle und Bisexuelle Menschen, also nicht speziell jene, die sich einer „Thera-
18 pie“ unterzogen haben. Nach einer solchen Therapie, entwickeln die Patientinnen oder
19 Patienten meist Essstörungen und die Anfälligkeit für Depressionen und suizidale
20 Gedanken und Taten erhöht sich noch weiter.

21 In der „Therapie“ wird dagegen die Homosexualität als Grund verankert für diese
22 psychischen Probleme. Das im Hinterkopf behaltend, muss man sich vergegen-
23 wärtigen, dass Sexualität nichts ist, was sich im Jugendalter immer festigt. Es gibt viele
24 Fälle wo Menschen erst im weiteren Verlauf ihres Lebens bemerkten, dass sie sich
25 doch zu einem anderen Geschlecht, als bisher hingezogen fühlen.

26 Bisherige Beschlusslagen in anderen Parteien oder vereinzelt Juso Landesverbän-
27 den, wollen meist nur diese Therapie an Minderjährigen verbieten. Durch die struktu-
28 relle Diskriminierung und die erlebte Ablehnung im Alltag, kann auch ein erwachsener
29 Mensch, den Wunsch entwickeln, nicht länger homosexuell zu sein. Wenn er sich dann
30 in eben diese „Therapie“ begibt, ist diese für ihn oder sie immer noch lebensgefährlich.
31 Es sollte folglich klar sein, dass es keine Altersgruppe gibt, die nicht von dieser
32 „Therapieform“ betroffen sein kann.

33 Die Begründung, warum solche Therapieformen unter Strafe gestellt gehören in einem
34 Satz: Homosexualität oder auch Bisexualität sind keine Krankheiten und diese
35 Menschen haben nie, werden nie und brauchen auch heute keine „Heilung“.

38 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

41 Annahme:

42 Annahme in geänderter Fassung:

43 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

Antragsübersicht

	Antragsgruppe A Organisation – Parteien - Verbände	
A 1	Zusätzliche Bezirksumlage und Strukturhilfe Ost	UB Odenwaldkreis
A 2	Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher	ASF Hessen-Süd
A 3	Forderungen zum Bundestagswahlprogramm 2017 der SPD	60plus Hessen-Süd
	Antragsgruppe B Wirtschaft – Finanzen	
B 1	Starker Staat, gerechte Steuern, Investitionen in die Zukunft	UB Frankfurt
B 2	Steuerfahndung	UB Frankfurt
B 3	Relikte neoliberaler Steuerpolitik reformieren – kommunalen Steuerwettbewerb beenden	UB Frankfurt
B 4	Bildung und Sicherheit stärken – Vermögenssteuer einführen	UB Frankfurt
B 5	Ehegattensplitting auslaufen lassen	UB Frankfurt
	Antragsgruppe C Sozialpolitik	
C 1	Zwei-Klassengesellschaft in Betrieben aufheben – Diskriminierung von Leiharbeitern beenden	Bezirksvorstand
C 2	Hartz IV und Rente – Für eine Würdige Arbeitslosen- und Rentenpolitik	UB Odenwaldkreis
C 3	Generationengerechtigkeit: Gute Rente, faires Gesundheitssystem, sozialer Staat, bezahlbare Mieten	UB Frankfurt
C 4	Bürgerversicherung einführen, gesetzliche Rente stärken	UB Frankfurt

C 5	Zwei-Klassen-Medizin überwinden – Bürger*innenversicherung einführen!	ASG Hessen-Süd
C 6	Altersarmut verhindern, Rentensystem solidarisch reformieren	OV Frankfurt-Sossenheim
C 7	Rente muss zum Leben reichen	60plus Hessen-Süd
C 8	Rentengerechtigkeit	UB Groß-Gerau
C 9	Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten	UB Odenwaldkreis
C 10	(Zeit-)arbeit muss sich lohnen – Arbeitnehmer beteiligen !	UB Frankfurt
C 11	Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen	OV Frankfurt-Sossenheim
C 12	Schutz von Mitarbeitern bei Weitergabe von Informationen bei betrieblichen Missständen	OV Frankfurt-Seckbach
C 13	Gleichbehandlung bei Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung	OV Frankfurt-Niederrad
C 14	Mehr Anerkennung für Erzieher*innen	UB Frankfurt
C 15	Kostenfreie Kinderbetreuung jetzt!	UB Frankfurt
C 16	Kostenfreie Kinderbetreuung bundesweit	UB Hochtaunus
C 17	Die Pflege weiter ausbauen und stärken!	Bezirksvorstand
C 18	Pflegestärkungsgesetz II	UB Groß-Gerau
C 19	Pflegeberufe-Gesetz	60plus Hessen-Süd
	Antragsgruppe D Bildungspolitik	
D 1	Politische Bildung	60plus Hessen-Süd
D 2	Politik und Wirtschaft (Sozialkunde) Unterricht in den 9.Hauptschulklassen	OV Friedrichsdorf
	Antragsgruppe E Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik	
E 1	Bezahlbare Mieten und soziales Mietrecht umsetzen	Bezirksvorstand

E 2	Kinder haben das Recht, von beiden Eltern geliebt zu werden. Stärkung der Kinderrechte und Einführung eines Wechselmodells	Bezirksvorstand
E 3	Ausländerbeiräte stärken – demokratische Teilhabe stärken	AG Migration und Vielfalt Hessen-Süd
E 4	Kein Gottesbezug in der hessischen Verfassung	UB Main-Taunus
E 5	Material zu Wahlen, Pflichten und Rechten	UB Main-Taunus
E 6	Die Immobilie als Kapitalanlage für die Altersvorsorge von Selbständigen muss geschützt werden	AGS Hessen-Süd
E 7	Eine echte Mietpreisbremse jetzt!	UB Frankfurt
E 8	Erweiterung der Kompetenzen des Richterwahlausschusses	OV Frankfurt-Niederrad
E 9	Einführung mobiler Endgeräte zur Datenabfrage und Datenerfassung	OV Frankfurt-Niederrad
E 10	Konsequente Wettbewerbspolitik statt nachträglicher Schadensbegrenzung. Für die Entflechtung der IT-Plattform-Oligopolisten	UB Frankfurt
E 11	Interkommunale Zusammenarbeit stärken, Entwicklung der Metropolregion Rhein-Main	UB Frankfurt
E 12	Schutzschirm II – Kommunen und Bürgerinnen und Bürger bei den geplanten Regelungen zum Abbau der Altfehlbeträge nicht über Gebühr belasten	UB Vogelsbergkreis
	Antragsgruppe F Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	
F 1	Rüstungsexportkontrollgesetz reformieren – Kriterien gesetzlich festschreiben	Bezirksvorstand Forum Eine Welt Ausschuss Sicherheit und Frieden
F 2	Fluchtursachen	Bezirksvorstand Forum Eine Welt

F 3	Entwicklungszusammenarbeit neu denken: Fluchtalternativen fördern und UN-Vorgabe von 0,7% des BIP für Entwicklung jetzt umsetzen!	UB Frankfurt
F 4	Abschiebung afghanischer Flüchtlinge stoppen	60plus Hessen-Süd
F 5	Nein zu Atomwaffen	OV Frankfurt-Sachsenhausen
F 6	Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?	60plus Hessen-Süd
F 7	Resolution Myanmar	UB Frankfurt
F 8	Resolution Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen	Bezirksvorstand
	Antragsgruppe G Europa	
G 1	Resolution Europa zum Modell machen	Bezirksvorstand
G 2	Armut bekämpfen – Europa mit seiner Jugend versöhnen	UB Frankfurt
G 3	Aufruf zum 25. März 2017 – 60 Jahre Römische Verträge. Es ist Zeit Flagge zu zeigen für eine einiges Europa!	UB Hochtaunus
G 4	Kontrollfunktionen des Europäischen Parlaments	UB Wetterau

	Antragsgruppe H Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft	
H 1	Nein zur Infrastrukturgesellschaft und zu PPPs	UB Odenwaldkreis
H 2	Prämie für Elektromobilität – Umweltbonus – Förderbedingungen verändern	ASF Hessen-Süd
H 3	Energiegewinnung sinnvoll fördern und ausbauen	AGS Hessen-Süd
H 4	Anpassung des Luftverkehrsgesetzes	OV Frankfurt-Niederrad
	Antragsgruppe I Gesundheitspolitik	
I 1	Verpflichtende Entscheidung zur Organspende	UB Frankfurt
I 2	Datenschutz bei Medizinprodukten	ASG Hessen-Süd
I 3	Multiresistente Keime	60plus Hessen-Süd
I 4	(Igel-)Leistungen	60plus Hessen-Süd
I 5	Engpass bei Medikamenten	60plus Hessen-Süd
I 6	Regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für Kraftfahrzeugführer	OV Frankfurt-Niederrad
I 7	Konversionstherapie gehört abgeschafft!	UB Main-Taunus

